



## Erste erfolgreiche Zurückweisung an der deutsch-bayerischen Grenze

Söder muss in München bleiben, Merz wird Kanzlerkandidat  
**3, 20**

„Ich bin damit fein“: Der zum zweiten Mal abgelehnte Kanzleramtsbewerber Markus Söder (CSU, rechts) am Dienstag bei der offiziellen Ausrufung des Unionskandidaten Friedrich Merz (CDU) Foto: Kay Nietfeld/dpa

### VERBOTEN

Guten Tag, meine Damen und Herren!

verboten kann sich an die Bezeichnung „Kanzler Merz“ noch nicht gewöhnen, fordert aber zum Schutz der direkt betroffenen taz schon einmal vorsorglich ein Bürgerbegehren in Friedrichshain-Kreuzberg und Berlin-Mitte zur

Umbenennung der Friedrichstraße.

Kommentar von Daniel Bax zum Kanzlerkandidaten der Union

### Nur Merz kann Merz noch stoppen

Eine Überraschung ist es nicht, eine Nachricht schon: CDU-Chef Friedrich Merz wird als Kanzlerkandidat der Union im kommenden Jahr in den Bundestagswahlkampf ziehen. CSU-Chef Markus Söder überlässt dem Häuptling der Schwesterpartei die Spitzenkandidatur. Nordrhein-Westfalens CDU-Ministerpräsident Hendrik Wüst hatte schon tags zuvor seinen Verzicht erklärt. Damit ist die lange offene K-Frage in der Union jetzt entschieden. Merz hat sich auf ganzer Linie durchgesetzt.

Damit hat er das nächste Etappenziel erreicht und sein Comeback vollendet. Merz ist in der Union jetzt der unangefochtene Leitwolf. In der CDU hat er sein Rudel um sich geschart und mit Carsten Linnemann eine Kopie seiner selbst als Generalsekretär installiert. Er hat die Konkurrenten Hendrik Wüst und Daniel Günther auf ihre Plätze verwiesen, das Erbe von Angela Merkel er-

folgreich abgeräumt und mit seinem harten und unversöhnlichen Kurs in Migrationsfragen jetzt auch Markus Söder hinter sich gebracht. In seiner Partei geben so schneidige Typen wie Jens Spahn, Thorsten Frei und Philipp Amthor den Ton an. Die CDU wirkt heute männlicher und konservativer, zugleich weniger modern und vielfältig als zuvor.

Bisher geht dieses Retro-Konzept auf. Die AfD hat Merz damit zwar nicht halbiert, wie er es großspurig als Ziel anvisierte, als er sich 2018 das erste Mal um den Parteivorsitz bewarb. Diesen Anspruch hat er längst aufgegeben. Aber in den Umfragen liegt die Union, dank der Schwäche der Ampelparteien, trotzdem weit vor allen anderen. Wenn es dabei bleibt, dürfte der nächste Kanzler Friedrich Merz heißen.

Was könnte ihm noch im Weg stehen? Wenn Markus Söder diesmal die Füße stillhält, dann vor allem Merz selbst. Denn der Sauerländer kommt

bei jungen Wählern und dem liberalen, grün-affinen und großstädtischen Bürgertum nicht so gut an wie bei seiner Parteibasis. Der kalte Ton, mit dem er Kritiker abkanzelt, erinnert an Oberlehrer aus dem vergangenen Jahrhundert. Ein Typ, der die Herzen der weiblichen Wählerschaft höher schlagen lässt, wird er wohl nicht mehr werden. Das sind seine Schwachpunkte.

Als Oppositionsführer ist es zudem einfach, klare Kante zu zeigen. Doch im Westen regiert die Union in drei Bundesländern mit den Grünen. Im Osten muss sie jetzt mit dem BSW verhandeln, wenn sie die Brandmauer zur AfD aufrechterhalten will. Und im Bund müsste sie wohl mit SPD oder den Grünen koalieren – vielleicht sogar mit beiden.

Die politische Realität ist in Deutschland vielfältiger, als es Merz mit seinem Retro-Kurs wahrhaben will. Diese Realität könnte ihn einholen.

Die taz wird ermöglicht durch **23.492** GenossInnen, die in die Pressevielfalt investieren. Infos unter [geno@taz.de](mailto:geno@taz.de) oder 030 | 25 90 22 13  
**Aboservice:** 030 | 25 90 25 90 fax 030 | 25 90 26 80 [abomail@taz.de](mailto:abomail@taz.de)  
**Anzeigen:** 030 | 25 902 -130 / -325 [anzeigen@taz.de](mailto:anzeigen@taz.de)  
**taz Shop:** 030 | 25 90 21 38  
**Redaktion:** 030 | 259 02-0 fax 030 | 251 51 30, [briefe@taz.de](mailto:briefe@taz.de)  
 taz  
 Postfach 610229, 10923 Berlin [twitter.com/tazgezwitscher](https://twitter.com/tazgezwitscher) [facebook.com/taz.kommune](https://facebook.com/taz.kommune)  
**www.taz.de**

Ausgabe Berlin Nr. 13462 € 3,40 Ausland € 2,80 Deutschland 4 190254 802805 3 0638



**Die das Grauen dokumentierte**  
 Bilder vom Weltkrieg: Kate Winslet als „Die Fotografin“ Lee Miller  
**15**

**Ende der Tupperparty**  
 Stiller Abgesang auf ein plastisches Beispiel für alte Geschlechterrollen  
**13**

**Gefährlicher Thinktank**  
 Rechtsextreme Denke: Recherchen zu einem Metapol-Seminar  
**4-5**

**steile these**  
 „Zum Glück ist der Sommer jetzt endlich vorbei“  
 Christiane Rösinger, Musikerin und Autorin, in ihrer Kolumne „Aus dem Leben einer Boomerin“

**14**



## David Scott alias The Kiffness groovt mehr, als es Trump je könnte

Entspannt ist er ja. Der 1988 in Capetown, Südafrika, geborene Musiker und Youtuber David Scott, der seit über zehn Jahren unter dem Namen The Kiffness als Frontmann einer gleichnamigen Band und als Solokünstler Songs, Stile und Ereignisse parodiert, groovt in seinem viralen Video „Eating the cats“ mehr, als Donald Trump das je könnte.

„Eating the cats“ ist ein Satiresong, der Trumps absurde Aussage über das angebliche Essverhalten haitianischer Einwander:innen des Ortes Springfield, Ohio, karikiert: „They're eating the cats, they're eating the dogs, they're eating the pets of the people who live there“, hatte Trump in seiner TV-Debatte mit seiner Kontrahentin Kamala Harris vor ein paar Tagen losgelassen. Die „Memisierung“ des rassistischen Bockmists ließ nicht lange auf sich warten, und weil auch die Cartoon-Familie „Die Simpsons“ aus Springfield stammt, sah man bald Bart Simpson eine Schultafel mit dem Strafsatz „They're eating the dogs“ vollschreiben.

Wie einst dieser deutsche Youtuber, der aus der Fernsehpreisverweigerung des Literaturkritikers Marcel Reich-Ranicki einen wunderschön-jazzigen Tune spann, hat The Kiffness aus Trumps Geschwurbel nun einen relaxten, mit sanftem Afrobeat unterlegten, eingängigen Popsong gemacht. Unterstützt von Hunden und Katzen, die hunde- und katzenäugig den Refrain mitjaulen und -miauen und mit dem Kopf nicken, wenn er singt: „People of Springfield, please don't eat my dog / here's a catalogue of other things to eat“. Was so viel heißt wie: „Leute aus Springfield, bitte esst nicht meinen Hund / es gibt eine ganze Menge anderer Dinge zu essen.“ Auf der anderen Splitscreenseite kann man derzeit Trumps auf den Takt geschnittene Originalaussage begutachten.

„Kiff“ ist übrigens ein Surfer-Wort für „cool“, und Scott hatte das mit den elektronisch miauenden Miezkatzen bereits zu Coronazeiten betrieben: Das eigenwillige Maunzen der unter Kiffness-Fans und -Followern später als „Alugalug Cat“ bekannten, auch für den Trump-Song bemühten Katze hat er schon mehrfach gesammelt und geloopt und daraus ein paar der effektivsten aller Youtube-Videos gemacht. Musik plus Katzen geht eben immer. Live trägt der Multiinstrumentalist gern einen Anzug mit Floralmuster, bei seinen Homestudio-Aufnahmen tut's auch die Joggingbuxe.

Seine „kiff-coole“ Mischung aus Albernheit und Relax-Sound kommt an – sein erstes Album wurde zweimal für die South African Music Awards nominiert. Scotts parodistische Ansätze, die sich gegen so unterschiedliche Dinge wie weiße Privilegien und das Verbot von Zigaretten während Covid richten, stoßen dabei zuweilen auf Kritik: Auch in Südafrika gibt es eine heiße Diskussion darüber, was Satire darf.

Als Reaktion auf den Angriffskrieg Russlands auf die Ukraine remixte Scott 2022 einen ukrainischen Folksong und kündigte an, die Einnahmen der ukrainischen Armee zu spenden. Die Einnahmen durch den Trump-Diss will er angeblich dem Tierheim in Springfield übergeben.

Trump's Rede ging übrigens mit einer noch unfassbareren, ebenso rassistischen Aussage weiter: „Young American girls being raped and sodomised and murdered by savage, criminal aliens“, sagte der Präsidentschaftskandidat, und diffamierte damit wieder einmal Einwander:innen. In Springfield angesiedelte Schulen mit haitianischen Kindern bekamen daraufhin rassistische Drohungen. Ob jemandem wie The Kiffness dazu noch etwas einfällt? Immerhin kommen Aliens vor. Jenni Zylka

Screenshot: Youtube/taz

# Chipfabrik erst mal abserviert

Die geplante Intel-Fabrik bei Magdeburg wird nun frühestens in zwei Jahren gebaut – oder gar nicht. Der Ampel beschert das 10 Milliarden Euro nicht genutzte Bundesmittel

Aus Astana, Leipzig und Berlin  
**Anna Lehmann, David Muschenich und Svenja Bergt**

Sachsen-Anhalts Ministerpräsident Reiner Haseloff (CDU) gibt sich betont optimistisch. Er glaube an Gott, sagt er schmunzelnd bei einer Pressekonferenz am Dienstag, aber bei Intel wisse er: An diesem Projekt müsse festgehalten werden.

Vor zwei Jahren verkündete der amerikanische Konzern Intel, er wolle in Magdeburg eine große Fabrik für Mikrochips bauen. Doch an der Börse läuft es derzeit schlecht für Intel. Nun hieß es am späten Montagabend: Der Konzern verschiebt das Projekt in Deutschland um etwa zwei Jahre nach hinten – je nachdem, wie die Nachfrage sich entwickle.

Intel sollte ein Quantensprung für den Wirtschaftsstandort Sachsen-Anhalt werden. Mit rund 30 Milliarden Euro wäre es die größte Einzelinvestition Europas. Etwa 10 Milliarden Euro davon wollte die Bundesregierung beisteuern. Haseloff hatte die Entscheidung zur Chef-Sache gemacht.

Trotz Intels neuer Ankündigung gibt sich Haseloff am Dienstag gelassen. Während Wirtschaftsminister Robert Habeck (Grüne) und Finanzminister Christian Lindner (FDP) unterschiedliche Ideen äußerten, was mit den nun wieder frei werdenden 10 Milliarden Euro Bundesmitteln passieren könne, hatte der Ministerpräsident vor allem zwei Botschaften: Das Projekt kommt, wenn auch

verzögert, und die Verzögerung ist nicht die Schuld der Landesregierung. Auch Wirtschaftsminister Sven Schulze (CDU) sagte der dpa: „Intel hält, wenn auch mit einer zeitlichen Verzögerung, weiter an dem Projekt fest. Das ist für uns alle eine wichtige Nachricht.“

Eva von Angern, Fraktionsvorsitzende der Linken im Landtag, hat indes Zweifel: „Wir stehen am gleichen Punkt wie vor Jahren, statt Tausender Arbeitsplätze bleibt nur Frustration“, sagt sie der taz.

Olaf Meister, wirtschaftspolitischer Sprecher der Grünenfraktion im Landtag, reagiert ein wenig gelassener. Sollte es nun zwei weitere Jahre Zeit geben, könne die Stadt sie nutzen, um ungeklärte Fragen anzugehen, etwa die einer nachhaltigen Wasserversorgung der Fabrik.

Die Vollbremsung für den Bau der Chipfabrik ist auch ein schwerer Rückschlag für die Halbleiterstrategie der Bundesregierung und für das Land Sachsen-Anhalt insgesamt. 3.000 neue Arbeitsplätze wollte der Konzern schaffen. Der Spatenstich sollte noch in diesem Jahr erfolgen.

Bundeskanzler Olaf Scholz hatte mehrfach betont, wie wichtig diese und andere Ansiedlungen für den Standort Deutschland seien. Deutschland sei dabei, zu einem der bedeutendsten Halbleiterstandorte weltweit zu werden, erklärte er etwa beim NRW-Unternehmerstag vor einem Jahr.

Die Nachricht vom Stopp des Vorhabens erreichte den Kanzler am Montagabend in der ka-

sachischen Hauptstadt Astana, wo sich Scholz zum Wirtschaftsgipfel mit den Präsidenten der fünf zentralasiatischen ehemaligen Sowjetrepubliken Kasachstan, Usbekistan, Kirgistan, Tadschikistan und Turkmenistan traf.

Am Rande des Treffens sagte Scholz am Dienstag, die Entscheidung, das Projekt in Deutschland zwei Jahre aufzuschieben, beinhalte auch die Aussage, daran festhalten zu wollen. Er sei im Austausch mit der Landesregierung von Sachsen-Anhalt. „Für mich ist wichtig, dass es trotzdem ei-

## „Statt Tausender Arbeitsplätze bleibt nur Frustration“

Eva von Angern, Linke

nen weiteren Ausbau der jetzt schon profunden Kapazitäten in Deutschland gibt.“ Es bleibe richtig, dass Halbleiterproduktion künftig auch in Deutschland stattfinden müsse. „Der Ausbau geht weiter.“

Dass Intel strauchelt, hat mit mehreren technologischen Entwicklungen zu tun. Da ist zum einen künstliche Intelligenz. Für das Training und den Einsatz von KI werden leistungsfähige Chips benötigt. Doch Intel, der Konzern, der einst die Chipbranche dominierte, hat es nicht geschafft, diese Position zu halten. Im Rennen um die Hochleistungschips für KI zog vor allem Nvidia an Intel vorbei.

Dazu kommt: Die einstige Stärke von Intel rührte vor allem aus der starken Position im Geschäft mit Chips für stationäre Computer. Doch für Smartphones setzte sich eine andere Chip-Architektur durch: Die in den Geräten verbauten Chips kommen vor allem von Qualcomm und TSMC. Berichten zufolge hatte Konkurrent Qualcomm sogar die Übernahme von Teilen von Intel ausgelotet.

In der Bundesregierung wird derzeit bereits diskutiert, wie man die 10 Milliarden Euro anderweitig verwenden kann. „Alle nicht für Intel benötigten Mittel müssen zur Reduzierung offener Finanzfragen im Bundeshaushalt reserviert werden“, schrieb Finanzminister Christian Lindner auf der Onlineplattform X.

Bundewirtschaftsminister Robert Habeck (Grüne) hielt dagegen: „Wir werden jetzt gemeinsam beraten, wie wir mit nicht genutzten Mitteln sinnvoll und sorgsam umgehen und sie zum Wohle des Landes einsetzen.“ Aus dem Ministerium hieß es, die Gelder seien im Klima- und Transformationsfonds (KTF) vorgesehen und stünden nicht dem Kernhaushalt zur Verfügung. Auch im Fonds klappt eine Milliardenlücke.

Nach dem Urteil des Bundesverfassungsgerichts im vergangenen Jahr zur rechtswidrigen Umbuchung nicht genutzter Corona-Kredite fehlen der Ampelregierung 60 Milliarden Euro für die klimagerechte Transformation der Wirtschaft, mit denen sie ursprünglich geplant hatte.

30 Milliarden Euro in den Sand gesetzt? Für die Halbleiterstrategie der Bundesregierung ist der Intel-Baustopp ein schwerer Schlag Foto: Klaus-Dietmar Gabbert/dpa



taz **lage**

## Inspiration aus Prag

Wer als Journalist\*in mal hinter dem heimischen Schreibtisch hervorkrabbeln will, der hat zum Beispiel die Möglichkeit, ein Stipendium zu bekommen. Und so ist es inzwischen schöne Tradition, dass sowohl die taz ihre Autor\*innen in die Welt schickt als auch regelmäßig Gäste aus nahen und fernen Ländern im Redak-

tionshaus begrüßt. Zum Beispiel Jolana, Journalistin aus Tschechien, die, gemeinsam mit einem Kollegen aus Finnland, für ein paar Wochen Station in der taz macht:

Mein Thema ist der Aufstieg der extremen Rechten. Zum Beispiel letztes Jahr: Da konnte ich bei einem Geheimtreffen der ultranationalis-

tischen Alternative für Schweden in Stockholm dabei sein. Ich habe berichtet, wie ein Parteimitglied darüber gesprochen hat, dass er hoffe, „die 1930er kommen zurück“.

Das war kein Ausrutscher, und ich glaube, man muss diese Verschiebungen in der europäischen Gesellschaft sehr genau beobachten. Die

Landtagswahlen in Brandenburg sind ein Anlass, dieses Thema groß auf die Agenda zu heben. In den kommenden Tagen werde ich dort unterwegs sein, wo es besonders eng wird zwischen der SPD und der AfD. Die taz ist inspirierend, und ich hoffe, ich kann für eine Zeit Teil dieser Inspiration sein. Jolana Humpálová



# Hier Merz, dort Schmerz

Die K-Frage der Union ist entschieden, verkünden die Parteichefs von CDU und CSU. Markus Söder hadert mit seiner erneuten Niederlage, reißt sich aber vorerst zusammen

Aus Berlin, Bochum und München **Tobias Schulze, Andreas Wyputta** und **Dominik Baur**

Friedrich Merz schaut am Dienstagvormittag so, wie er fast immer schaut: ernst. Und doch ist etwas anders als sonst: Dem CDU-Chef bereitet es vor den Kameras offensichtlich Mühe, seine Mimik im Griff zu behalten. Als die entscheidenden Sätze fallen, kann er seine Mundwinkel nicht stoppen. Sie ziehen sich nach oben, als neben ihm Markus Söder ausspricht: „Die K-Frage ist entschieden. Friedrich Merz macht's.“

Endlich unangefochten: Nach all den Jahren darf er es versuchen, und noch dazu hat er die Gewissheit früher als erwartet. Als wahrscheinlich galt, dass die Entscheidung fällt, wenn die drei Landtagswahlen dieses Jahres gelaufen sind. Dann aber verkündete am Montagabend erst der nordrhein-westfälische Ministerpräsident Hendrik Wüst, dass er selbst nicht kandidieren wolle. Am Dienstag früh lud die Union dann überraschend zur Pressekonferenz von Merz und Söder in die Bayerische Landesvertretung in Berlin. Da war die Sache klar.

Ganz anders also als beim letzten Mal. Vor der Bundestagswahl 2021 wählte sich Söder bereits als Kandidat, bevor er von der CDU-Führung, wie er es empfand, kalt abserviert wurde. Er fand sich in einer neuen Funktion wieder, die sein damaliger Generalsekretär Markus Blume flugs für ihn er-

funden hatte: der des „Kanzlerkandidaten der Herzen“.

„Ich bin damit fein“, sagt Söder an diesem Dienstag unmittelbar nach der Bekanntgabe, dass es zu mehr auch diesmal nicht reicht. Fein! Dennoch erinnert man sich in der Union natürlich daran, was die Niederlage damals 2021 mit Söder gemacht hat. Monatelang hatte er daran zu knabbern, schien in ein Loch zu fallen, sich in seinem Ministerpräsidentenamts zunehmend zu langweilen. Armin Laschet? Dass ausgerechnet dieser Mann ihm vorgezogen wurde, konnte der CSU-Chef nicht wegstecken. Im Bundestagswahlkampf stichelte er gegen den aus seiner Sicht schwachen Kandidaten.

Warum läuft es diesmal allem Anschein nach anders? Erstens hat Söder von Merz inzwischen eine wesentlich höhere Meinung, als er sie von Laschet je hatte. Die beiden sind politisch auf einer Linie, haben aber auch menschlich zueinandergefunden. Das betonen beide auch bei der Pressekonferenz am Dienstag. Zwar kann der Franke nicht verbergen, dass ihm der Verzicht auch diesmal nicht leicht fällt. Als Kanzlerkandidat wäre er selbst genauso gut geeignet gewesen wie Merz, betont er, denn „wir haben beide eine hohe Akzeptanz in der Bevölkerung“.

Aber, und das ist ein zweiter Grund für Söders Verzicht: Innerhalb der Union ist sein Anse-

hen nach 2021 gesunken. Um an Merz vorbeizukommen, hätte er Unterstützer\*innen in der CDU gebraucht. Seinen Umgang mit Laschet haben ihm dort aber viele nicht verziehen.

Beispielhaft war das zu beobachten, als am Montagabend NRW-Ministerpräsident Wüst in Düsseldorf seinen Verzicht erklärte. Voraussetzung für einen Wahlsieg sei die „Geschlossenheit der CDU und der Union“, sagte er – und attackierte damit kaum versteckt den Bayern: Bei seiner eigenen Entscheidung,

**Von Merz' Rechtskurs kann man halten, was man will – den Richtungsstreit in der Union hat er aber vorerst beendet**

die er „sehr ernsthaft“ abgewogen habe, sei auch die Erinnerung „an 2021“ präsent gewesen. „So etwas“ dürfe sich „in der Union niemals wiederholen“.

Und warum hat er, der in der Union ein liberales Gegengewicht zu Merz darstellt, nicht selbst nach der Kandidatur ge-griffen? Der Parteivorsitzende ist derzeit einfach zu stark, um von seinem eigenen Heimatverband nicht als Kanzlerkandidat unterstützt zu werden.

Mit Wüsts Worten: Erst Friedrich Merz habe die Bundestagsfraktion wieder „oppositionsfähig“ gemacht und den Christdemokraten „das programmatische Rüstzeug für eine Regierungsübernahme“ gegeben. Von Merz' Rechtskurs kann man halten, was man will – den Richtungsstreit in der Union hat er aber vorerst beendet.

Wie gedenkt er aber im Wahlkampf mit denjenigen Wähler\*innen umzugehen, die für die CDU einst wegen Angela Merkel und deren mittigen Kurs gestimmt hatten? Welche Machtoptionen bleiben ihm nach der Bundestagswahl neben Schwarz-Rot? Und was hat er im Wahlkampf inhaltlich zu bieten? Das Thema Migration, das Merz selbst in den letzten Wochen so groß gemacht hat, bleibe wichtig, sagt er am Dienstag. Aber: „Es wäre mein Wunsch, dass es nicht das Hauptthema wird.“ Ins Zentrum wolle er die Wirtschaftspolitik stellen.

Und sonst? Wie will er beispielsweise der Klimakrise begegnen? Wie hält es die CDU in Zukunft mit der Schuldenbremse? Und wie mit der Ukraine? Es drängen sich einige Fragen auf – beantworten will Merz sie aber am Dienstag nicht. Die Pressekonferenz mit Söder ist nach den Eingangsstatementen der Parteichefs auch schon wieder vorbei, beide verlassen den Raum. Nächstes Jahr, als Kandidat im Wahlkampf, kann es sich Merz so leicht nicht machen.

Wieder nicht gereicht: Söder hat es sich bei vielen in der CDU verscherzt  
Foto: Fabrizio Bensch/reuters

**K-Frage der Union**

## Finanzen: Bremse lockern

Bei der Finanzpolitik muss man bei Friedrich Merz zwischen Schein und Sein unterscheiden. Im Wahlkampf wird er darauf dringen, dass die Schuldenbremse eingehalten wird. Doch falls er Kanzler werden sollte, wird er sie sofort reformieren. Schließlich braucht er Geld, um zu regieren. Unionsintern wäre diese Kehrtwende kein Problem: Längst sind die meisten Unions-Ministerpräsidenten dafür, die Schuldenbremse zu entschärfen – weil sie in ihre Infrastruktur investieren müssen. Merz besteht jetzt nur auf der Schuldenbremse, um die Ampel handlungsunfähig zu machen und bei den Wählern zu diskreditieren. Als Kanzler wäre er sofort dafür, Investitionen durch Schulden zu finanzieren. Ansonsten träumt Merz davon, die Steuern für die Unternehmen drastisch zu senken. Das dürfte schwierig werden, weil Steuergesetze durch den Bundesrat müssen – wo Grüne und SPD eine Vetomacht haben.

Ulrike Herrmann

## Soziales: Total abgehoben

Selbsteinschätzung ist nicht gerade die Stärke des einstigen Blackrock-Lobbyisten. Nicht nur, dass sich der Millionär selbst zur „gehobenen Mittelschicht“ zählt, unvergessen sind auch die Fotos von ihm im Privatjet, mit dem er zur Hochzeit von Finanzminister Lindner nach Sylt düste. Im wahrsten Sinne des Wortes: Abgehoben! Wer von so weit oben auf die Gesellschaft schaut, dem können auch schon mal die Maßstäbe verrutschen. Stichwort Bürgergeld, das er gern als bedingungsloses Grundeinkommen betitelt. „In jedem zweiten Betrieb sagen Mitarbeiter: Ich gehe jetzt ins Bürgergeld“, behauptete Merz jüngst ohne Belege. Aber es passt halt in die sozialpolitische Rückwärtsrolle der Union. Sparen bei den Ärmsten, lautet die Devise. Immerhin: Der Rente mit 70 hat er eine Absage erteilt. Vielleicht war es politisches Gespür: Vielleicht wollte Merz auch nur nicht, dass ihn jemand in zwei Jahren in Rente schiekt.

Jasmin Kalarickal

## Migration: Merz schlägt rechts

Friedrich Merz wollte die Ergebnisse der AfD halbieren und Politiker aus der Partei ausschließen, wenn sie mit den extremen Rechten zusammenarbeiten. Heute ist die AfD stärker denn je und die Brandmauer bröckelt vor allem auf kommunaler Ebene weitgehend unbemerkt. Beim Höhenflug der Rechten half auch Merz mit. Zutaten: Einprägeln auf die Grünen, rassistische Ausfälle gegen vermeintliche „kleine Paschas“ und die Rede von Asylbewerbern, die Deutschen die Zahnarzttermine wegnehmen. Merz sprach zuletzt von einer „nationalen Notlage“ in der Migrationspolitik und forderte einen Aufnahmestopp für Geflüchtete aus Syrien und Afghanistan. Er will außerdem Geflüchtete an den Grenzen zurückweisen, wenn sie in anderen EU-Staaten registriert wurden. Zwischenzeitlich bezeichnete Merz die CDU gar als „AfD mit Substanz“, was ihm hinterher etwas peinlich war. *Frederik Eikmanns, Gareth Joswig*

## Frauen: Kandidat für alte Herren

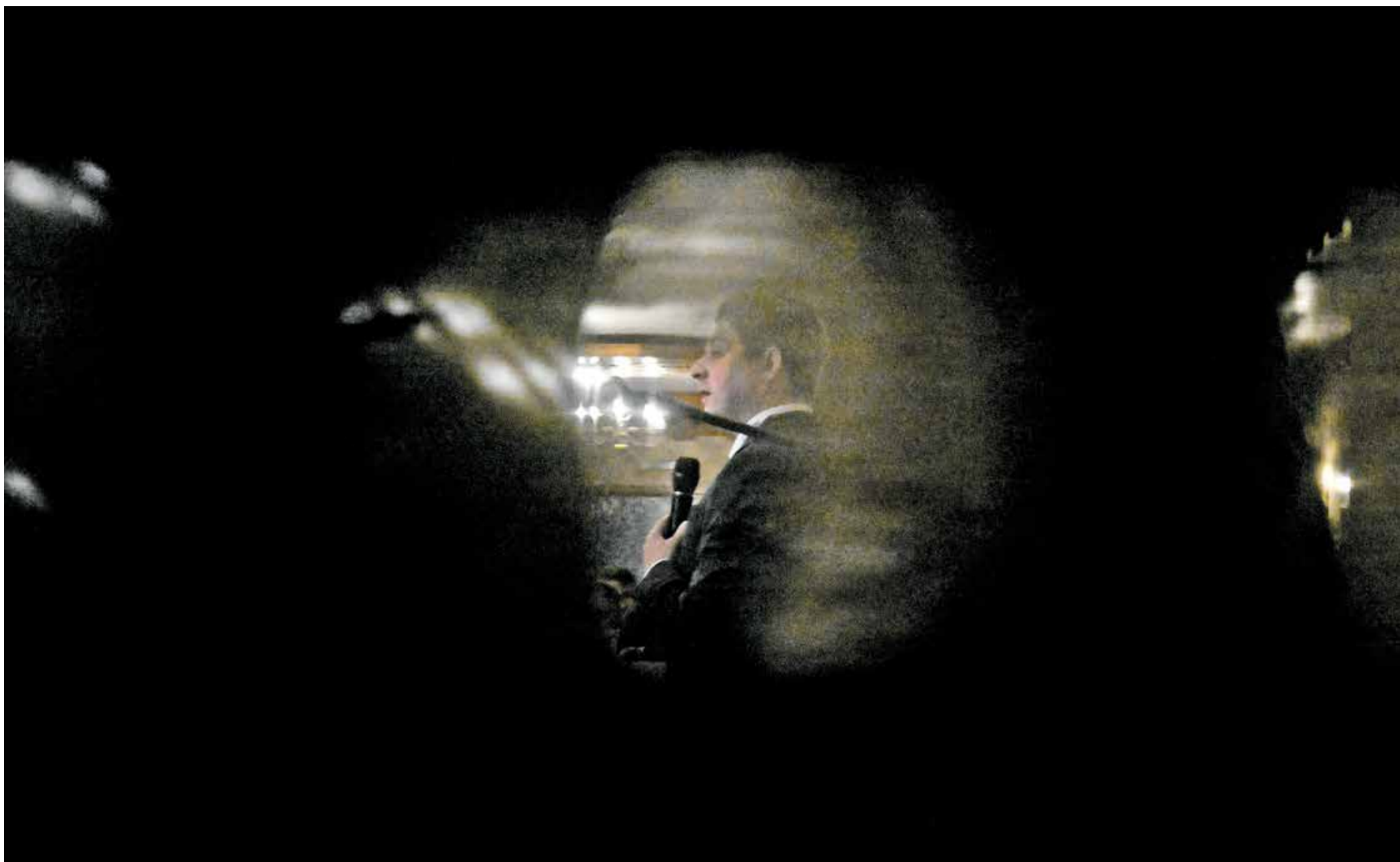
„Ich habe nie gegen die Strafbarkeit von Vergewaltigung in der Ehe gestimmt, wie immer wieder gezielt und böse behauptet wird“, schreibt Friedrich Merz 2020 auf Facebook. Nun ja: 1997 stimmte er im Bundestag sehr wohl gegen einen eigenen Straftatbestand, begründet das heute aber mit einer Diskussion über eine Widerspruchsklausel. Die sah vor, dass das mutmaßliche Opfer eine Anzeige zurückziehen kann, weshalb letztlich über ein Gesetz ohne Klausel abgestimmt wurde. Das hätte er nicht haben wollen, so Merz, und er schreibt: Aus heutiger Sicht würde er anders abstimmen. Fakt ist, dass Merz ohne Frauen „keine Wahl mehr“ gewinnt, wie er 2022 selbst sagte. Im selben Jahr stimmte er für die Einführung einer Quote in der Union. Doch er bleibt ein Altherrenkandidat, wie eine Umfrage vom März zeigt. In allen Altersgruppen ist er bei Frauen deutlich unbeliebter als bei den Männern. Von den Frauen zwischen 18 und 29 Jahren würden nur 9 Prozent für ihn stimmen. *Patricia Hecht*

## Klima: Behäbig und widersprüchlich

Klimapolitik hält Friedrich Merz in der politischen Debatte für überbewertet. Das heißt aber nicht, dass er gar nichts gegen die Erderhitzung unternehmen will. Nur, dass die Zeit drängt, findet er nicht. In den kommenden zehn Jahren die Weichen für Klimaneutralität zu stellen, reiche aus, erklärte er kürzlich. Aber: Der CDU-Chef ist durchaus für

Überraschungen gut. Nachdem Merz monatlang gegen Wärmepumpen und das Heizungsgesetz der Ampel gewettert hatte, beschwerte er sich bei der Eröffnung eines Weiterbildungszentrums für Heizungstechniker darüber, dass zu wenige der klimafreundlichen Heizungen eingebaut worden seien. Immer wieder hat Merz angekün-

digt, das Heizungsgesetz zurückzudrehen, wenn er regiert. Er sagt aber auch, die Union stehe hinter der begonnenen Wärmewende. Für viele Christdemokrat:innen ist Klimapolitik wichtig – als Bewahrung der Schöpfung. Auf die muss Merz Rücksicht nehmen. Das wiederum könnte eine Brücke zu den Grünen bauen. *Anja Krüger*



„Diese Revolution, im Sinne einer Umwälzung, einer Umkehr der bestehenden Wertesysteme, wird kommen“, heißt es im Text zum „Metapol“-Treffen vergangenen Samstag, 14. September. Hier der Neonazi-Funktionär Pierre Dornbrach auf einem klandestinen Metapol-Treffen im Schützenhof im niedersächsischen Brettorf am 18. November 2023 Foto: Recherche-Nord

**Ganz, ganz rechts**  
Ein Vehikel, die AfD  
noch weiter zu  
radikalisieren, ist der  
Thinktank „Metapol“.  
Er verbreitet  
rechtsextreme  
Propaganda,  
organisiert  
Veranstaltungen.  
Die taz hat jetzt mit  
dem Medienkollektiv  
Recherche-Nord zu  
einem aktuellen  
Seminar von Metapol  
recherchiert

Von Jean-Philipp Baeck

Tim Krause muss sich in der AfD nicht zurückhalten. Schon gar nicht in Brandenburg. Er war Sprecher der AfD-Landtagsfraktion, als er im Januar in der Villa Adlon in Potsdam am Lehnitzsee bei dem Treffen dabei war, auf dem massenhafte Abschiebungen diskutiert wurden. Doch die Fraktion hielt zu ihm. Krause ist heute Beisitzer im Landesvorstand, Vize in seinem Kreisverband, wurde im Juni in die Potsdamer Stadtverordnetenversammlung gewählt und kandidiert nun für die anstehende Landtagswahl am nächsten Sonntag. Einer seiner Programmpunkte: „Remigration“.

In Brandenburg gilt die AfD dem Verfassungsschutz als rechtsextremer Verdachtsfall. Alle Umfragen der letzten Monate sehen die AfD am Sonntag dort als stärkste Kraft. Die Correctiv-Berichterstattung hat weder der Partei noch Krauses persönlicher Karriere geschadet, noch hat sie anscheinend bei ihm zu einem Umdenken geführt. Im Gegenteil.

Erst am vergangenen Wochenende war Krause erneut auf einem klandestin organisierten Treffen. Auch dies eine brisante Zusammenkunft: Krause und weitere AfD-Politiker\*innen diskutierten nichts Geringeres als eine Revolution von rechts.

„Diese Revolution, im Sinne einer Umwälzung, einer Umkehr der bestehenden Wertesysteme, wird kommen“, heißt es in der Ankündigung für das Treffen am Samstag, 14. September. Und weiter: „Die Geschichte zeigt, dass ein nachhaltiger Regime-Change nur stattfinden kann, wenn es neben einer ‚anschlussfähigen‘ Massenorganisation auch eine geistig fundierte Avantgarde gibt, die die brennenden Fragen anspricht und ernsthaft beantwortet. Gehen wir es an!“

Organisiert wurde die Zusammenkunft von dem rechten Thinktank Metapol. In Kooperation mit dem Medienkollektiv Recherche-Nord hat die taz zu Metapol und dem aktuellen Seminar recherchiert. Recherche-Nord dokumentiert seit Jahren, wer hinter der Organisation steckt und zu deren Veranstaltungen anreist.

Tim Krause war vergangenen Samstag nicht einfach nur ein Teilnehmer, sondern er hat die ganze Veranstaltung moderiert. Ebenfalls angekündigt: Doris von Sayn-Wittgenstein, ehemalige Landesvorsitzende der AfD in Schleswig-Holstein, die wegen rechtsextremer Kontakte aus der AfD fliegen sollte und mittlerweile im Kreisverband Rhein-Neckar organisiert ist. Ein weiterer Referent: Erik Ahrens, Social-Media-Stratege und verantwortlich für den Erfolg des AfD-Europaabgeordneten Maximilian Kraus auf TikTok. Ahrens machte zuletzt Schlagzeilen, weil er dafür warb, sich mit „Rasseforschung“ zu beschäftigen.

Doris von Sayn-Wittgenstein war für die taz nicht zu erreichen. Erik Ahrens ließ eine Anfrage der taz unbeantwortet und reagierte stattdessen mit einem Post auf der Plattform X, in dem er in diffamierender Absicht ein Foto des Autors dieses Textes veröffentlichte und seine Follower fragte: „Wie bewerten wir sein Aussehen, und was sagt das über seinen Charakter?“

Tim Krause erklärte auf Anfrage der taz: „Von angeblichen Plänen eines politischen Umsturzes war während der Veranstaltung zu keinem Zeitpunkt die Rede.“ Es ging um eine „geistig-moralische Wende, mitnichten eine gewaltsame Veränderung des bestehenden politischen Systems“. Zu Beginn seiner Moderation habe er explizit darauf hingewiesen, „dass ich mir etwaige, dort dargebotene Positionen nicht zu eigen mache“, schrieb Krause. „Dass unter den Gästen ‚Neonazis‘ oder ‚Rassisten‘ anwesend gewesen sein sollen, halte ich für abwegig.“

Das Metapol-Seminar war exklusiv und jenseits der Öffentlichkeit organisiert. Inhalt und Referenten wurden zwar vorher beworben, über den Ort aber hieß es, er würde nur „auf Anfrage und nach Prüfung herausgegeben“. Wer teilnehmen wollte, musste sich zudem „durch einen Bürger verifizieren lassen“.

Auf vergangenen Treffen, die Recherche-Nord dokumentierte, trugen Anreisende teilweise schwarze Sturmhauben, verschwanden hinter Sichtschutzwänden und klebten ihre Nummernschilder ab: Anhänger der ehemaligen NPD, der Jungen Nationalisten (JN), vom Dritten Weg, den Freien Sachsen, der AfD und deren Jugendorganisation Junge Alternative. Die Seminare hatten bis zu 70 Teilnehmende.

Metapol will weniger in die Breite wirken, als eine Elite schulen, die das tut. Dass die gesellschaftliche Stimmung sich mit der AfD und ihren Kadern in den letzten Jahren immer weiter radikalisiert hat, liegt auch an einem gezielten Wirken von Organisationen wie Metapol. Nur ein Beispiel: 2023 bot Metapol auf der Strategiekonferenz der Jungen Alternative strategische Beratung, ein Mitarbeiter hielt einen Vortrag.

In Publikationen, Schulungen, Seminaren arbeiten die Aktivisten im Hintergrund daran, ihre Ideologie auch im „vorpolitischen Raum“ zu verbreiten. Dieses Ansinnen heißt in der Sprache der Neuen Rechten „Metapolitik“. Metapol trägt die Strategie im Namen. Der Thinktank ist zwar nicht so bekannt, aber vergleichbar mit dem ehemaligen Institut für Staatspolitik des rechten Netzwerkers Götz Kubitschek in Schnellroda.

Wer sich Publikationen von Metapol anschaut, ahnt, wie eine „Revolution“ aussehen würde, über die am 14. September diskutiert wurde. Mehrere Veröffentlichungen auf der Webseite bereiteten

## Brandenburgische Stichwerkzeuge

Die AfD Brandenburg tritt für ein Parlament an, das sie von innen heraus bekämpfen will. Der Landesverband ist rechtsextrem dominiert, will den Parteienstaat abschaffen. An Infoständen verteilte eine Direktkandidatin Waffen

Von Gareth Joswig

Hetze gegen alle vermeintlichen Nichtdeutschen, Leugnung der menschengemachten Klimakrise, Verbreitung prorussischer Desinformationen: Die AfD Brandenburg hat vor den Landtagswahlen einen überaus radikalen Wahlkampf geführt. Das liegt nicht zuletzt am Spitzenkandidaten Hans-Christoph Berndt. Der Gründer des flüchtlingsfeindlichen Vereins Zukunft Heimat ist lange schon als rechtsextremer Netzwerker bekannt. Der 68-Jährige raunt nicht nur von „globalistischen Eliten“ und „Bevölkerungsaustausch“, sondern schimpft auch ausdauernd über die Kirchen, weil diese sich vielerorts für Demokratie und gegen Rechtsextremismus positioniert haben. Berndt forderte die Streichung öffentlicher Förderung des Landesjugendrings und drohte damit, das Toleranznetzwerk sowie den Verein Opferperspektive im Falle eines Wahlsiegs abzuschaffen. Letzterer kümmert sich um Opfer rechter Gewalt. Der Verein hat im Zuge des Rechtsrucks einen massiven Anstieg rechter Gewalttaten in Brandenburg verzeichnet – für 2023 insgesamt 242 rechte Angriffe, ein Anstieg um 75 Prozent.

Dass die AfD nun zahlreiche Opfer rechter Gewalt alleine lassen will, überrascht nicht – sie ruft gar indirekt selbst zu Gewalt auf: So verteilte die Landtagsabgeordnete und Direktkandidatin im Wahlkreis Barnim III, Lena Kotré, an ihren Wahlkampfständen sogar Kubotans. Das ist ein Hieb- und Stichwerkzeug, das in vielen Ländern unter das Waffengesetz fällt oder sogar verboten ist – in Deutschland allerdings nicht. Die 38-jährige AfD-Politikerin verteilt diese spitzen Faustkeile aus Metall mit dem Aufdruck „Seid Wehrhaft!“ Kotré war es auch, die nach dem islamistischen Anschlag von Solingen ein generelles und Grundrechten widersprechendes „Betretungsverbot“ für Geflüchtete „auf öffentlichen Veranstaltungen“ forderte.

Sie sagte: „Wenn es tatsächlich auch Unschuldige trifft, ist das leider so – ein Kollateralschaden.“ Ebenso fordert Kotré eine privat finanzierte Abschiebeindustrie.

Den islamistischen Anschlag in Solingen instrumentalisierte die AfD schamlos und ohne Rücksicht auf Betroffene. Sie schürt aber auch darüber hinaus mit rassistischen Narrativen Angst vor Geflüchteten, teils auch in KI-generierten Wahlkampfspots. Bei Wahlkampfauftritten hetzten AfD-Politiker\*innen auf Marktplätzen bei sogenannten Sommerfesten und Bürgerdialogen, die Eventcharakter haben sollten, aber häufig auch von Gegenprotesten begleitet waren. In den Umfragen steht die AfD dennoch seit Monaten auf Platz 1 in Brandenburg – mittlerweile dicht gefolgt von der SPD.

Für Resonanz sorgt die Partei dabei nicht nur

### Unter Alexander Gauland hatte der völkisch-nationalistische Flügel der AfD in Brandenburg stets die Oberhand

über die bewährte Präsenz auf Social-Media-Plattformen wie Tiktok, Youtube, Telegram und X, sondern kann auch auf langfristig gewachsene rechtsextreme Strukturen aufbauen und lokal vernetzte Neonazigruppen und Corona-Protestierende als Multiplikatoren nutzen.

Der Brandenburger AfD-Landesverband ist seit seiner Gründung von rechtsextremen Akteuren\*innen bestimmt: Unter der schützenden Hand des heutigen AfD-Ehrenvorsitzenden Alexander Gauland hatte der völkisch-nationalistische Flü-

ge mit dem auch im Neonazimilieu verankerten Andreas Kalbitz stets die Oberhand und hat dabei auch maßgeblich zur Radikalisierung der Bundespartei beigetragen.

Nachdem Kalbitz' Mitgliedschaft wegen seiner Verbindungen zur verbotenen Heimattreuen Deutschen Jugend annulliert wurde, gab es hinter den Kulissen einen lang anhaltenden Grabenkampf zwischen zwei extrem rechten Fraktionen, den letztlich das Lager um den Spitzenkandidaten Hans-Christoph Berndt für sich entschied. Inhaltlich ist das Lager um Berndt nicht weniger radikal. Ihr Auftreten ist allerdings weniger breitbeinig und auf professionellere Außenwirkung bedacht. Kalbitz hingegen war berüchtigt für Wutausbrüche und Alkoholexzesse. Er schlug den heutigen Bundesvorstand Dennis Hohloch einmal derart in die Magengegend, dass dieser mit einem Milzriss ins Krankenhaus musste.

Mittlerweile sind die Reihen nach außen geschlossen: Der Landesvorsitzende ist der Bundestagsabgeordnete René Springer, der frühere Büroleiter von Alexander Gauland. Der lässt keine Gelegenheit verstreichen, um gegen ausländische Sozialhilfeempfänger und Ukraine-Flüchtlinge zu hetzen. In seinem Bundestagsbüro beschäftigt er einen ehemaligen Identitären. Dass die Organisation auf der Unvereinbarkeitsliste steht, stört in der AfD 2024 kaum noch jemanden, in Brandenburg schon gar nicht.

### Metapol will weniger in die Breite wirken, als eine Elite schulen, die das tut

neonazistische Szene ging man darin nicht ein, ebenso wenig darauf, ob die massenhafte Ausweisung deutscher Staatsbürger Teil des Plans einer Revolution sei.

Bezüglich des Seminars letzten Samstag wies Metapol die Vorwürfe zurück, es habe sich um ein konspiratives Treffen gehandelt, auf dem ein Systemsturz geplant worden sei: Das Seminar sei öffentlichlich beworben worden und daher keinesfalls konspirativ. „Zudem ist ihre offenbar bewusste Umdeutung des Begriffes ‚Umwälzung‘ in ‚Umsturz‘ eine infame Unterstellung“, heißt es in der E-Mail. „MetaPol strebt keinerlei Umsturz an, sondern weist in analytischer Absicht lediglich darauf hin, dass die bestehenden Verhältnisse revolutionären bzw. vorrevolutionären Charakter erhalten und der Verlag daher eine Revolution erwartet.“

Seit 2017 organisieren die Aktivist\*innen Veranstaltungen und füllen ein eigenes Blog. Die Zeitschrift *Agora Europa*, die Metapol herausgibt, publiziert unter anderem Beiträge des russischen Neofaschisten Alexander Dugin, der den Putin'schen Imperialismus philosophisch unterfüttert, sowie des Rassisten Alain de Benoist, der den Begriff des „Ethnopluralismus“ geprägt hat – einen Ephemismus für eine rassistisch aufgeteilte Welt.

In ihrer Verlagsreihe „Areopag“ veröffentlicht Metapol ein Buch des Autors Johannes Scharf, ein Pseudonym von Jonathan Stumpf. Dieser vertritt die rassistische Ansicht, dass die „weiße Rasse“ durch den Aufbau eines „weißen Ethnostaats“ gerettet werden müsse.

Akteure von Metapol haben oder hatten Verbindungen zur neonazistischen Szene, zur JN und der NPD (heute: Die Heimat). Dazu zählt unter anderem Pierre Dornbrach. Dornbrach war Bundeschulungsleiter der NPD-Nachwuchsorganisation JN, war deren stellvertretender Bundesvorsitzender und trat unter anderem auf Naziaufmärschen wie dem „Tag der deutschen Zukunft“ als Redner auf. Dornbrach ist Mitarbeiter bei Metapol und veröffentlicht dort als Autor unter dem Pseudonym „Peter Steinborn“.

Auf Anfrage der taz erklärte Dornbrach, er sei kein Mitglied irgendeiner Partei- oder Jugendorganisation oder irgendeiner anderen politischen Organisation. Aus der JN/NPD sei er vor vielen Jahren ausgetreten und pflege keine Aktivitäten in selbigen oder in angegliederten Strukturen. „Zudem weise ich Unterstellungen, ich würde Umsturzpläne befürworten oder gar selber Veranstaltungen durchführen, auf denen solche Bestrebungen – die gegen die freiheitlich-demokratische Grundordnung gerichtet sind –, geplant werden aufs Schärfste zurück.“

Bis 2019 zeichnete Roy Grassmann für die Webseite von Metapol verantwortlich. Grassmann war ehemals für die NPD aktiv, trat später als „Survival-Experte“ für Compact-TV auf und ist heute Reporter des rechtsextremen Senders AUF1 in Berlin. Wie die taz im August berichtete, wurde er in Berlin beim Kampfsporttraining zusammen mit Kadern der neonazistischen Partei Dritter Weg beobachtet. Grassmann war für eine Anfrage der taz nicht zu erreichen.

Laut einer Einschätzung des Verfassungsschutzes in Brandenburg von 2018 handelt es sich bei den Metapol-Aktivist\*innen um „zumeist in ihren Parteien gescheiterte Neonationalsozialisten“ und ehemalige Mitglieder der Identitären Bewegung Deutschlands, die teilweise völkische Ansichten diskutierten. Lotta Kampmann, Rechtsextremismus-Expertin von Recherche-Nord, erklärt: Metapol versuche, verschiedene extrem rechte Strömungen – von der AfD bis hin zu offen nationalsozialistischen Gruppen – an einen Tisch zu bringen. Bei ihren klandestinen durchgeführten Schulungsveranstaltungen und Seminaren propagierten sie Strategien und Taktiken für den von ihnen erhofften Regime-Change. „Sie sehen sich dabei als selbsternannte radikale Elite“, sagt Kampmann. Letztendlich aber sei es „ein Zusammenschluss organisierter Neonazis“, denen es nur um eines gehe: „die völkische Revolution“.

gel mit dem auch im Neonazimilieu verankerten Andreas Kalbitz stets die Oberhand und hat dabei auch maßgeblich zur Radikalisierung der Bundespartei beigetragen.

Nachdem Kalbitz' Mitgliedschaft wegen seiner Verbindungen zur verbotenen Heimattreuen Deutschen Jugend annulliert wurde, gab es hinter den Kulissen einen lang anhaltenden Grabenkampf zwischen zwei extrem rechten Fraktionen, den letztlich das Lager um den Spitzenkandidaten Hans-Christoph Berndt für sich entschied. Inhaltlich ist das Lager um Berndt nicht weniger radikal. Ihr Auftreten ist allerdings weniger breitbeinig und auf professionellere Außenwirkung bedacht. Kalbitz hingegen war berüchtigt für Wutausbrüche und Alkoholexzesse. Er schlug den heutigen Bundesvorstand Dennis Hohloch einmal derart in die Magengegend, dass dieser mit einem Milzriss ins Krankenhaus musste.

Mittlerweile sind die Reihen nach außen geschlossen: Der Landesvorsitzende ist der Bundestagsabgeordnete René Springer, der frühere Büroleiter von Alexander Gauland. Der lässt keine Gelegenheit verstreichen, um gegen ausländische Sozialhilfeempfänger und Ukraine-Flüchtlinge zu hetzen. In seinem Bundestagsbüro beschäftigt er einen ehemaligen Identitären. Dass die Organisation auf der Unvereinbarkeitsliste steht, stört in der AfD 2024 kaum noch jemanden, in Brandenburg schon gar nicht.

Konsequenterweise begann Spitzenkandidat Berndt seinen Wahlkampf unter Ausschluss der Öffentlichkeit zusammen mit zahlreichen Rechtsextremisten beim formal aufgelösten Institut für Staatspolitik des neurechten Vordenkers Götz Kubitschek. Das ist ein weiterer rechtsextremer Thinktank im AfD-Umfeld, der rechte Ideologie und Umsturzaneleitungen publiziert – unter anderem des österreichischen Identitären Martin Sellner.

Berndt warb dort nicht nur dafür, dass Brandenburg das unfreundlichste Land für Migrant\*innen werden wolle, sondern sprach sich auch dafür aus, das System von innen zu bekämpfen: „Wir brauchen die Partei eben auch als Instrument, um den Parteienstaat klein zu schneiden“, forderte Berndt. Er ist nicht der Erste aus der AfD Brandenburg, der die Abschaffung des Parteienstaats fordert. Der ehemalige Labormediziner trat erst 2018 in die AfD ein, nachdem sie bereits rechtsextrem dominiert war. Mit seinem flüchtlingsfeindlichen Verein Zukunft Heimat hatte er rassistische Demonstrationen in Cottbus und Umgebungen durchgeführt, ebenso war er mehrfach bei Pegida aufgetreten. Berndt ist auch gut in der neonazistischen Szene vernetzt. Er zählt sich selbst zur völkischen Strömung der Partei und sitzt für die AfD seit 2019 im Landtag. Als Oppositionsführer empfahl er gegen Covid ein Entwurmungsmittel für Pferde.

Ansonsten versprach die AfD wie gewohnt viel Uneinlösbares: Wie auch zuletzt in Sachsen und Thüringen wolle man von Brandenburg aus „Initiativen veranlassen“, um Frieden zwischen Russland und der Ukraine einzuleiten und alle Sanktionen gegen Russland fallen zu lassen. Sonnen- und Windenergie will die AfD abschaffen. Koalitionspartner für ihr „Programm“ hat die AfD keine: Alle anderen Parteien schließen eine Kooperation mit ihr aus. Und es verwundert nicht, dass der Verfassungsschutz Hans-Christoph Berndt als rechtsextremistisch einstuft. Er hält seinen Verein für „neonationalsozialistisch beeinflusst“, auch weil Berndt mit dem ehemaligen Neonazi Marcel Forstmeier eng zusammenarbeitet. Entsprechend überrascht es nicht, dass Berndt die „Remigrations“-Pläne von Martin Sellner verteidigte – ebenso wie der Landesvorsitzende René Springer: Millionenfache Abschiebungen seien „kein Geheimplan, sondern ein Versprechen“.

Anzeige

## Offener Brief

An den Ministerpräsidenten des Staates Israel,  
Benjamin Netanjahu,  
an den Präsidenten der Arabischen Republik Ägypten,  
Abd al-Fattah as-Sisi

Fast ein Jahr Krieg – und noch immer verhindern die Regierungen Israels und Ägyptens, dass internationale Reporter und Reporterinnen in den Gazastreifen reisen, um darüber zu berichten. Fast ein Jahr Krieg, und noch immer verhindern Ihre Regierungen, dass wir uns unbegleitet und unabhängig ein Bild über die Situation in Gaza machen können. Der fast absolute Ausschluss internationaler Medien bei einer Krise dieser enormen weltweiten Tragweite ist in der jüngeren Geschichte beispiellos.

Nach fast einem Jahr Krieg fordern wir die israelische Regierung auf:  
Gewähren Sie uns Zutritt zum Gazastreifen!

Nach fast einem Jahr Krieg fordern wir die ägyptische Regierung auf:  
Lassen Sie uns über den Grenzübergang Rafah in den Gazastreifen einreisen!

Nie ist die Anwesenheit von unabhängigen Reportern und Reporterinnen so wichtig wie in Kriegen und bewaffneten Auseinandersetzungen. Wir sind keine Konfliktpartei. Wir, die Chefredakteurinnen, Chefredakteure und Intendanten, die Reporterinnen und Reporter und unsere Organisationen, die Verlage und Fernsehstationen, haben in der Bewertung und Analyse unterschiedlicher internationaler Krisen jahrzehntelange Erfahrungen. Wer unabhängige Berichterstattung über diesen Krieg unmöglich macht, beschädigt die eigene Glaubwürdigkeit. Wer uns verbietet, im Gazastreifen zu arbeiten, schafft die Voraussetzungen, dass Menschenrechte verletzt werden. Wir wissen um unser Risiko. Wir sind bereit, es zu tragen. Gewähren Sie uns Zugang zum Gazastreifen. Lassen Sie uns arbeiten – im Interesse aller!

### Unterzeichnet von

DIE ZEIT, ZEIT ONLINE (Giovanni di Lorenzo, Jochen Wegner)  
taz, die tageszeitung (Barbara Junge, Ulrike Winkelmann)  
Stern (Gregor Peter Schmitz)  
DER SPIEGEL (Dirk Kurbjuweit)  
dpa (Sven Gösmann)  
Reporter Ohne Grenzen (Anja Osterhaus)  
Arte (Carolin Ollivier)  
Redaktionsnetzwerk Deutschland (Eva Quadbeck, Sven Oliver Clausen)  
Deutscher Journalistenverband (Mika Beuster)  
Süddeutsche Zeitung (Judith Wittwer, Wolfgang Krach)  
BILD (Marion Horn)  
DIE WELT (Ulf Poschardt)  
ZDF (Bettina Schausten)  
Handelsblatt (Sebastian Matthes)  
RTL/NTV (Gerhard Kohlenbach)  
Deutsche Welle (Peter Limbourg)  
ARD (Kai Gniffke)

## bildungswetter

Der Wind wird immer steifer für Bettina Stark-Watzinger, unsere Bundesbildungsministerin. Grund für die neuste Bö ist die gebauernopferte Ex-Staatssekretärin Sabine Döring, die der Fall um die Fördergelder wohl auch nicht in Ruhe lassen will. Jetzt bläst sie mit einer Mail in die vorübergehende Ruhe, die noch mehr Zweifel an den Aussagen Bettina Stark-Watzingers aufkommen lassen. Ob es sie jetzt endlich umweht? Das Regierungswetter in der Hauptstadt: teils bewölkt bei 26 Grad und einer Windstärke von 18 km/h.

## Grüner Plan gegen Menschenhandel

Die Ampel feilt an einem Aktionsplan Menschenhandel. Grüne wollen mehr Rechte für Betroffene

Von **Patricia Hecht**

Betroffene von Menschenhandel sollen ein Aufenthaltsrecht in Deutschland bekommen. Strafverfolgungsbehörden und Gerichte sollen zum Thema Menschenhandel geschult werden. Und eine bundesweite Koordinierungsstelle soll eingerichtet werden: Das fordert die grüne Bundestagsfraktion in einem Positionspapier zum Thema Menschenhandel, das der taz exklusiv vorliegt.

Schon Anfang Juli hatte die Fraktion das Papier mit dem Namen „Opferschutz im Zentrum, Zwangsprostitution und Menschenhandel bekämpfen“ beschlossen. Nun soll es veröffentlicht werden. Ein Nationaler Aktionsplan gegen Menschenhandel, auf den sich die Ampelkoalition im Koalitionsvertrag geeinigt hatte, wird derzeit erarbeitet. Eine Sprecherin des federführenden Bundesfamilienministeriums von Lisa Paus (Grüne) sagte, es sei das „erklärte Ziel der gesamten Bundesregierung“, dass der Aktionsplan noch in dieser Legislaturperiode verabschiedet werde.

Menschenhandel umfasst verschiedene Formen von Ausbeutung, darunter zum Beispiel sexuelle Ausbeutung, Zwangsarbeit und Menschenhandel zum Zweck der Organentnahme. „Wir setzen uns dafür ein, die Rechte der Opfer zu stärken und die Täter konsequenter zu verfolgen“, sagte Denise Loop, Obfrau der Bundestagsfraktion der Grünen im Ausschuss für Familie, Senior\*innen, Frauen und Jugend, der taz.

Zehn Forderungen stellt die Fraktion deshalb auf, darunter den Ausbau von Fachberatungsstellen, generelle Aufklärung und Sensibilisierung sowie ein ausreichendes Budget für die Umsetzung der Maßnahmen.

Einen Schwerpunkt setzt das Papier zudem auf Menschenhandel zur sexuellen Ausbeutung, also Zwangsprostitution. Laut Bundeskriminalamt werden hier jährlich mehr als 400 Betroffene gezählt. Zugleich müsse von einer deutlich höheren Dunkelziffer ausgegangen werden.

Ein großes Problem sei, heißt es im Papier, dass das Aufenthaltsrecht von Betroffenen aus Drittstaaten derzeit an ihre Aussagebereitschaft in Strafverfahren geknüpft ist – das Bleiberecht allerdings auch bei einer Aussage nicht automatisch gesichert ist. Staatsanwaltschaften würden Aussagen oft als unzureichend einstufen, sodass Betroffene sich und ihren Aufenthalt in Deutschland durch ihre Aussagen womöglich eher gefährdeten.

„Der Schutz der Betroffenen kann uns nur gelingen, wenn wir ihnen einen Ausweg aus dem kriminellen Umfeld bieten“, so Loop. Die wichtigste Forderung der Grünen sei deshalb ein Schutzversprechen unabhängig von der Aussagebereitschaft der Opfer.



# Visakontingente erstmals ausgeschöpft

Die Regelung zum Familiennachzug ist erstmals vollumfänglich ausgenutzt worden. Die Nachfrage ist allerdings vielfach höher – rechtliche Erleichterungen sind nicht in Sicht

Von **Amelie Sittenauer**

In den letzten eineinhalb Jahren ist das Kontingent für den Familiennachzug von Geflüchteten mit subsidiärem Schutz erstmals ganzjährig ausgeschöpft worden. Dies geht aus der Antwort der Bundesregierung auf eine Anfrage der Linkenabgeordneten Clara Bünger hervor, die der taz vorab vorlag. Demnach schreibt das Auswärtige Amt, es seien 12.459 Visa im Jahr 2023 und 6.230 im ersten Halbjahr 2024 für den Familiennachzug subsidiär Schutzberechtigter erteilt worden. 2022 waren es noch 8.859 Fälle.

Die Große Koalition aus Union und SPD hatte die Kontingentregelung 2018 eingeführt. Das Kontingent umfasst 1.000 Visa monatlich für die Familien von Flüchtlingen, die in Deutschland nur einen ein-

geschränkten Schutzstatus bekommen. Zuvor war der Nachzug zwei Jahre vollständig ausgesetzt gewesen. In ihrem Koalitionsvertrag hatten die Ampelparteien ursprünglich eine Gleichstellung mit Flüchtlingen nach der Genfer Flüchtlingskonvention vereinbart, für

Auf einen Termin müssen die Antragssteller teils monatelang warten

die es keinerlei Beschränkungen bei der Zahl der Nachzüge gibt. Umgesetzt hat die Bundesregierung dieses Versprechen bisher aber nicht.

Kritik kommt deshalb von der Linken-Abgeordnete Clara

Bünger: „Die Ampel hatte sich vorgenommen, den Familiennachzug zu Geflüchteten rechtlich zu erleichtern, doch nach fast drei Jahren ist rein gar nichts passiert.“ Sie fürchtet: „Angesichts der völlig außer Kontrolle geratenen Migrationsdebatte, in der SPD, Grüne und FDP bereitwillig jede noch so rechte Forderung aufgreifen, ist damit wohl vor der nächsten Bundestagswahl auch nicht mehr zu rechnen.“ Für die betroffenen Geflüchteten sei das sehr bitter.

Auch Asyl- und Menschenrechtsverbände wie ProAsyl und Terre des Hommes fordern seit Langem eine Erleichterung des Familiennachzugs. Die derzeitige Regelung habe aus „dem Rechtsanspruch auf Familiennachzug einen Gnadenakt des Staates gemacht“, schreibt ProAsyl.

Wichtigstes Herkunftsland bleibt mit fast 90 Prozent aller erteilten Visaanträge weiterhin Syrien. Indes ist die Zahl der Visa zum Familiennachzug aus Afghanistan gegenüber dem Jahr 2022 um 19,35 Prozent zurückgegangen. Und das, obwohl die Zahl der bearbeiteten Anträge der in Islamabad (Pakistan) angesiedelten Visastelle Afghanistan um 48 Prozent erhöht wurden. Insgesamt hat das Auswärtige Amt im Jahr 2023 und 2024 mehr Visa zum Familiennachzug als zuvor erteilt. Hier geht es nicht nur um Nachzug zu Flüchtlingen, sondern auch um ausländische Ehepartner:innen von Deutschen und anderen Drittstaatsangehörigen. Die Zahl erhöhte sich von 117.000 Visa im Jahr 2022 auf rund 131.000 Visa im Folgejahr. Im ersten Halbjahr 2024 ist sie mit rund 64.000 Fällen auf fast gleichbleibendem Niveau. Rund 18 Prozent davon – etwa 24.000 Visa im Jahr 2023 und etwa 11.000 im Jahr 2024 – entfielen auf Flüchtlinge, der Rest betraf den regulären Familiennachzug.

Auf einen Termin müssen die Antragssteller teils monatelang warten, wie aus der Antwort der Bundesregierung ebenfalls hervorgeht. In elf Auslandsvertretungen, darunter die für Afghanistan und die für Syrien, die sich in Beirut befindet, beträgt die Wartezeit über 52 Wochen.

Im Fall subsidiär Schutzberechtigter verweist das Auswärtige Amt selbst auf die Kontingentregelung als Grund für die langen Wartezeiten. Den 1.000 Visa pro Monat stehe „eine um das Vielfache höhere Nachfrage gegenüber“. Die Wartezeiten könnten jedoch verkürzt werden – wenn die Bundesregierung das Kontingent erhöht.

Erschöpft in der Erstaufnahmeeinrichtung, hier in Eisenhüttenstadt. Da liegt meist schon ein sehr langer Weg hinter den Geflüchteten  
Foto: Reto Klar/imago



## „Wir sind nicht gut gewappnet“

Die russische Social Design Agency betreibt Desinformation in Deutschland. Eine Betroffene: Janine Wissler. Die Linken-Chefin fordert mehr Druck der Plattformanbieter und Hilfe für die russische Opposition

Interview **Konrad Litschko**

**taz: Frau Wissler, laut unserer Recherche steht Ihr Name auf einer Liste der russischen Propagandafirma Social Design Agency, auf der deutsche Meinungsführer benannt sind, deren Aussagen für prorussische Narrative genutzt werden sollen. Oder die, falls russlandkritisch, diskreditiert werden sollen. Wussten Sie davon?**

**Janine Wissler:** Nein, ich kannte weder diese Agentur noch diese Liste.

**taz: Wie erklären Sie sich, dass Sie auf dieser Liste gelandet sind?**

**Wissler:** Da kann ich nur mutmaßen und man muss auch vorsichtig sein, um nicht russischer Staatspropaganda auf den Leim zu gehen. Klar ist: Ich habe mich gegen Waffenlieferungen in die Ukraine ausgesprochen und für Friedensverhandlungen zwischen Russland und der Ukraine. Aber das war eben keine Parteinarbeit für Putin, ganz im Gegenteil. Ich habe immer klar gesagt, dass ich die russische Aggression gegen die Ukraine scharf verurteile, dass ich Putin und seine autoritäre Politik zutiefst ablehne und dass

ich solidarisch mit der Friedensbewegung in Russland und mit russischen Deserteuren bin. Ich stehe in Kontakt mit russischen Oppositionellen, die sich gegen den Krieg und gegen Putins Politik engagieren und habe mich in einigen Fällen aktiv dafür eingesetzt, dass diese Menschen Asyl in Deutschland erhalten. Das wurde offensichtlich in Russland wahrgenommen.

**taz: Auf der SDA-Liste stehen auch Ihre frühere Parteikollegin Sahra Wagenknecht oder AfD-Parteichefin Alice Weidel. Auf die Parteien der beiden setzt die SDA große Hoffnung, um in Deutschland prorussische Narrative zu bestärken. Überrascht Sie das?**

**Wissler:** Dass Putin seit Langem rechtsautoritäre Kräfte überall in Europa unterstützt, ideologisch und auch finanziell, ist nicht neu. Auch nicht, dass er dabei mit der AfD paktiert. Das ist eine gezielte, langfristige Strategie. Auch deshalb kann man Putins Politik nur vehement ablehnen.

**taz: Und wie bewerten Sie, dass Sahra Wagenknecht dort aufgelistet wird?**

**Wissler:** Sahra Wagenknecht ist nicht mehr in unserer Partei

und ich bin froh und erleichtert, dass ich ihr Handeln nicht mehr dauernd kommentieren muss. Nur soviel: Als konsequenter Kriegsgegner sollte man deutlich machen, dass man jeden Krieg verurteilt und niemals doppelte Maßstäbe anlegen.

**taz: Unsere Recherche zeigt, wie systematisch und akribisch die SDA prorussische Narrative auch in Deutschland befördern will – mit gefälschten Onlineprofilen und Beiträgen, mit massenhaft auf Social Media verbreiteten Karikaturen oder Fakes. Wie gefährlich ist die russische Desinformation?**

**Wissler:** Dass Putins Regierung skrupellos agiert, zeigt sich schon daran, wie sie die Opposition in Russland kaltstellt und oppositionelle Stimmen zu unterdrücken versucht. Ganz offensichtlich hat dieses Regime ein Interesse daran, die öffentliche Meinung international zu den eigenen Gunsten zu beeinflussen. Und Desinformation ist in digitalen Zeiten natürlich eine große Gefahr. Wir erleben eine Flut an Fake News, die für viele immer schwerer zu erkennen sind. Daran beteiligen sich solche Agenturen und auch Ge-

heimdienste – wohlgemerkt nicht nur russische, wenn wir etwa auf das Agieren der NSA schauen. Diese Gefahr der Desinformation müssen wir alle auf dem Schirm haben, dagegen sind wir noch nicht gut gewappnet.

**taz: Wie kann man sich denn da wappnen? Tun die Regierung und die Behörden genug?**

**Wissler:** Das ist natürlich keine leichte Aufgabe in Zeiten, in denen sich Informationen digital auf so vielen Kanälen verbreiten. Aber Social-Media-Anbieter haben hier die Pflicht, konsequent gegen Lügen, Hass und Hetze vorzugehen. Hier müssen sie noch mehr in die Pflicht genommen werden. Mir ist aber auch wichtig, an die Ursache ranzugehen und diejenigen zu stärken, die Putin und seiner Desinformation die Stirn bieten: die kritischen Teile der russischen Zivilgesellschaft. Deshalb dürfen wir nicht alle Beziehungen nach Russland kappen, ganz im Gegenteil. Die russische Zivilgesellschaft braucht Unterstützung und Austausch, sie müssen wir stärken. Russland ist nicht Putin. Und irgendwann wird es ein Russland ohne Putin geben.

taz blogs

Was hier nicht stent, steht auf den Blogs ...

... denn hier ist der Platz für Mutiges, Abseitiges und Tiefgründiges: [taz.de/blogs](https://taz.de/blogs)



**Janine Wissler** ist Linken-Parteichefin. Die taz hatte am Montag in einer Recherche offengelegt, dass die 43-Jährige und andere deutsche Politiker\*innen und Prominente auf einer Liste der russischen Social Design Agency geführt werden, die seit mindestens 2022 massiv Desinformationskampagnen auch in Deutschland organisierte.

Interview Fabian Kretschmer

**taz: Herr Düben, vor wenigen Monaten sind Sie aus China ausgewiesen worden. Wie geht es Ihnen?**

**Alexander Düben:** So weit ganz gut. Ich hatte ja durchaus damit gerechnet, dass dies eines Tages passieren könnte. Denn ich habe öfters kritische Artikel veröffentlicht oder Kommentare gegenüber der Presse gegeben. Aber schlussendlich war der Anlass dann doch überraschend – und auch, wie abrupt alles passiert ist.

**taz: Rollen wir Ihren Fall einmal von vorne auf: Sie haben an der renommierten London School of Economics promoviert und später am King's College unterrichtet. Was hat Sie an eine Uni in der nordostchinesischen Provinz verschlagen?**

**Düben:** Nun, ich habe bereits seit meinem Master-Abschluss zu den chinesisch-russischen Beziehungen geforscht. Das war auch das Thema meiner Promotion. Und in Russland kannte ich mich auch aus, hatte da bereits gelebt und geforscht. Doch ich hatte das Gefühl, dass mir ein bisschen das Wissen von chinesischer Seite fehlt. Als mir dann vor neun Jahren eine Stelle an der Jilin-Universität in der Provinzhauptstadt Changchun angeboten wurde, habe ich dies angenommen. Dies ist eine relativ gute Uni, und sie ist nahe der russischen Grenze.

**taz: Ihr Forschungsthema ist politisch durchaus sensibel. Klassische Feldforschung oder Experteninterviews konnten Sie wohl kaum führen, oder?**

**Düben:** Ich habe zumindest hin und wieder informelle Interviews geführt, aber in den letzten Jahren ging auch das nicht mehr. Was aber sehr hilfreich war, waren Gespräche, die man zwischendurch mit akademischen Kollegen geführt hat – etwa während der Kaffeepause bei Konferenzen. Aber natürlich ist es so, dass in China sich die Leute immer gut überlegen, was sie sagen, wenn sie mit einem Ausländer sprechen.

**taz: War das vergleichbar mit Ihren Erfahrungen im autoritären Russland?**

**Düben:** Die beiden Systeme haben sich immer mehr angeglichen, und mittlerweile ist die Pressefreiheit in Russland fast genauso eingeschränkt wie in China. Doch lange Zeit gab es dort immer noch Journalisten, die es gewohnt waren, kritisch zu berichten – in China war das in diesem Ausmaß seit Gründung der Volksrepublik niemals der Fall.

**taz: Inwiefern haben Sie die akademischen Einschränkungen in China gemerkt?**

**Düben:** Ich bin logischerweise nicht nach China mit der Annahme gegangen, dass es dort Wissenschaftsfreiheit gibt. Zunächst war ich daher durchaus überrascht, dass ich in meiner Rolle doch recht viel sagen konnte. Auch im Unterricht gab es kaum spürbare Restriktionen – bis vor Kurzem.

**taz: Wie haben sich die Repressionen dann bemerkbar gemacht?**

**Düben:** Es gab Anweisungen an Kollegen, aber auch Doktoranden, dass sie ihre Sachen, die sie zu veröffentlichen gedenken, einer Vorzensur unterwerfen und vorlegen müssen. Auch ich habe solche Anweisungen erhalten, aber habe sie einfach ignoriert. Zudem habe ich mitbekommen, dass ausländische Wissenschaftler in meinem Feld zu informellen Gesprächen mit den Sicherheitsbehörden zitiert wurden. Und bei den chinesischen Studierenden sind viele im Verlauf ihres Studiums Mitglieder



Wladimir Putin und Xi Jinping mit Blickkontakt, Peking, 16. Mai 2024  
Foto: Sergei Bobylev/sputnik/kreml/ap

# „Ich habe die Anweisungen einfach ignoriert“

Neun Jahre hat Alexander Düben an einer chinesischen Universität geforscht, nun wurde er über Nacht des Landes verwiesen. Hier spricht der Politikwissenschaftler über die allgegenwärtige staatliche Kontrolle im Land, die Selbstzensur einheimischer Kollegen sowie den Auslöser seiner Ausweisung

der Kommunistischen Partei geworden. Ich nehme an, dass sie vielleicht auch gebeten wurden, ein Auge auf mich zu haben.

**taz: Ohnehin gibt es verpflichtende ideologische Kurse an den Universitäten – vor allem über Marxismus.**

**Düben:** Ja, da müssen alle Studierende in China durch. Interessant war: Wenn die Rede auf Marxismusstudien fiel, erhielt ich meist eine etwas genervte Reaktion – Augenrollen und Seufzer. Ohnehin hatte ich das Gefühl, dass die Parteimitgliedschaft bei den Studierenden und den Kollegen etwas ist, das man hauptsächlich macht, weil es der Karriere dient. Das Problem aber ist: Sich offen kritisch zu äußern, hat in China Konsequenzen. In meinem Fall bin ich als Ausländer in der luxuriösen Position, dass ich lediglich das Land verlassen muss.

**taz: Sie spielen auf Ihren Rauschmiss im Mai an. Der Anlass war interessanterweise keine wissenschaftliche Publikation von Ihnen, sondern ein Medieninterview. Was ist genau vorgefallen?**

**Düben:** Ich habe in den vergangenen Jahren regelmäßig Anfragen von internationalen Medien erhalten, die ich dann nach bestem Wissen und Gewissen beantwortet habe – natürlich auch öfter kritisch. Anfang Mai bekam ich dann eine Email-Anfrage von Voice of America, das ist der Auslandssender der USA, vergleichbar mit der Deutschen Welle.

**taz: Worum ging es thematisch?**

**Düben:** Es ging um den damaligen Besuch von Xi Jinping in Europa. Ich habe mich kritisch mit der Europapolitik Chinas und seiner Position gegenüber der Ukraine auseinandergesetzt. Also konkret, dass Xi Jin-

ping sich als Vermittler darstellt, aber eigentlich sehr wenig getan hat, um gerade mit der ukrainischen Seite in Kontakt zu treten.

**taz: Wirklich kontrovers ist das nicht, eher eine sachliche Analyse.**

**Düben:** Und ich habe ähnliche Dinge auch zuvor geäußert. Der Unterschied war allerdings diesmal, dass die Anfrage sowohl von einem Medium der US-Regierung kam, als auch in chinesischer Sprache erschien.

**taz: Wie ging es weiter?**

**Düben:** Als der Artikel publiziert wurde, war ich gerade in Peking. Und schon am nächsten Tag habe ich einige Nachrichten von meiner Fakultät erhalten, die mich darauf aufmerksam machten, dass ich vorher Bescheid geben müsste, wenn ich Interviews gebe. Zudem wollten sie wissen, wann ich wieder zurück an der Universität bin. Ich dachte, vielleicht hat sich die Angelegenheit mit einem klärendem Gespräch erledigt.

**taz: Eine krasse Fehleinschätzung.**

**Düben:** Als ich am Morgen des 15. Mai zurück am Campus meine Vorlesung vorbereitete, wurde mir mitgeteilt, dass diese nicht stattfinden wird – offiziell aus Gründen der Raumbuchung. Später wurde mir von einem Kollegen gesagt, dass meine Vorlesungen mit sofortigem Effekt gestrichen wurden und ich meine Kündigung einreichen müsse. Wenn ich dies nicht täte, dann würde es eine Art Disziplinarverfahren gegen mich geben – und das wäre wesentlich schlechter für alle Beteiligten. Und dann sagte er, dass ich China verlassen müsste. Und wenn ich noch mal versuchen würde, nach China einzureisen, würde dies nicht funktionieren.

**taz: Wer hat Ihre Ausweisung angeordnet?**

**Düben:** Das wollte man mir nicht sagen. Auch die konkreten Gründe durfte mir der Überbringer der Nachricht nicht nennen. Nur, dass es angeordnet wurde von höherer Stelle – also nicht von der Fakultät oder der Universität, sondern auf höherer behördlicher Ebene.

**taz: Wie haben Sie emotional reagiert?**

**Düben:** Am ehesten mit Traurigkeit, muss ich sagen. Weil ich eben wusste, dass jetzt plötzlich dieses Kapitel meines Lebens zu Ende sein wird. Ich habe viel Zeit in China verbracht, habe dort viele gute Freunde. Wenn einem dann gesagt wird, dass man noch zwei Wochen hat, bevor man das Land verlassen muss und vermutlich niemals zurückkehren kann, dann ist plötzlich alles, was man im Alltag tut, etwas besonders – weil es potenziell das letzte Mal ist. Zum Beispiel in sein Lieblingsrestaurant gehen.

**taz: Wie haben Ihre Studenten reagiert?**

**Düben:** Denen wurde zunächst erzählt, dass ich freiwillig das Land verlassen würde. Aber natürlich haben viele die Situation durchblickt. In der Tat gab es eine ganze Reihe von Solidaritätsbekundungen. Gerne würde ich mehr ins Detail gehen, aber ich möchte nicht, dass meine Aussagen irgendwelche Konsequenzen für sie haben würden.

**taz: Ihnen wurde angeraten, nicht mehr nach China zu reisen. Offiziell gibt es jedoch eine zweiwöchige, visumfreie Einreise für deutsche Staatsbürger. Werden Sie es probieren?**

**Düben:** Tatsächlich habe ich sogar noch ein valides Visum für mehrere Jahre. Das wurde mir am Ende nach meiner Kündi-

gung gar nicht gestrichen. Ich denke aber, es ist den Versuch nicht wert: Zwar habe ich es nicht schwarz auf weiß, aber mir wurde schon relativ klar kommuniziert, dass eine Einreise nicht mehr klappen würde. Und diese Unklarheit ist eben etwas, was meinen ganzen Prozess gekennzeichnet hat – ja im Grunde, was vieles in China sowohl politisch als auch gesellschaftlich kennzeichnet.

**taz: Wie meinen Sie das?**

**Düben:** Es gibt zwar Recht und Gesetz, und auf einer Arbeitsebene funktioniert das auch. Aber sobald es in den politischen Bereich überschwappt, dann spielen selbst vertragliche Konditionen keine Rolle mehr. Das ist eben der Modus Operandi des Systems in China.

**taz: Welche Rückschlüsse ziehen Sie daraus?**

**Düben:** Man kann ja zum chinesischen System stehen, wie man will. Aber eine derartige Intransparenz und Geheimniskrämerei ist objektiv schlecht und problematisch – selbst die Regierenden haben oft nicht unbedingt den

Durchblick, was vor Ort passiert. Und der Rest der Welt steht einem Land gegenüber, das zwar global betrachtet enorm wichtig geworden ist, aber dessen kommunistische Regierung möglichst nichts über sich preisgeben möchte und immer genau versucht, das Narrativ über sich mit aller Macht zu formen. Diese Tendenz hat in den letzten Jahren nur weiter zugenommen.



Foto: privat

**Björn Alexander Düben** hat neun Jahre als Assistenzprofessor an der Jilin-Universität im nordostchinesischen Changchun gearbeitet. Zuvor lehrte der gebürtige Deutsche am King's College London und an der London School of Economics, wo er auch promoviert hat.

Anzeige

Sonnabend, 5. Oktober 2024, 19 Uhr (Einlass 18 Uhr)  
Babylon (Rosa-Luxemburg-Str. 30, 10178 Berlin)

75 Jahre **DDR** Was bleibt?

Beiträge von **Martin Küpper** und **Egon Krenz**  
Diskussion »Was bleibt?«  
mit musikalisch-literarischen Einschüben von:  
**Dörte Grimm, Jennifer Antoni, Linda Gundermann**  
Musik: **Linda und die lange Leitung**  
Abschluss: 22 Uhr »Die Legende von Paul und Paula«  
(DDR 1973, Regie: Heiner Carow)

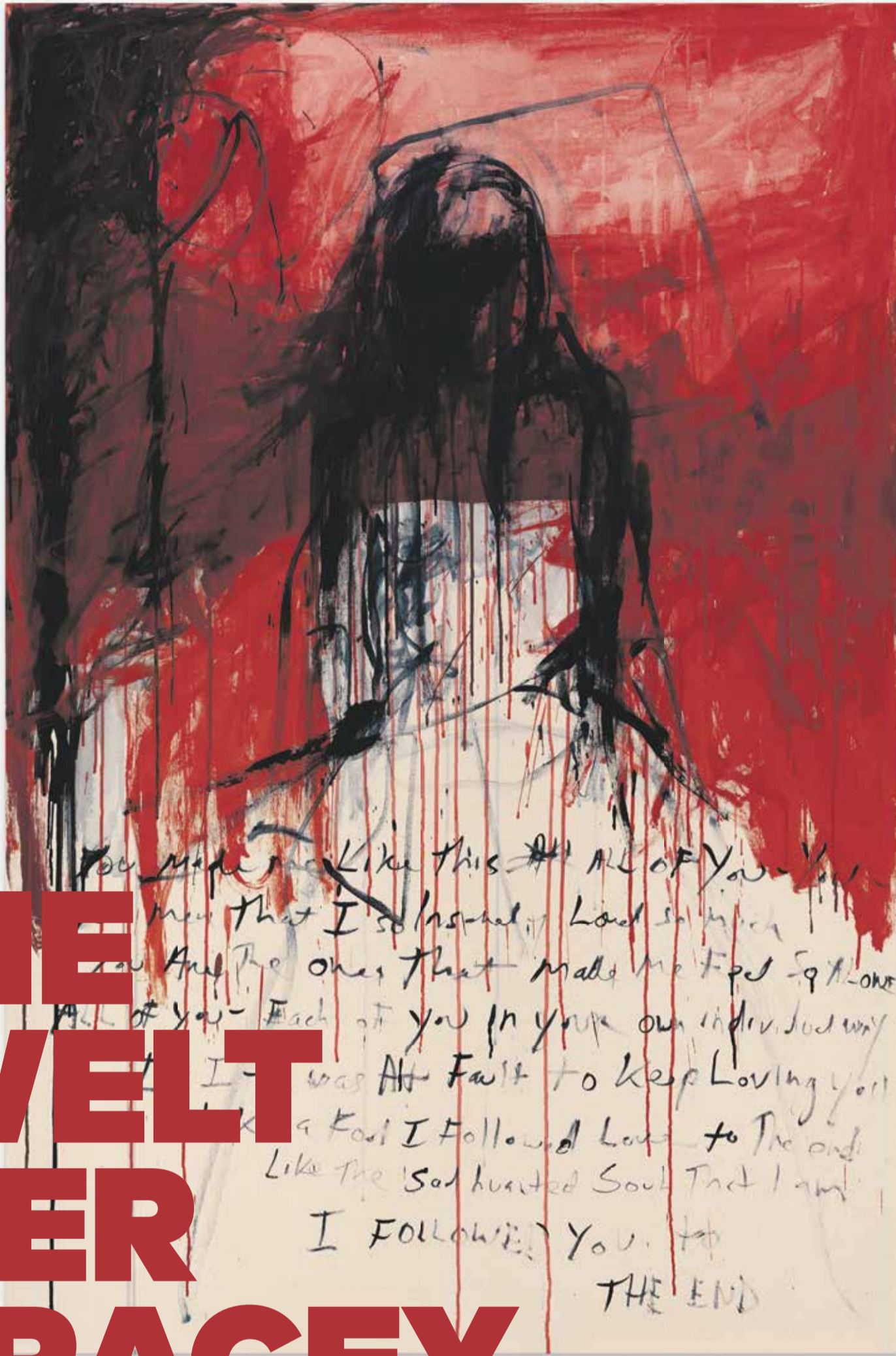
Eintritt: 15 Euro  
(ermäßigt 10 Euro)

Infos unter: [jungewelt.de/ddr75](http://jungewelt.de/ddr75)  
[www.babylonberlin.de](http://www.babylonberlin.de)

Tickets auch im **Junge Welt**-Laden  
(Torstraße 6, 10119 Berlin)

DE TAGESZEITUNG  
**junge Welt**

Tracey Emin, I Followed you to the end, 2024, Acrylic on canvas, 71 3/4 x 47 5/16 in. (182.2 x 120.1 cm), © Tracey Emin. All rights reserved, DACS 2024. Photo © Ollie Harrop



# DIE WELT DER TRACEY EMIN

20. SEPTEMBER 2024

Einmal im Jahr gestaltet eine Künstlerin oder ein Künstler DIE WELT. Am 20. September 2024 erscheint die fünfzehnte Künstlerausgabe.

**DIE**  **WELT**



# Verpestung verschleiert

Die Luftqualität in Osteuropa ist oft viel schlechter als offiziell angegeben, so eine Studie der Deutschen Umwelthilfe. Schuld sind Diesellabgase

Von **Anja Krüger**

Die Deutsche Umwelthilfe (DUH) wirft sechs osteuropäischen Staaten vor, das Ausmaß der Luftverschmutzung mit dem Diesellabgasgift Stickstoffdioxid (NO<sub>2</sub>) zu verschleiern. Messungen an 64 Standorten in Bulgarien, Ungarn, Tschechien, Kosovo, Slowakei und Rumänien belegen einer Untersuchung der DUH zufolge eine deutlich höhere Stickstoffdioxid-Belastung, als offizielle Daten zeigen. Das NO<sub>2</sub> stammt vor allem von Dieselfahrzeugen.

Für die Studie hat die Umweltoorganisation zwischen 2022 und 2024 in den sechs Ländern mehr als 300 Luftqualitätsuntersuchungen jenseits der staatlichen Messstellen vornehmen lassen. An 64 Standorten zeigten die Ergebnisse deutlich höhere Belastungen mit Stickstoffdioxid als die Zahlen der offiziellen Stationen. An 55 Punkten wurden Stickstoffdioxid-Werte gemessen, die über dem von der EU festgelegten Jahresmittelwert von 40 Mikrogramm pro Kubikmeter liegen. Die Umweltoorganisation schließt daraus, dass die offiziellen Messstationen abseits der Hauptbelastungspunkte aufgestellt und ungeeignete Messgeräte verwendet werden. Das würde gegen geltendes Recht verstoßen. Die EU schreibt vor, dass Messungen dort erfolgen müssen, wo die höchsten Belastungen zu erwarten sind.

Hohe NO<sub>2</sub>-Werte sind eine Gefahr für die Gesundheit. Stickstoffdioxid in der Umgebungsluft stammt vor allem aus Dieselmotoren von Pkw, Bussen und Lkw. „Als Folge der Belastung mit dem Diesellabgasgift

NO<sub>2</sub> sterben Jahr für Jahr mehr als 142.000 Menschen in der EU vorzeitig“, sagt DUH-Bundesgeschäftsführer Jürgen Resch. „Wir fordern eine unabhängige Überprüfung aller offiziellen Messstationen in Europa, damit das wahre Ausmaß der Luftverschmutzung nicht länger verschleiert wird.“

Nach Osteuropa wurden und werden viele Diesel-Fahrzeuge aus Deutschland verkauft, die Teil des Skandals um manipulierte Abgasabschaltvorrichtungen sind. Laut Resch überschreiten diese Autos im Normalbetrieb teilweise den zulässigen NO<sub>2</sub>-Ausstoß um das 40-fache. Er fordert, dass in diese Fahrzeuge auf Kosten der Hersteller eine Abgasreinigung eingebaut wird und sie nicht ohne Nachrüstung als Gebrauchtwagen exportiert werden.

Volkswagen kriselt, die Tochterfirma Audi sucht nach Investoren für ihr E-Auto-Werk in Brüssel. Der Grund: Der Absatz batteriebetriebener Fahrzeuge stockt. Dabei könnten die Verkäufe schnell in Schwung kommen, wie eine Untersuchung des Umweltverbands Transport & Environment zeigt: E-Autos dürften in der EU 2025 einen Marktanteil von bis zu 24 Prozent haben – wenn die Hersteller Anstrengungen unternehmen, die von der EU vorgegebenen CO<sub>2</sub>-Grenzwerte für ihre Flotten zu erreichen. Die Werte dürfen laut T & E deshalb bloß nicht aufgeweicht werden. Verkehrsminister Volker Wissing (FDP) sieht das allerdings nicht ein – er warb am Dienstag für schwächere Vorgaben.

## Zahl des Tages

**24** Prozent

Volkswagen kriselt, die Tochterfirma Audi sucht nach Investoren für ihr E-Auto-Werk in Brüssel. Der Grund: Der Absatz batteriebetriebener Fahrzeuge stockt. Dabei könnten die Verkäufe schnell in Schwung kommen, wie eine Untersuchung des Umweltverbands Transport & Environment zeigt: E-Autos dürften in der EU 2025 einen Marktanteil von bis zu 24 Prozent haben – wenn die Hersteller Anstrengungen unternehmen, die von der EU vorgegebenen CO<sub>2</sub>-Grenzwerte für ihre Flotten zu erreichen. Die Werte dürfen laut T & E deshalb bloß nicht aufgeweicht werden. Verkehrsminister Volker Wissing (FDP) sieht das allerdings nicht ein – er warb am Dienstag für schwächere Vorgaben.

## Prüfer rügen Plastikabgabe

Was als Anreiz für mehr Recycling gedacht war, steht nun in der Kritik

80 Cent pro Kilogramm nicht recycelter Plastikverpackung – so will die EU die Umwelt schützen und ihren Haushalt auffüllen. Die 2021 eingeführte Plastikabgabe verpflichtet die Mitgliedstaaten, einen kleinen Teil ihres Beitrags zum EU-Haushalt nach der Menge ihres nicht recycelten Plastiks zu berechnen. Doch die Idee klappt nicht recht, bilanziert nun der Europäische Rechnungshof. Die Umsetzung sei weder rechtzeitig überwacht noch unterstützt worden, die meisten EU-Länder seien auf diese Aufgabe nicht vorbereitet gewesen, so der Rechnungshof. Die Daten der Mitgliedstaaten seien nicht zuverlässig und nicht vergleichbar, zudem werde unzureichend kontrolliert, ob Verpackungsabfälle aus Kunststoff wirklich recycelt würden. Das Fazit: „Wahrscheinlich wird die Einnahmequelle falsch berechnet.“ 2023 beliefen sich die Einnahmen aus der Abgabe auf 7,2 Milliarden Euro, 4 Prozent der Gesamteinnahmen der EU. Der Rechnungshof fordert die EU-Kommission auf, „unverzüglich Abhilfe zu schaffen“. (hol)



Will mit grünem Strom weiter strahlen: der Chemiekonzern Wacker, der ein Werk im sächsischen Nünchritz hat  
Foto: Sylvio Dittrich/imagio

## Für Sachsen hätte es schlimmer kommen können

Ministerpräsident Kretschmer bietet den schwerer betroffenen Nachbarländern Hilfe an

Von **Michael Bartsch**, Dresden

Strahlender Sonnenschein in Dresden – und doch befinden sich Teile Europas in einer Hochwasserkatastrophe. Das Tief mit dem Namen „Anett“ ist eine mit heißer und feuchter Mittelmeerluft aufgeladene „Fünf-b-Wetterlage“ und wurde nun nach Osten abgedrängt. Die Zerstörungen, die es zwischen Österreich und Polen angerichtet hat, lassen sich in Sachsen und Brandenburg nur noch an den durch starke Regenfälle gestiegenen Flusspegeln an Elbe und Neiße erahnen. Durch die Klimakrise nimmt Starkregen zu: Wärmere Luft kann mehr Feuchtigkeit halten – und die muss irgendwann wieder herunterkommen.

Wie vorhergesagt fällt der Neißepiegel seit Montag. Überflutungen wie 2010 sind in Bad Muskau an der deutsch-polnischen Grenze nicht zu befürchten. In Görlitz konnte sich eine ins Wasser gestürzte Frau nach einigen hundert Metern Strömung selbst an Land retten. Sonst beklagt Sachsen nur geringe Sachschäden.

In Dresden bleibt die teilweise eingestürzte Carolabrücke im breiten Strom weiterhin das beliebteste Fotomotiv. Hier wird bis Mittwoch noch ein leichter Pegelanstieg auf ungefähr sechs Meter erwartet, etwa dreieinhalb Meter weniger als zur Jahrhundertflut 2002. Ob die zweithöchste Warnstufe 3 ausgerufen werden muss, ist noch offen. Allerdings wird mit nur langsam sinkenden Pegeln gerechnet, was auch auf das Staufstufenmanagement der Moldau in Tschechien zurückzuführen ist. Die Lage sei beherrschbar, teilten die Verantwortlichen der Stadt und des Landes mit. Der Freistaat sei noch einmal davongekommen, sagte Umweltminister Wolfram Günther von den Bündnisgrünen erleichtert.

Das lässt sich von den polnischen und tschechischen Nachbarn nicht behaupten. Sachsens Ministerpräsident Michael Kretschmer (CDU) hat ihnen jetzt Hilfe angeboten. Die Woiwodschaft Niederschlesien soll sie bereits angenommen haben. Der am schlimmsten betroffene Ort Nysa liegt in Südpolen, nördlich des gleichfalls von Starkregen betroffenen böhmischen Altwatergebirges. Hier brach ein Damm. Alle 40.000 Bewohner mussten aus der überfluteten Stadt evakuiert werden. Im „Mittagsmagazin“ von ARD und ZDF sprach ein Einwohner von „Armageddon“, also dem biblischen Ort der endzeitlichen Entscheidungsschlacht. Polen hat den Katastrophenfall ausgerufen.

In allen Hochwassergebieten werden auch nach Abflauen des Regens Folgeschäden durch Brüche aufgeweichter Deiche befürchtet. Das tschechische Ostrava, in Richtung des stark betroffenen Niederösterreich gelegen, steht weitgehend unter Wasser. In St. Pölten sollen in den vergangenen Tagen mehr als 500 Liter auf den Quadratmeter gefallen sein, das Mehrfache der statistischen Monatsmenge. Ungarn blickt mit Sorge auf die „Donauwelle“ aus Bayern und Österreich, die noch anschwillt.

# Ostdeutsche Wirtschaft trommelt für Erneuerbare

In einem Appell fordern mehr als 60 sächsische Firmen, den Ausbau regenerativer Energien zu beschleunigen. Dabei geht es ihnen auch um finanzielle Interessen

Von **Simon Poelchau**

Rund zweieinhalb Wochen nach den Landtagswahlen hat ein Unternehmensbündnis in Sachsen die neue Landesregierung dazu aufgerufen, den Ausbau der erneuerbaren Energien zu beschleunigen. „Um weiterhin erfolgreich wirtschaften zu können, braucht es ein ausreichendes Marktangebot zu international wettbewerbsfähigen Preisen von Strom aus erneuerbaren Energien wie Wind, Photovoltaik und Biomasse sowie die entsprechende Infrastruktur“, heißt es in einem am Dienstag veröffentlichten Appell aus der sächsischen Wirtschaft.

Über 60 Unternehmen haben diesen Appell unterschrieben. Sie repräsentieren eigenen Angaben zufolge 13.000 Arbeitsplätze aus einer Vielzahl von Branchen in nahezu allen Landkreisen des Freistaats. Unterstützt werden sie von den Industrie- und Handelskammern Dresden und Chemnitz. „Der Freistaat Sachsen will, den eu-

ropäischen und deutschen Zielen folgend, bis spätestens 2045 Klimaneutralität erreichen“, schreiben sie. Und sie versprechen, dafür auch Verantwortung übernehmen und in die Energiewende investieren zu wollen. Doch sie wollen in dieser Hinsicht eben auch den Rückhalt von der Landesregierung. Denn eine sichtbare Unterstützung durch die gesamte Staatsregierung stärke „das Vertrauen der Bürgerinnen und Bürger in staatliches Handeln und steigert die örtliche Akzeptanz in der Gesellschaft und den Regionalverwaltungen“, wie es in dem Appell heißt.

Alter und vermutlich auch neuer Ministerpräsident wird Michael Kretschmer sein. Seine CDU erwarb bei der Wahl mit 31,9 Prozent die meisten Stimmen. Die Bildung einer neuen Landesregierung dürfte aber schwierig werden. Seine bisherige Koalition mit SPD und Grüne hat keine Mehrheit mehr.

Sachsen ist in Sachen Erneuerbare hinter anderen Bun-

desländern zurückgeblieben. Besonders bei der Windenergie: Lediglich 9,1 Megawatt an neuer Leistung wurden da dieses Jahr bisher laut der Bundesnetzagentur neu installiert. Zum Vergleich: Sachsen-Anhalt kam auf 94,1 Megawatt neu installierte Leistung aus Windkraft.

„Es braucht auf allen Ebenen im Freistaat eine Kultur des Ermöglichens“

Appell der Unternehmen

Die Unternehmen, zu denen auch Schwergewichte wie Siemens und Wacker gehören, fordern deshalb von der zukünftigen Landesregierung schnelle und rechtssichere Planungs- und Genehmigungsverfahren. „Es braucht auf allen politischen und administrativen Ebenen im Freistaat eine Kultur des Ermöglichens für den regionalen Ausbau der erneuerbaren Energien

und der dazugehörigen Infrastrukturen“, schreiben die Unternehmen. Dafür müssten bürokratische Hindernisse abgebaut und „landesministerielle Vollzugsanweisungen für die verschiedenen Verwaltungen“ klar formuliert werden.

Hinter diesen Forderungen stehen vor allem ökonomische Interessen der Unternehmen. „Als energieintensives Unternehmen sind wettbewerbsfähige Strompreise für uns das A und O. Nur so können wir am Standort Deutschland und damit auch in Sachsen langfristig erfolgreich sein“, sagt etwa Jutta Matreux, die beim Münchener Chemiekonzern Wacker in Nünchritz bei Meißen ein Werk leitet. Mit rund 1.500 Beschäftigten ist der Betrieb eigenen Angaben zufolge der größte Chemiearbeitgeber in Sachsen. Dabei sieht Matreux in der Transformation auch eine Chance für Sachsen. „Grüne Energie ist nicht nur die sauberste, sondern auch die günstigste Energieform“, so die Managerin.

Klima

## Tausende Verletzte im Libanon

Wohl von Hisbollah-Kämpfern genutzte Pager explodieren. Der Angriff wird Israel zugeschrieben

Von Lisa Schneider

Es sind Videos, die an einen Agententhriller erinnern: In der libanesischen Hauptstadt Beirut sind am Dienstagmittag wohl viele Mitglieder der Schiiten-Miliz Hisbollah verletzt worden, als die Akkus ihrer Pager-Geräte explodierten. Nach Angaben der libanesischen Zeitung *L'Orient Today* sollen es über Zweitausend sein, vor allem in den südlichen Vorstädten der Hauptstadt, im Süden des Landes und in der Bekaa-Ebene sind viele Männer betroffen. In diesen Gebiete ist die Hisbollah besonders stark vertreten.

So zeigt etwa eine Aufnahme einer Überwachungskamera eines Shops den Moment der Explosion: An der Kasse steht ein Mann, plötzlich gibt es eine kleinere Explosion, und er sackt in sich zusammen auf den Boden, die Kassiererin springt auf und bringt sich in Sicherheit. Weitere Videos zeigen mögliche Betroffene mit blutigen Verletzungen, etwa an der Hüfte. Viele Menschen tragen Handys oder andere Kleingeräte in den Hosentaschen, die Position der Verletzungen scheint damit übereinzustimmen.

Nach Angaben des libanesischen Roten Kreuzes sind alleine vonseiten der Rettungsorganisation über 30 Krankenwagen im Einsatz. Laut Berichten des katarischen TV-Senders Al Jazeera soll in einem Krankenhaus in Beirut bereits der Platz ausgehen, um die vielen Verletzten zu behandeln. Nach Angaben libanesischer Telegram-Kanäle sind vor allem im Süden des Landes die Krankenhäuser überfüllt. Mehrere Spitäle sollen die Bürgerinnen und Bürger des Libanons mittlerweile außerdem aufgefordert haben, Blut zu spenden. Nach lokalen Angaben sind vor allem in Südbeirut auch am frühen Dienstagabend noch permanent die Sirenen der Krankenwagen zu hören.

Mindestens acht Menschen sollen bisher durch die Pager-Attacke getötet worden sein

Mindestens acht Menschen sollen bisher durch die Pager-Attacke getötet worden sein. Nach Angaben einer libanesischen Quelle der taz soll unter den Toten auch der Sohn von Ali Ammar, ein Abgeordneter der Hisbollah im libanesischen Parlament sein. Das berichtet auch die israelische Onlinezeitung *The Times of Israel*. Nach deren Angaben soll unter den Toten außerdem ein neunjähriges Mädchen in der Bekaa-Ebene sein.

Des weiteren befindet sich unter den Verletzten der Botschafter der Islamischen Republik Iran im Libanon, Mojtaba Amani. Er war wohl im Besitz eines der explodierten Pager. Das Gesundheitsministerium des Libanons forderte seine Bürgerinnen und Bürger auf, sich von „kabellosen Kommunikationsgeräten“ fernzuhalten. Es erklärte weiter, für die Kosten der Behandlungen der Verletzten aufzukommen, und hielt Angestellte im Medizinbereich an, sich sofort an ihre Arbeitsstätten zu begeben.

Dutzende libanesischer Telegram-Kanäle, Instagram-Accounts sowie Medien gaben an, dass Israel hinter den zeitgleichen Detonationen stehe. Auch die Nachrichtenagentur AFP gab an, eine der Hisbollah nahestehende Quelle habe ihr berichtet, dass Israel hinter den Explosionen stecke. Die US-Agentur Reuters nannte den Vorfall die „bislang größte Sicherheitslücke“ seit dem 7. Oktober. Israel äußerte sich bis Redaktionsschluss nicht.

Der Angriff erfolgt nur kurz nachdem Israel bekannt gab, einen Angriff der Hisbollah-Miliz im Libanon auf ein ehemaliges Mitglied des israelischen Sicherheitsapparates verhindert zu haben. Der bisher Ungenannte hätte wohl von einem ferngezündeten Sprengsatz getötet werden sollen.

Nach Angaben des Militäranalysten Elijah Magnier gegenüber Al Jazeera nutzt die Hisbollah die antiquiert wirkenden Geräte, um einem Abhören ihrer Kommunikation seitens Israels zuvorzukommen. Es sei möglich, so Magnier, dass die Geräte bereits vor der Ausgabe an die Mitglieder der Hisbollah manipuliert worden sein könnten. Das bedeute wiederum, dass – so die Explosionen ein Werk des israelischen Geheimdienstes sein sollten – dieser Zugriff zu Lieferungen aus Iran an die Hisbollah gehabt habe. Das meiste Equipment, dass die Hisbollah nutze, werde von Iran bereitgestellt.

## Männlich, konservativ, rechtsoffen

EU-Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen stellt ihre neue Wunschkommission vor. Einige Kandidat:innen des künftigen Teams sorgen bereits jetzt für mächtig Ärger

Aus Brüssel Eric Bonse

Es war wahrlich eine schwere Geburt: Drei Monate nach der Europawahl – und eine Woche nach dem Zeitplan – hat EU-Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen am Dienstag im Europaparlament in Straßburg ihre neue, 27-köpfige Kommission vorgestellt. Sie bringt neue Gesichter, neue politische Prioritäten – und Ärger.

Statt um den Klimaschutz, wie noch bei von der Leyens erster Kommission vor fünf Jahren, geht es nun um Sicherheit und Wettbewerbsfähigkeit der Unternehmen. „Die neuen Schwerpunkte spiegeln wieder, in welcher Zeit wir leben“, sagte von der Leyen. Das Klima sei zwar weiter wichtig, doch der Wettbewerb sei härter geworden. Ihr Programm für die nächsten fünf Jahre hat sechs Prioritäten, darunter schwer verständliche Ziele wie die „technologische Souveränität“ oder den „sauberen, gerechten und wettbewerbsfähigen Übergang“, womit offenbar

die Fortsetzung des Green Deals gemeint ist.

Ein diffuses Bild ergeben auch die neuen Jobs. Erstmals wird sich ein Kommissar, Litauens Ex-Premier Andrius Kubilius, mit Verteidigung beschäftigen. Dabei ist Brüssel dafür laut EU-Vertrag gar nicht zuständig.

Kann ein EU-Feind europäische Fördermittel verwalten?

Neu sind auch Kommissare für Wohnungsbau (Dan Jørgensen aus Dänemark) und das Mittelmeer (Dubravka Šuica aus Kroatien). Gestrichen wurden die Stellen für Arbeits- und Sozialpolitik und für Gleichstellung. Für Verwunderung sorgte auch, dass von der Leyen ausgerechnet Österreichs Finanzminister Magnus Brunner mit der Asyl- und Migrationspolitik betraut

hat, mitten im Wiener Wahlkampf ein fragwürdiges Signal.

Am meisten Ärger gibt es um den italienischen Kommissar Raffaele Fitto. Schon im Vorfeld gab es Widerstand gegen die Nominierung des Rechtsaußen-Politikers. Dass ihn von der Leyen nun zu ihrem Vizepräsidenten macht, sorgt für Unverständnis. Fitto soll sich um die Regionalförderung kümmern, was ihm Zugriff auf milliardenschwere EU-Fördertöpfe sichert. „Kann ein Europafeind EU-Fördermittel verwalten“, fragt der Chef der deutschen Grünen im Europaparlament, Rasmus Andresen. Für die Europäische Volkspartei EVP ist dies kein Problem: Fitto sei ein „überzeugter Europäer, ein Christdemokrat, einer aus dem bürgerlichen Lager“, sagt EVP-Chef Manfred Weber.

Als rechtslastig gelten auch der designierte Transportkommissar Apostolos Tzitzikostas aus Griechenland und Gesundheitskommissar Olivér Várhelyi aus Ungarn. Várhelyi gilt als Gefolgsmann des ungarischen

Regierungschefs Viktor Orbán, der regelmäßig Front gegen die EU und die „Brüsseler Diktatur“ macht. Doch gegen eine zweite Amtszeit Várhelyi hat sich von der Leyen nicht gestraut. Dass dies durchaus möglich gewesen wäre, zeigt der Fall des Franzosen Thierry Breton: Fünf Jahre lang war er mächtiger Wettbewerbskommissar. Doch dann schmiss dieser am Montag in letzter Minute hin.

Für Frankreich kommt nun der bisherige Außenminister und frühere liberale Europaabgeordnete Stéphane Séjourné. Er soll sich um die Industriepolitik kümmern. Damit erhält der Vertraute von Präsident Emmanuel Macron ein Schlüsselressort. Allerdings verfügt er über weniger Erfahrung als Breton. Die Estin Kaja Kallas ist als Außenbeauftragte vorgesehen. Sie gilt als Hardlinerin in der Russlandpolitik. Die bisherige spanische Umweltministerin Teresa Ribera soll für die Umsetzung der Klimaziele sorgen. Dabei muss die Sozialistin mit dem konservativen Niederländer Wopke Hoekstra zusammenarbeiten, der für neue Klimagesetze zuständig ist. Da ist Streit programmiert.

Insgesamt fällt die neue EU-Kommission konservativer und männlicher aus als die letzte. Die CDU-Politikerin von der Leyen belohne nicht nur Rechtsnationalen, sondern habe nur elf Posten weiblich besetzt, bemängelte der Vorsitzende der Europa-SPD, René Repasi. Sie habe für mehr Frauen gekämpft, rechtfertigte sich von der Leyen. Ob ihr neues Team wie geplant am 1. November die Arbeit aufnimmt, ist nicht sicher. Zunächst werden alle Kandidaten noch vom Europaparlament „gegrillt“. Dabei werden immer wieder Kommissare abgelehnt oder die Aufgaben neu verteilt. Zudem kann es Verzögerungen geben – als realistisch gilt daher ein Start im Dezember.

meinung + diskussion 12



## Mehr Geld für Verteidigung

Schweden strebt Ausgaben in Höhe von 2,6 Prozent des Bruttoinlandsproduktes ab dem Jahr 2028 an. Zudem soll Stockholm bei neuer Nato-Präsenz in Finnland eine führende Rolle übernehmen

Aus Härnösand  
Anne Diekhoff

Die Ukraine unterstützen, die eigene Armee ausbauen und als neues Nato-Mitglied Verantwortung übernehmen: Schwedens veränderte sicherheitspolitische Ausrichtung ist teuer. Am Dienstag stellte Verteidigungsminister Pål Jonson (Moderate) die geplanten Folgen für den Verteidigungsetat vor.

2028 soll er 2,6 Prozent des Bruttoinlandsproduktes ausmachen. Für 2025 werden 2,4 Prozent berechnet. „Die sicherheitspolitische Lage hat sich weiter verschlechtert“, sagte Jonson und führte als Beispiele eine wachsende hybride Bedrohung aus Russland in Europa sowie den Krieg in Nahost an.

2025 soll Schwedens Militärhaushalt zunächst um umgerechnet rund 1,15 Milliarden Euro auf rund 12,2 Milliarden Euro anwachsen. Darin enthal-

ten sind umgerechnet 2,2 Milliarden Euro für die Unterstützung der Ukraine. Diese Summe sei vorerst bis 2026 jährlich eingeplant.

Neben der Anschaffung neuer Waffen und Ausrüstung spiegelt das erhöhte Budget zudem einen gestiegenen Personalbedarf. Die Zahl junger Menschen, die zur Grundausbildung eingezogen werden, soll im nächsten Jahr zunächst auf 8.000 steigen, von zuletzt rund 6.000. Dafür erhält unter anderem die Rekrutierungsbehörde weitere Mittel. Auch der Bedarf an neuen Offizieren wird Kosten verursachen.

Erst am Montag hatten die Regierungen von Schweden und Finnland in Grundzügen bestätigt, worüber in den Medien seit einiger Zeit spekuliert wurde: dass Schweden für eine noch in Planung befindliche Nato-Präsenz in Finnland die führende Rolle einnehmen

könnte. Zudem beschlossen die Länder bei einem Besuch der finnischen Regierung in Stockholm eine neue Zusammenarbeitserklärung – nicht nur, aber auch sicherheitspolitisch. Dabei geht es unter anderem um die Verbesserung der Infrastruktur – Brücken, Straßen, Bahnstrecken – für Militärtransporte im Norden der Länder.

Zu den Nato-Plänen für Nordfinland und Schwedens erwünschter Rolle dabei sagte Ministerpräsident Ulf Kristersson: „Daran sind wir sehr interessiert. Es brauchte nicht viel Bedenkzeit, um darauf zu antworten.“

Zuvor hatten Verteidigungsminister Jonson und sein finnischer Amtskollege Antti Häkkinen erstmals dazu offiziell Stellung bezogen. Die Rede ist von einer multinationalen Kampfgruppe im Stil der sogenannten Forward Land Forces (FLF), wie sie seit 2017 in inzwischen acht

an Russland grenzenden Nato-Ländern aufgebaut wurden.

Es gehe für den Anfang darum, Verantwortung als sogenannte Rahmennation zu übernehmen, sagte Jonson und nannte konkret die Entsendung von Stabsoffizieren und verstärkte Militärübungen.

Er sprach von „einer natürlichen Entwicklung innerhalb der schwedisch-finnischen Verteidigungszusammenarbeit. Genaue Details gaben die Minister noch nicht bekannt, auch beschlossen ist von Schwedens Seite offiziell noch nichts.“

Die Zeitung *Svenska Dagbladet* berichtet unterdessen unter Berufung auf Insider, dass Schweden diese nördliche Militärpräsenz verantworten soll, damit Finnland selbst seine Ressourcen mehr auf den wesentlich dichter besiedelten südlichen Landesteil mit der Hauptstadt Helsinki konzentrieren könne.

Von **Bernhard Clasen**, Berlin, und **Simone Schlindwein**, Kampala

Im Spalier haben sich die Krankenschwestern und Ärzte des kongolesischen Panzi-Krankenhauses aufgestellt, um eine Delegation aus der Ukraine zu empfangen. Der kongolesische Chefarzt, Denis Mukwege, begrüßt den ukrainischen Delegationsleiter, Vasyly Lutsyk, mit einem warmen Handschlag.

Kein Land der Welt hat in der Behandlung von sexualisierter Gewalt so viele Erfahrungen gesammelt wie die Demokratische Republik Kongo – und davon will die ukrainische Delegation jetzt profitieren.

In der DR Kongo gehören brutale Vergewaltigungen von Frauen und Mädchen – aber zunehmend auch von Männern – seit Jahrzehnten zu den Gewalterfahrungen des Krieges. Seit 2010 gilt das Land als der „schlimmste Ort der Welt, eine Frau zu sein“. Laut den jüngsten Angaben des Internationalen Roten Kreuzes haben mehr als die Hälfte der kongolesischen Frauen Erfahrungen mit irgendeiner Form körperlicher Gewalt, und mehr als 27 Prozent sind Opfer sexualisierter Gewalt.

Vor diesem Hintergrund hat das Panzi-Krankenhaus in der ostkongolesischen Stadt Bukavu, Hauptstadt der Provinz Süd-Kivu und Austragungsort zahlreicher Kriege, weltweit traurige Berühmtheit erlangt. Denn die Klinik ist spezialisiert auf besonders brutale Verletzungen, die operiert werden müssen, sowie auf die psychologische Behandlung von

Gewaltopfern. Panzi-Chefarzt Mukwege erhielt 2018 den Friedensnobelpreis für seine „Bemühungen, den Einsatz sexueller Gewalt als Waffe in Kriegen und bewaffneten Konflikten zu beenden“, wie es auf der Internetseite des Nobelpreiskomitees heißt.

Im April 2022 wurden Mukwege und seine Mitarbeiter zum ersten Mal in die Ukraine eingeladen. Im Juli 2022 unterzeichneten seine Stiftung und das Panzi-Krankenhaus mit der Ukraine ein Partnerschaftsabkommen. Laut diesem sollen die ganzheitlichen Ansätze der Behandlung von Opfern sexualisierter Gewalt im ukrainischen Gesundheitssystem verankert werden. Dazu gehören nicht nur medizinische Eingriffe, sondern spezielle Traumabehandlungsmethoden sowie die juristische und wirtschaftliche Unterstützung für Gewaltopfer.

Kurz nach der Unterzeichnung des Abkommens begannen die Experten des Panzi-Krankenhauses via Internet mit Schulungen ihrer ukrainischen Partner, darunter Erste-Hilfe-Teams und Sanitäter, aber auch Psychologen sowie diejenigen, die telefonische Notrufe von Gewaltopfern entgegennehmen. Ziel war es laut Mukweges Stiftung, diejenigen in Stress-Management und Self-Care zu schulen, die mit den Gewaltopfern täglich umgehen. Vor allem ukrainische Psycholog\*innen waren zu Beginn mit den Horrorgeschichten, die die Gewaltopfer berichteten, komplett überfordert, heißt es in einem Projektbericht der Stiftung.

Über 300 Fälle von durch russische Militärs an Ukrainer\*in-



Protest ukrainischer Frauen gegen sexualisierte Gewalt in Russlands Angriffskrieg, Berlin 2022  
Foto: Murat Tueremis

## Hilfe aus Bukavu für die Opfer der Ukraine

Kaum jemand hat so viel Erfahrung in der Therapie von Opfern sexualisierter Kriegsgewalt wie der kongolesische Arzt Denis Mukwege. Jetzt hilft er mit seiner Stiftung der Ukraine

nen verübt sexueller Gewalt hat die ukrainische Generalstaatsanwaltschaft dokumentiert. Die Zahl der nicht dokumentierten sexuellen Gewaltakte dürfte um einiges darüber liegen.

„Viele sprechen erst jetzt über die ihnen angetane sexuelle Gewalt“, berichtet die Chariker Menschenrechtsanwältin Tamila Bepala der taz. Sie betreut und berät Personen, die in

zeitweise von Russland besetzten Gebieten lebten.

Aber auch in der ukrainischen Gesellschaft nimmt die Gewalt zu. In einem Gespräch mit der ukrainischen Nachrichtenagentur Ukrinform spricht die stellvertretende Innenministerin Katerina Pawlitschenko von einer Zunahme häuslicher Gewalt. „Viele Faktoren beeinflussen die Zunahme der häuslichen Gewalt in der Ukraine.“

Die meisten davon stehen im Zusammenhang mit dem Krieg. Die Rückkehr von Veteranen von der Front ist einer davon.“ Der Krieg, so die Ministerin, sei ein Nährboden der Gewalt.

Vor diesem Hintergrund hat die Internationale Migrationsorganisation (IOM) in der Ukraine eine Hotline eingerichtet, an die sich Bedrohte wenden können. Deren Mitarbeiter werden nun von ihren kongolesischen Part-

nern ausgebildet und beraten. „Ich bin sehr berührt, dass Sie den ganzen Weg hierher gekommen sind“, sagte Mukwege gegenüber seinen ukrainischen Partnern, während er ihnen das Panzi-Krankenhaus im Kongo zeigte. „Aber ich denke auch, dass die internationale Solidarität uns helfen kann, gegen diese Barbarei vorzugehen, in welcher Frauen und Frauenkörper zum Schlachtfeld geworden sind.“

## Kaschmir hat nach zehn Jahren erstmals eine Wahl

In der indischen Konfliktregion treten zwei Lokalparteien gegen die hindunationalistische Volkspartei von Premierminister Narendra Modi an

Von **Natalie Mayroth**, Mumbai

An diesem Mittwoch beginnt im indisch verwalteten Teil von Kaschmir der erste von drei Teilen der Regionalwahl. Es ist das erste Votum dieser Art in der bis vor fünf Jahren halbautonomen Konfliktregion. Die regionale Demokratische Volkspartei (PDP) unter Mehbooba Mufti und die National Conference (NC) unter Omar Abdullah, die beide von früheren kaschmirischen Ministerpräsidenten geführt werden, treten gegen die

hindunationalistische Volkspartei (BJP), die auch die nationale Regierung in Delhi führt, und einige unabhängige Kandidat:innen an.

Indiens BJP-Premier Narendra Modi warf den Politfamilien der Abdullaha, Muftis und seiner nationalen Konkurrenz der Gandhis von der Kongresspartei bei einer Rede in Jammu vor, den früheren Bundesstaat Jammu und Kaschmir (J&K) in den Ruin getrieben und Terrorismus gefördert zu haben. Dies finde nun in dem Unionsterrito-

rium, das seit 2019 von der Regierung in Delhi direkt regiert wird, ein Ende. Damals hatte seine Regierung den Bundesstaat in zwei der Zentralregierung direkt unterstellte Verwaltungsgebiete aufgeteilt: Jammu und Kaschmir sowie Ladakh. Das hob die Teilautonomie auf, was erklärtes Ziel der BJP war. Der Preis war ein Ausnahmezustand und die Abschottung der Bevölkerung über Monate, was der Wirtschaft schadete.

Seitdem versucht die BJP ihren Einfluss durch Entwick-

lungsversprechen und ein hartes Vorgehen gegen Terroristen auszubauen. Kaschmir soll wieder eine Tourismusdestination werden mit Hilfe auswärtiger Investoren, die nun in J&K erstmals Land erwerben können. In der hinduistisch geprägten BJP-Hochburg Jammu wurde ihr Einfluss im Jahr 2020 durch eine umstrittene Neuverteilung von Sitzen gestärkt. Dennoch sei die BJP von einer Mehrheit noch weit entfernt, meint die kaschmirische Journalistin Anuradha Bhasin.

Hauptgegner der BJP in Jammu ist die Kongresspartei. Indiens größte nationale Oppositionspartei hat mit der NC eine Allianz geschlossen. Kaschmir sei „zum Friedhof der Hoffnungen und Träume geworden“, sagt Kongresssprecher Pawan Khera. Modi habe den Menschen dort nichts zu bieten, sagt der NC-Po-

litiker Omar Abdullah. „Die BJP behauptet, die Situation habe sich verbessert, aber sie hat in den letzten zehn Jahren in J&K keine Wahlen abhalten können“, merkt Mehbooba Mufti an.

2014 war ihre PDP ein Bündnis mit der BJP eingegangen. Für manche ein Verrat. Die Koalition zerbrach 2018. Die BJP zog sich zurück und Delhi übernahm die direkte Kontrolle. Die Muftis stellen sich inzwischen entschieden gegen die BJP. „Ich glaube, dass es am Ende auf eine Koalitionsregierung ohne die BJP hinausläuft und die PDP eine entscheidende Rolle bei der Entscheidung spielen wird“, sagt Iltija Mufti, Tochter der früheren Regierungschefin.

„Kaschmir leidet emotional und psychologisch unter einem Grundgefühl des Identitätsverlustes, nicht nur in politischer, sondern auch in sozialer und

kultureller Hinsicht“, schreibt Haseeb Drabu in der Zeitung *Greater Kashmir*, der unter der PDP Finanzminister war. Die Menschen plagten Angst und Misstrauen gegenüber der Regierung. Er sieht die Wahlen als ersten Schritt auf dem Weg zur Wiederherstellung Kaschmirs als Bundesstaat.

Das verspricht auch die Kongresspartei. Die Regionalparteien PDP und NC fordern die Wiedereinführung des Sonderstatus – ein schwer zu erreichendes Ziel. Derweil bleibt die Sicherheitslage angespannt. Seit Indiens Unabhängigkeit 1947 ist Kaschmir ein umstrittenes Gebiet, das von Indien, Pakistan und China ganz oder teilweise beansprucht wird. Seit 1989 kämpfen verschiedene, oft islamistische Gruppen um Unabhängigkeit, mehr Autonomie oder den Anschluss an Pakistan.

**LE MONDE** *diplomatique*

# Alles digital? *diplomatique!*

Lesen Sie die **digitale Ausgabe** von Le Monde diplomatique in der App, im Browser oder als ePaper. Und hören Sie alle Texte aus der großen Monatszeitung für internationale Politik als MP3.

**Hier bestellen:**  
monde-diplomatique.de/zeitungsabo

**4,50 Euro**  
für 3 Monate

taz Verlags- und Vertriebs GmbH, Friedrichstr. 21, 10969 Berlin



schlagl\_ch

## Perfides Bullshit-Dreieck

Politiker:innen wie Wagenknecht und Trump definieren Menschen als Opfer von missratener Politik. Um sich selbst als Retter:innen herauszustellen

Kürzlich sah ich ein Bild, auf dem das Profil der Politikerin Sahra Wagenknecht neben einer Büste der ägyptischen Königin Nofretete zu sehen war. Die „stoische Ruhe“ Wagenknechts, so hieß es im begleitenden Zeit-Artikel, erinnere schon immer an Nofretete, die mächtige Herrscherin im alten Ägypten. Als ich dieses Bild sah, dachte ich: Der Archetyp des Retters ist so mächtig, dass er nun schon auf eine eher mittelmäßige Politikerin wie Sahra Wagenknecht projiziert wird. Deutschland sucht die Retterin.

Die Figur einer rettenden Person findet sich überall wieder, in persönlichen Beziehungen, im Büro, in Partnerschaften – und ganz besonders in der Politik. Diese Figur existiert aber nie allein. Sie ist untrennbar mit zwei weiteren Figuren verbunden: dem Opfer und dem Bully. Einfach gesagt: Das Opfer braucht den Retter, der Bully ist der

*Narrativ ohne Lösungen:  
Es gibt kein Mitgefühl, keine  
Rationalität, kein Miteinander.  
Es gibt nur Drama*

Böse. Eine allgegenwärtige Dreieckskonstellation. Das Dreieck, das beispielsweise von Sahra Wagenknecht bedient wird, sieht so aus: Das Opfer sind „die“ Menschen in Deutschland, der Bully sind Politiker:innen aller anderen Parteien, an allererster Stelle die Grünen. So sagte Wagenknecht Anfang September in einem Spiegel-Gespräch, dass die Grünen gefährlicher seien als die AfD, „weil sie im Unterschied zur AfD regieren und natürlich in den letzten Jahren auch in vielerlei Hinsicht Weichen gestellt haben“. Und weiter: „Das, was die Grünen an Klima- und Umweltpolitik verkörpern, das empfinden sie [die Wähler, die Red.] als undurchdacht, verlogen und nicht in sich konsistent.“ Opfer: die Wähler. Bully: die Grünen. Ergo ist die Retterin: sie selbst.

Eine zentrale Sache zum Opfer-Bully-Retter-Dreieck: Es ist ein Bullshit-Dreieck. Es ist nicht echt. Es hat mit der Realität nichts zu tun. Denn wer Opfer, wer Bully und wer Retter ist, hängt immer davon ab, wen man fragt. Fragt man einen Grünen-Anhänger, würde der wahrscheinlich sagen: Opfer, das sind die Grünen. Bully: Sahra Wagenknecht. Retter: möglicherweise die Wähler. Eine Grünen-Politikerin würde vielleicht sagen: Opfer: die Wähler. Bully: Sahra Wagenknecht. Retter: die Grünen. Alles Bullshit. Alles nicht echt. Weil alles real ist, ist nichts real. Das Bullshit-Dreieck ist aber leider sehr wirkmächtig.

Das liegt auch daran, dass der Archetyp des Opfers sehr verlockend und damit sehr stark ist. Er klebt an der menschlichen Psyche wie Kaugummi an Haaren. Es braucht viel Bewusstsein und Arbeit am Selbst, um es loszuwerden. Als Opfer kann man allen anderen die Schuld geben. Die Ampel ist schuld, die AfD ist schuld, Olaf Scholz ist schuld, die Grünen sind schuld. Man selbst leidet, weil andere dumm/gemein/inkompetent/sind. Donald Trump ist in der politischen Welt wohl eines der

anschaulichsten Beispiele für die Allmacht des Opfernarrativs. Joe Biden spaltet, Kamala Harris zerstört das Land, Richter:innen, die ihn verurteilen, sind „dumm“, „gefährlich“, „Marionetten“. Donald Trump ist alles gleichzeitig, Opfer, Retter und Bully – je nachdem, wen man fragt.

Nach dem TV-Duell mit seiner Konkurrentin Kamala Harris Anfang September – bei dem Trump allen Umfragen zufolge weitaus schlechter performte als Harris – schrieb er auf seiner Plattform Truth Social, in der Debatte hätten „drei gegen einen“ gekämpft. Die beiden Moderator:innen hätten also auf der Seite von Harris gestanden. Donald Trump, das Opfer, wie so oft. Es ist, und das zeigt sich an Trump gut, vermeintlich leichter, die Schuld für den eigenen Schmerz auf andere zu projizieren und ihnen die Verantwortung zu geben. Und weil es so verführerisch ist, sich als Opfer zu fühlen und darzustellen, folgen viele Menschen dieser Erzählung.

Sich als Opfer zu fühlen, gibt einem Menschen das Gefühl, im Recht zu sein, alles richtig zu machen, sich nicht zu hinterfragen. Das mag sich gut anfühlen, heißt am Ende allerdings nur, dass man die Macht über das eigene Fühlen, Denken, Handeln an andere abgibt – an die Politik, den Ehepartner, der Chefin. Eben an alle, die schuld daran sind, dass es mir nicht gut geht. Nur man selbst hat überhaupt keine Macht mehr über das eigene Leben. Stärker kann man sich selbst kaum abwerten. Und eines ist garantiert: Man wird nie wachsen, sich verändern, stärker oder gar weiser werden. Sich als Opfer zu fühlen und sich womöglich sogar darin zu suhlen – Stichwort Donald Trump –, ist Ausweis größtmöglicher emotionaler Unreife.

Dieses allzu schmackhafte Opfernarrativ wird von Politiker:innen wie Sahra Wagenknecht, Donald Trump, Friedrich Merz, Björn Höcke und vielen anderen sehr geschickt ausgenutzt. Sie inszenieren sich als Retter. Björn Höcke und Donald Trump machen das so offensichtlich, dass sie sich sogar mit Jesus oder dem Allmächtigen vergleichen – dem ultimativen Retter zuzusagen. Und so wundert es nicht, dass Sahra Wagenknecht das destruktive Opfernarrativ von Menschen füttert.

Politiker:innen konstruieren das Bullshit-Dreieck, weil sie dadurch weniger Arbeit leisten müssen, um Macht zu erlangen. Es ist nicht notwendig, politische Leistungen zu erbringen, um Wählerstimmen zu erhalten. Das Bündnis Sahra Wagenknecht (BSW) kam nur wenige Monate nach seiner Gründung bei den Landtagswahlen in Thüringen und Sachsen auf Ergebnisse zwischen 11 und 16 Prozent. Dank Bullshit-Dreieck. Ihr armen Opfer, wir retten euch. Den „Retter:innen“ geht es nicht um die Menschen. Es geht der Person, die sich als Retterin inszeniert, allein um sich – um die eigene Macht, um ihr Selbstbild, darum, gemocht, gesehen, geliebt zu sein. Im Bullshit-Dreieck lassen sich keine Lösungen finden: Es gibt kein Mitgefühl, keine Rationalität und kein Miteinander. Es gibt nur Drama. Menschen, die sich retten lassen wollen, verlieren sich. Sie stellen die Identität des „Retters“ über die eigene Identität, über die eigenen Werte. Es geht nur noch darum, wer der Retter ist. Nicht darum, wer man selbst ist. Sahra Wagenknecht ist keine gute Politikerin. Nur das Bullshit-Dreieck – das beherrscht sie perfekt.



**Gilda Sahebi** ist ausgebildete Ärztin und Politikwissenschaftlerin, fand dann den Weg in den Journalismus. Sie beschäftigt sich mit Rassismus, Antisemitismus, dem Nahen Osten, Medizin und Wissenschaft.

**Die Schlagloch-Vorschau**  
25. 9. Georg Diez  
2. 10. Robert Misik  
9. 10. Georg Seeblen  
16. 10. Charlotte Wiedemann

Simon Poelchau über die Intel-Fabrik in Magdeburg

## Eine Frage der Perspektive

Die Geschichte um das Intel-Chipwerk in Magdeburg ist wahrlich absurd. Das kann niemand leugnen. Für Bundeskanzler Olaf Scholz hat die Union diesmal mal eben so in den normalen Haushalt verschoben werden. Stattdessen könnte die Ampel mit den 10 Milliarden Euro endlich das Klimageld auf den Weg bringen, das in ihrem Koalitionsvertrag festgeschrieben ist als sozialer Ausgleich für steigende Energiepreise – uns also längst versprochen. Nur hat die Koalition es, angeblich wegen der knappen Haushaltslage, zwischenzeitlich aufgeschoben/aufgehoben. Mit den nun freigewordenen Mitteln könnten immerhin knapp 120 Euro pro Kopf ausgezahlt werden. Viele Menschen könnten das Geld gut gebrauchen. Die Erfahrung lässt hingegen erwarten, dass diese Lösung wiederum Lindner & Co. als absurd erscheint.

Nun könnten Optimisten behaupten, dass aufgeschoben nicht aufgehoben ist. Und dass das Werk doch noch gebaut wird. Nur etwas später. Aber häufig ist aufgeschoben dann eben doch aufgehoben, weshalb nun gleich eine nicht minder absurde Diskussion über die Verwendung der freigewordenen 10 Milliarden Euro entstanden ist.

Für die notorisch klamme Bundesregierung ist das schließlich ein nicht zu unterschätzender Batzen. Folglich kam Sparfuchs Christian Lindner auf

die Idee, mit dem Geld den weiterhin löchrigen Haushalt zu stopfen. Der Kanzler, derweil in Kasachstan, zeigte sich dem nicht abgeneigt. Allerdings hat die Union diesmal recht, wenn sie Bedenken bei der Idee anmeldet. Schließlich stammt das Geld für Intel aus dem Klima- und Transformationsfonds und kann nicht mal eben so in den normalen Haushalt verschoben werden.

Stattdessen könnte die Ampel mit den 10 Milliarden Euro endlich das Klimageld auf den Weg bringen, das in ihrem Koalitionsvertrag festgeschrieben ist als sozialer Ausgleich für steigende Energiepreise – uns also längst versprochen. Nur hat die Koalition es, angeblich wegen der knappen Haushaltslage, zwischenzeitlich aufgeschoben/aufgehoben. Mit den nun freigewordenen Mitteln könnten immerhin knapp 120 Euro pro Kopf ausgezahlt werden. Viele Menschen könnten das Geld gut gebrauchen. Die Erfahrung lässt hingegen erwarten, dass diese Lösung wiederum Lindner & Co. als absurd erscheint.

der tag 2

Tanja Tricarico über die Nominierung der neuen EU-Kommission

## Kompromiss auf Brüsseler Art

Von einem Fehlstart Ursula von der Leyens bei der Besetzung ihres neuen Teams für die EU-Kommission zu sprechen ist nahezu euphemistisch. Das Gerangel um die Kommissarsposten in den vergangenen Wochen zeigt eindrücklich die Spaltung des europäischen Projekts und dessen interne Machtverschiebungen.

Der überraschende Rücktritt eines schimpfenden Thierry Breton, der in letzter Sekunde quasi als Teammitglied von der Leyens hinschmiss, war mehr als peinlich für die Kommissionspräsidentin. Hinzu kommen Verzögerungen etwa in Slowenien. Und auch bei der Frauenquote kommt die CDU-Politikerin nun nach Ätzen und Würgen auf immerhin 40 Prozent. In Sachen Gleichstellung, Gleichberechtigung und Fortschrittlichkeit hätten es durchaus mehr Frauen in Spitzenpositionen werden können. An fähigem weiblichem Spitzenpersonal innerhalb der Europäischen Union mangelt es im Jahr 2024 nun wirklich nicht.

Nun also präsentiert von der Leyen die offenbar machbarste Kompromisslösung auf Brüsseler Art. Zu Recht sorgt

die Nominierung des Italieners Raffaele Fitto als Exekutiv-Vizepräsident für Empörung – insbesondere bei Grünen, Sozialdemokraten und Liberalen. Es riecht förmlich nach kruder Gefälligkeit an Giorgia Meloni und ihrer postfaschistischen Partei Fratelli d'Italia. Hatte doch von der Leyen vor der Europawahl im Juni mehrfach beteuert, die Brandmauer gegen rechts zu halten und auf Vertrauen bei den Mitbewerbern gesetzt. Nun könnte also doch ein Postfaschist auf einem entscheidenden Machtposten installiert werden. Von der Leyen spielt offenbar auf Risiko – und versucht den gefährlichen Machtpoker. Rom jubelte prompt.

Die EU steht vor gewaltigen Herausforderungen: Migration, Rechtsruck, Wettbewerbsfähigkeit, eine nachhaltige Unterstützung für die Ukraine – und natürlich der Kampf gegen die Klimakrise. Für letzteres setzt von der Leyen nur schwache Signale. Leider. Die nächste Legislatur der EU-Kommission dürfte in dieser Zusammensetzung also deutlich weniger fortschrittlich werden.

ausland 10

Simone Schmollack über Vor- und Nachteile des Homeoffice

## Vertrauen vorausgesetzt

Ab Januar dürfte in den Büros von Amazon alles wieder so sein wie früher: Jeder Schreibtisch ist besetzt, Kolleg:innen drängeln sich in den Kaffeeküchen, Chef:innen biegen unangekündigt um die Ecke. Im neuen Jahr reaktiviert das amerikanische Unternehmen, das auch in Deutschland ein wichtiger Arbeitgeber ist, die Präsenzpflcht, die durch die Coronapandemie ausgesetzt war. Damit ist Amazon nicht allein. Immer mehr Firmen weltweit holen ihre Mitarbeiter:innen aus dem Homeoffice zurück ins Haus. Auch die taz plädiert wieder für mehr Anwesenheit in der Redaktion.

Die Präsenz im Büro hat viele Vorteile: Absprachen sind leichter, wenn man sich gegenüber- oder nebeneinander sitzt. Das spart Zeit und reduziert das Risiko von Missverständnissen. Außerdem ist es viel schöner im gleichen Raum mit den Kolleg:innen zu sitzen, als einsam am Schreibtisch daheim.

Mitunter ist es auch gerechter. Man kennt das aus den Pandemiezeiten: Im Homeoffice kann man sich so schön wegducken und andere umso mehr arbeiten lassen, denn eine:r muss es ja

machen. Im Büro geht das nicht, da ist die Kontrolle größer.

Trotzdem ist die Rückkehr zur kompletten Präsenzpflcht keine Option. Die Coronajahre haben gezeigt, dass auch im Homeoffice gearbeitet wird, manche Kolleg:innen bringen sogar bessere Leistungen, weil sie nicht abgelenkt werden. Umfragen haben ergeben, dass sich eine große Mehrheit eine Mischform, in der Regel die 60:40-Formel, wünscht an drei Tagen im Büro, zwei Tage zu Hause (in Teilzeit entsprechend weniger). Man spart sich Arbeitswege, steckt sich seltener an, denn Erkältete husten im Homeoffice statt im Büro, und auch die Family-Work-Balance lässt sich leichter austarieren.

Das heißt indes auch, sich im Homeoffice selbst zu disziplinieren: das Tagesprogramm sorgfältig abarbeiten, aber ebenso Privatleben und Job voneinander trennen. Das alles funktioniert nur, wenn keine Seite die andere ausnutzt, es ist ein Abkommen, das auf Vertrauen setzt – und auf die regelmäßige persönliche Begegnung im Büro. Die ist nämlich nicht oldschool, die ist menschlich notwendig.



**taz**  **shop**

### **Bio-Brotbackmischung Wunderbrød Gold.**

Diese feine, glutenfreie Brotbackmischung basiert auf Hafer und ist frei von Mehl, Hefe oder Zucker. Sie enthält reichlich Ballaststoffe, Omega-3-Fettsäuren und pflanzliche Proteine. Einfach Wasser hinzufügen, rühren, quellen lassen und backen.  
Inhalt: 600 g. **€ 4,99**

**10 % Rabatt für taz-Unterstützer:innen\***

\*Ausgenommen sind Druckerzeugnisse, Wein, Gutscheine und einige Soli-Artikel sowie bereits reduzierte Waren.  
taz Shop | taz Verlags- und Vertriebs GmbH | Friedrichstraße 21 | 10969 Berlin | Telefon (030) 25 90 21 38 | tazshop@taz.de | taz.de/shop

talkshow



# Party ist aus

Von wegen lebenslange Garantie! Tupperware steht wohl vor der Insolvenz. Das ist irritierend. Denn die Dosen symbolisieren die haltbar gemachte Ungleichbehandlung der Frau

Von Anna Klöpfer

Wahnsinn, was Nachrichten über Brotdosen so für Gefühle auslösen können. Tupperware – oh my God! – steht wohl vor dem Insolvenzverfahren. So meldet es jedenfalls die Agentur Bloomberg unter Berufung auf mit den Vorgängen vertrauten Personen. Diese Meldung können wir nicht einfach so wegtuppern (sorry, das musste jetzt sein, und ja, das Verb wird auf Foodblogs wirklich verwendet!).

Tupper ist natürlich so ähnlich wie der Stuttgarter Daimler und die Post und die Sparkasse schon lange viel größer als das Auto oder die Sondermarke oder in dem Fall: die Kunststoffdose selbst. Tupper, das ist so ein Stück bundesrepublikanische Vergangenheit, als die Welt identitätspolitisch noch schwarz-weißer erschien. Zumindest war sie das in den 1990ern, als die Autorin dieser Zeilen in der ostwestfälischen Provinz heranwuchs und schnell wusste, auf welche Party sie später mal nicht gehen wollte: In regelmäßigen Abständen trafen sich da die Tanten und die Freundinnen der Mutter bei Buttercremetorte

und Filterkaffee – der Cappuccino war in Ostwestfalen noch nicht erfunden –, um Salatschleudern und Schüsseln und Frischhaltedosen und anderen Plastikkrempel zu tauschen und vor allem: bei der Tupperware-Vertreterin zu erwerben.

Tupper, das konnten die Freundinnen meiner Mutter gar nicht oft genug sagen, Tupper hält ja lebenslang. Lebenslange Garantie! Und man darf sich durchaus fragen, ob die Entscheidung für die lindgrüne Salatschüssel mit dem kackbraunen Deckel dadurch nun einfacher oder schwerer fiel. Jedenfalls machten die Frauen, die ja Zeit hatten nach dem Essenkochen für die Kinder, die mittags aus der Schule kamen, weil so etwas wie Nachmittags-Schulhort auch noch nicht erfunden war und sie deshalb maximal vormittags in der Sparkasse arbeiten konnten: Die Frauen machten da immer ihr Tupper-Ding, und die Männer – machten was anderes.

Auf Tupperpartys gab es Frankfurter Kranz und Schwarzwälder Kirsch und Bärenmarke-Kondensmilch, die entweder in Sahnekännchen umgefüllt wurde oder in diesen kleinen Plastikeinzelportionen kam, und wer da keine Beklemmun-

gen bekam, feiert vermutlich heute noch Tupperpartys.

Denn ja, es gibt sie noch. Auf der Website des übrigens amerikanischen Unternehmens – 1938 von einem ungelerten Landarbeiter namens Earl Silas Tupper gegründet, der nach einer Stippvisite in einer Chemiefabrik mit leichten Kunststoffen experimentiert haben soll – auf der Tupperwebsite also kann man sich als Gastgeber/-in (!) registrieren lassen. Dann lädt man – „die Idee ist, all deine Lieblingsmenschen zu versammeln“ – möglichst viele neue Dosen wünschen. Ab 250 Euro Umsatz bekommt die Gastgeber/-in nämlich einen Küchenrollehalter oder 50 Prozent Rabatt auf ein Produkt ihrer Wahl aus dem aktuellen Tupperware-Katalog.

Da kann man sich natürlich nun super drüber lustig machen. Aber eigentlich, und das ist jetzt ziemlich traurig, ist Tupper ganz zeitgeistig. Kann sein, dass die Buttercreme inzwischen vegan ist und auch Männer Brotdosen kaufen, aber an den wesentlichen Dingen, die die Welt für Frauen so eng macht wie eine Tupperparty, hat sich ja nicht viel geändert. Und nun kann man viel



Die Frauen machten auf den Partys ihr Tupper-Ding, und die Männer – machten was anderes

Statistik über fehlende Gleichberechtigung anführen: Die bei unglaublichen 3 Prozent dümpelnde Elternzeitquote bei Vätern (Frauen mit Kindern unter drei Jahren: rund 44 Prozent) zum Beispiel. Der höhere Teilzeitanteil bei Frauen, die ungleiche Bezahlung selbst für die gleichen Jobs. Es gibt den Gender-Gap-Arbeitsmarkt vom Statistischen Bundesamt, der solche Indikatoren zusammenfasst. 2023 lag er bei 39 Prozent. Je höher er ist, desto ungleicher die Situation auf dem Arbeitsmarkt. Seit 2014 ist er um gerade mal 6 Prozentpunkte gesunken.

Diese Dinge sollten einem durchaus bundesrepublikanische Beklemmungen verursachen. Man kann nur hoffen, aber das wird ja nicht so sein, dass sie mit Tupper insolvent gehen. Und was man daraus lernt? Dass früher auch nicht alles schlimmer war als heute. Was uns wiederum dringend an der Gegenwart etwas ändern lassen sollte.

Die Erfinderin von Tupperpartys, weil es für Earl Silas Tupper mit seinen Dosen zunächst gar nicht so gut lief, war übrigens eine Frau. Sie wurde Leiterin der Verkaufsabteilung. Ob sie Buttercreme mochte ist nicht bekannt.

Salatschüsseln, Plastikboxen, Buttercremetorte – Freizeit oder so  
Fotos: Tupperware/picture alliance

# Wenn Solidarität bestraft wird

Es ist ein EU-weiter Trend: Immer mehr Geflüchtete, Migrant:innen und Helfer:innen werden wegen „Schlepperei“ unverhältnismäßig hart bestraft. Die Staaten wollen damit Stärke beweisen, doch damit vergrößern sie die Probleme

Von **Christian Jakob**

Am kommenden Dienstag steht der 60-jährige Homayoun Sabetara in Thessaloniki vor Gericht – mal wieder. Seit drei Jahren sitzt der krebserkrankte Iraner in Griechenland im Gefängnis. Er hatte 2021 versucht, aus Iran nach Deutschland zu seinen beiden Töchtern zu fliehen. Weil er das Auto steuerte, in dem er mit sieben anderen Menschen saß, wird ihm Schlepperei vorgeworfen.

„Ihm waren die Konsequenzen nicht bewusst“, sagt seine Tochter Mahtab, die sich seit Jahren öffentlich für die Freilassung ihres Vaters einsetzt. In erster Instanz wurde Sabetara – nach vier Terminverschiebungen – zu 18 Jahren Haft verurteilt. Der Prozess „zerstört alle mentalen Ressourcen der Angeklagten und ihrer Angehörigen“, sagt Mahtab Sabetara. Die Folge sei ein „mentaler Zusammenbruch“, Hoffnung werde zu „einem Wort, von dem man nur träumen kann“. Ohne Unterstützung von NGOs wäre es unmöglich, die Reisekosten nach Griechenland und die Anwaltsrechnungen zu bezahlen.

Anfang September präsentierte deshalb die NGO medico international in Frankfurt einen neuen „Fonds für Bewegungsfreiheit“. Der soll künftig die Rechtshilfe für Menschen mitfinanzieren, die wegen „Sol-

Der Strafbestand „Beihilfe zur unerlaubten Einreise“ werde teils strenger bestraft als Mord

idity Crimes“ oder der eigenen Fluchtgeschichte als Schlepper vor Gericht stehen – wie Homayoun Sabetara. „Immer wieder werden Geflüchtete als Schleuser gebrandmarkt. Sie werden in juristischen Schnellverfahren zu überdimensionalen Haftstrafen verdonnert, ohne dabei auf einen adäquaten Rechtsbeistand hoffen zu können“, sagt Valeria Hänsel von medico.

Sie verweist darauf, dass der Straftatbestand der „Beihilfe zur unerlaubten Einreise“ teils strenger bestraft wird als Mord. Allein in Griechenland sitzen nach einem Bericht Zählung der NGO Borderline Europa über 2.000 Menschen aufgrund des

Vorwurfs der „Beihilfe zur unerlaubten Einreise“ im Gefängnis. Die meisten von ihnen sind Geflüchtete. Borderline hat viele Prozesse besucht und ausgerechnet, dass nach Schnellverfahren von durchschnittlich rund 30 Minuten Dauer am Ende durchschnittlich 46 Jahre Haft und Geldstrafen von über 300.000 Euro stehen.

„Häufig verstehen die Angeklagten – auch aufgrund unzureichender Übersetzungen – bis zuletzt nicht, was ihnen eigentlich vorgeworfen wird und warum man sie verurteilt“, sagt Hänsel.

Auch in Italien, Spanien und England werde von „beinahe jedem ankommenden Flüchtlingsboot mindestens ein Mensch festgenommen und bezichtigt, anderen bei der Einreise geholfen zu haben“.

Medico nennt eine Zahl von rund 3.200 Beschuldigten in Italien seit 2013 und rund 500 Menschen in den Jahren 2022 und 2023 in Spanien. „Die Dunkelziffer dürfte weitaus höher sein“, so medico.

Zu einem der Aufsehen erregendsten Fälle gehört jener der

„El Hiblu 3“. Dabei handelt es sich um ein seit 2019 in Malta laufendes Verfahren gegen drei zur Tatzeit 15, 16 und 19 Jahre junge Männer aus Guinea und der Elfenbeinküste. Die Staatsanwaltschaft hatte sie wegen „terroristischen Handlungen“, „illegalem Freiheitsentzug“, „rechtswidriger Abschiebung ins Ausland“ sowie „Gewalt“ angeklagt. Sie waren mit 100 anderen Menschen von dem Öltanker „El Hiblu“ aus Seenot gerettet worden. Auf Anweisung Maltas wollte der Kapitän sie zurück nach Libyen bringen – was illegal gewesen wäre. Die drei hatten zwischen dem Kapitän und aufgebracht Migrant:innen vermittelt.

Neil Falzon vertritt die drei Männer seit fünf Jahren als Anwalt. Falzon ist Gründer und Direktor der aditus foundation, einer NGO in Malta, die Anfang September dafür den Menschenrechtspreis von Pro Asyl bekam.

„Die drei können nicht verstehen, dass sie als Terroristen verfolgt werden, nachdem sie nur vermittelt hatten“, sagt er. Die drei hätten „ihr Leben noch



vor sich gehabt – und nun sehen sie einem Leben im Gefängnis entgegen.“

Einer der Angeklagten lebt mit Frau und Kind auf Malta. Das Ganze sei eine „Show, mit der die Regierung Maltas den anderen EU-Staaten beweisen will, dass sie ein guter Wächter der südlichen EU-Grenze ist“, sagt Falzon. Deshalb – „und natürlich um andere Menschen abzuschrecken“ halte die Justiz an den Tatvorwürfen fest.

„Wir haben die Klageschrift der Staatsanwaltschaft angefochten“, sagt Falzon – unter anderem, weil maltesische Gerichte auf hoher See nicht zuständig seien. Doch das Gericht wies den Widerspruch zurück, ein Berufungstermin ist an-

hängig. Falzon rechnet für November mit dem Beginn einer Hauptverhandlung.

Er selbst sei von der Regierung Maltas bisher nicht behindert worden. Aber wir „müssen uns auf sehr harte Zeiten einstellen, die nicht nur den Flüchtlingen schaden werden, sondern auch unseren Organisationen“, sagt er.

Dass Flüchtlinge, Migrant:innen und Helfer:innen vor Gericht landen, ist EU-weit ein Trend, auf den Menschenrechtsorganisationen seit Jahren hinweisen. Immer mehr EU-Staaten ahnden die Beihilfe zur illegalen Einreise auch dann als Schlepperei, wenn kein Geld fließt – Fachleute sprechen von Solidarity Crimes.

Zuletzt hatten einige Gerichtsentscheide Hoffnung gemacht. In Italien und Griechenland waren Verfahren – etwa gegen Überlebende der Schiffskatastrophe von Pylos, Seenotretter aus Lesbos oder die Besatzung des Rettungsschiffs „Juventa“ – überraschend eingestellt worden. „Das hat uns natürlich Hoffnung gegeben“, sagt Falzon. Doch bei den noch laufenden Verfahren sei weiter alles offen.

Ende August veröffentlichten 15 NGOs, darunter Amnesty International und Ärzte ohne Grenzen, einen Appell an die Bundesregierung, um dem ein Ende zu setzen. Seit 2023 arbeitet die EU an einer neuen Richtlinie, die die Strafbarkeit der Beihilfe zur illegalen Einreise neu regeln soll.

„Um Schutzsuchenden und Menschenrechtsverteidiger:innen endlich Rechtssicherheit zu garantieren, muss jedoch dringend nachgebessert werden“, heißt es in dem Appell der NGOs über den vorliegenden Entwurf.

Sie fürchten, dass sonst auch in Zukunft Unterstützer als Schlepper vor Gericht landen können.



Bewaffnete Soldaten auf dem Öltanker „El Hiblu 1“, den Geflüchtete 2019 in Malta kaperten  
Foto: René Rossignaud/picture alliance



Christiane Rösinger  
**Aus dem Leben einer Boomerin**

Hilfe, ich bin Tradwife geworden

Nun ist der Sommer also endgültig vorbei. Was für die einen eine prosaische Feststellung ist, kann bei anderen tiefe Melancholie auslösen.

Die Boomerin befindet sich, je nach Stimmungslage, ja selbst im Frühherbst oder Vollherbst des Lebens, wäh-

rend sich der optimistische Boomer in Verknennung der Tatsachen oft noch in seinem Spätsommer wähnt. Wie jedes Jahr frage ich mich um diese Zeit: Hab ich diesen Sommer wirklich ausgekostet – hab ich alles mitgenommen?

Okay, also ich habe in der Donau, in der Nordsee und in badischen Baggerseen gebadet, 300 Schnecken getötet, jeweils eine Handvoll rote und weiße Johannisbeeren und etwa zwei Pfund Brombeeren geerntet.

Wobei wir beim Garten-Content wären – eine Boomerinnen-Kolumne ist immer auch eine Garten-Kolumne.

Angesichts der reichen Brombeerernte konnte ich nicht an mich halten. Es begab sich, dass ich zum ersten Mal in meinem Leben Marmelade einkochte. Brombeermarmelade. Es gelang auf Anhieb und verschaffte mir eine solch anhaltende innere Befriedigung, dass ich erschrak: „Oh mein Gott, bin ich Tradwife geworden?“

Wer sie nicht kennt: Tradwifes sind Frauen bei Insta und Tiktok, die in alttümlichen langen Kleidern, mit langem Haar, höchst komplizierte Gerichte mühelos zubereiten.

Ich habe in der Donau, der Nordsee und badischen Baggerseen gebadet und 300 Schnecken getötet

Ein typisches Tradwife-Video beginnt so: „Heute hatte mein Ehemann Lust auf Schokolade.“

Die Tradwife macht sich sofort ans Werk: zerschlägt eine Kakaofrucht, mahlt die Bohnen, stellt nebenher selbst Butter her.

Alles geht ihr lächelnd von der Hand, und 25 Arbeitsschritte weiter ist die Schokolade fertig, der Mann freut sich. Also ganz ähnlich wie ich beim Brombeeren einkochen!

Und ich schwöre: Ich habe in meinem ganzen Leben keinen einzigen Kuchen gebacken und koche auch nur in Ausnahmefällen.

Das hängt wahrscheinlich damit zusammen, dass ich in jungen Jahren, so mit 17, schon Boomerin und Old-School-Feministin war.

Als solche lehnte ich alle häuslichen Verrichtungen (backen, fermentieren, einkochen, Männern Kaffee einschenken, nett sein) stets ab.

Fun Fact: Damals bekam man als junge Frau von alten Tanten noch Bettwäsche und Handtücher „für die Aussteuer“ geschenkt.

Letzte Woche stand ich dann aber in der Küche, blickte auf vier Gläser Brombeermarmelade und fühlte so eine tiefe

Tradwife-Befriedigung in mir hochsteigen. Wie tief bin ich gesunken!

Aber als Tradwife hätte ich das Ganze ja gefilmt, beruhigte ich mich.

Und die Küche sah ganz furchtbar aus – ich hatte noch nie im Leben etwas in einem Topf püriert, die Küchenwand der Herd und mein Unterarm waren brombeergesprengelt.

Vielleicht ein Orakel für die Brombeerkoalition in Sachsen und Thüringen?

Bei einer Tradwife wäre so ein Brombeermassaker undenkbar, beruhigte ich mich und beschloss, nicht mehr über diese neue Häuslichkeit nachzudenken.

Schon am nächsten Tag ertappte ich mich dabei, wie ich aus dem, was die Nacktschnecken im Garten übrig gelassen hatten, eine Kartoffel-Mangold-Kartoffel-Pfanne improvisierte.

Zum Glück ist der Sommer jetzt endlich vorbei.



Weiblicher Blick auf den Krieg: Lee Miller (Kate Winslet) in „Die Fotografin“  
Foto: Studiocanal

## Sie will das Grauen dokumentieren

Ihr Regiedebüt „Die Fotografin“ widmet Ellen Kuras dem schillernden Leben der Kriegsreporterin Lee Miller. Hauptdarstellerin Kate Winslet trägt den Film mit Leidenschaft

Von Jenni Zylka

Zwischen „gaze“ und „view“ gibt es einen Unterschied. Der „gaze“ bezeichnet den Blick, aber auch das Starren; als „male gaze“ beschreibt er die Art und Weise, wie (Hetero-)Männer Frauenkörper wahrnehmen, und als Künstler, Regisseure oder Kameramänner darstellen. Der „male gaze“ ist somit zuweilen geprägt vom eigennützigem Begehren des Mannes, er kann den Frauenkörper objektifizieren. Beim „view“ dagegen wird die Intention des oder der Schauenden in Frage gestellt; er beschreibt ebenso eine Haltung wie einen Blick. Ein anderer „view“, eine andere Sichtweise kann den Horizont erweitern – vor allem, wenn es der „female view“ ist, der bei der Beschreibung unserer Welt lange nur eine Nebenrolle spielte.

Dass unsere Gesellschaft es dringend nötig hat, sich für diese Unterschiede und ihre Bedeutung zu sensibilisieren, ist ein Fakt. Denn es geht beim Berichten, beim Darstellen und Erzählen immer auch um eine Deutungshoheit: Das, was erzählt wird, ist wichtig. Allein die Auswahl ist eine subjektive Entscheidung.

Ein WW2-Foto aus den Quartieren der Soldatinnen des sogenannten Auxiliary Territorial Service, auf dem man vor einem Barackenfenster notdürftig zum Trocknen aufgehängte Damenunterwäsche, Strümpfe, Unterhosen, BHs sieht, eignet sich gut für die Horzonterweiterung. Es beweist, auf welch allgegenwärtige und alltägliche Dinge der Schrecken eines Krieges sich mitunter reduzieren lässt. Und wie tief er in die Intimität eindringt – in die der „Verlierer“ ebenso wie in die der „Gewinner“.

Auch ein solches Foto ist also ein „Beweis“. Es ist eines der Bilder, mit denen das ehemalige Model Lee Miller als (Kriegs-)Fotografin weltbekannt wurde. Ellen Kuras' Biopic „Lee“ (deutscher Titel „Die Fotografin“) wird gerahmt durch ein Interview, das Miller (Kate Winslet) Jahrzehnte nach dem Krieg einem jungen Mann namens Tony (Josh O'Connor) gibt. Die Erzählung setzt an, als Miller, mittlerweile eta-

blierte und von „Schönheit“ gelangweilte Fotografin, mit freiheitsliebenden Freund:innen wie den surrealistischen Künstler:innen Paul und Nusch Éluard (Vincente Colombe, Noémie Merlant) einem Bohemien-Leben in den Bergen Cornwalls frönt. Es ist kurz vor Hitler, doch gerade die Künstler:innen der Zeit verkennen die Gefahr – halb nackt schart man sich scharfsinnig plaudernd um die lange Wein- und Käsetafel im malerischen Garten oder schaut rauchend die Wochenschau und kann nicht glauben, dass die „hässlichen Nazis“ eine solche Macht entwickeln.

Als der britische Kunstsammler und Künstler Roland Penrose (Alexander Skarsgård) die illustre Runde vervollständigt, wird die trotz Hedonismus tendenziell eher desillusionierte, zudem auch noch mit einem anderen Mann verheiratete Lee aufmerksam. Zwischen den beiden entwickelt sich eine große Liebe, es wird die größte in beider Leben. Doch dann beginnt der Zweite Weltkrieg mit dem völkerrechtswidrigen Angriff der Deutschen auf Polen. Und je mehr Europa in diesen Krieg hineingezogen, von ihm gebeutelt wird, desto stärker fühlt die Film-

### Ein Foto von Miller in Hitlers Badewanne fängt den Surrealismus ein

Miller das Bedürfnis, ihre Fähigkeiten in den Dienst der Alliierten zu stellen. Die englische *Vogue* in Form der feministisch denkenden Editorin Audrey Withers (Andrea Riseborough) drückt, nach einigen Anfangsschwierigkeiten, Millers surrealistisch beeinflusste Bilder von Frauen mit Schutzmasken oder einem eleganten Model, das vor einer Karte mit Kriegsschauplätzen steht.

Der „Blitz“ macht England 1940 ebenfalls zum Kriegsschauplatz, die britische Regierung gestattet der inzwischen mit Penrose in London le-

benden Fotografin allerdings aus Sicherheitsgründen keine Reise an die Front, denn den „embedded journalism“ erachtet man als zu gefährlich für eine Frau. Anders die US-Regierung: Durch ihren amerikanischen Pass gewährt man ihr den Status. Gemeinsam mit dem US-amerikanischen Fotografen David Sherman (Andy Samberg), der ein enger Freund wird, reist Lee mitten in den Krieg, schaut in die Quartiere, Baracken und von Schmerz und Leid geprägten provisorischen Krankenzelte, fotografiert Unfassbares. Und schickt die Bilder ihrer verlässlichen Freundin Audrey.

Regisseurin Kuras, die mit „Lee“ ihren ersten Film inszeniert, aber auf eine lange und erfolgreiche Karriere als Kamerafrau zurückschaut, geht das Thema der „verfilmten Fotografien“ ähnlich an wie viele Regisseur:innen vor ihr. Anhand berühmter Schnappschüsse oder gestellter Fotos schickt sie ihr Publikum durch Lees Erleben bis hin zum Kriegsende, das auf ikonischen Momenten völlig unterschiedlicher Natur festgehalten wird: Dem (mit Schermans Hilfe entstandenen) Foto von Miller in Hitlers Münchner Badewanne, kurz nach dessen Selbstmord im Bunker, welches das surreale Element perfekt einfängt; und den unbeschreiblichen Bildern der KZ-Gräuel.

Trotz der Bedeutung dieser Fotos und der authentischen Kamerarbeit Pawel Edelmanns, die sich mit dem Kriegsausbruch von opulentweit-bunt zu schmerzhaft-eng-grau verändert, gestattet Kuras ihrer Hauptfigur nur eine recht kleine eigene Dramaturgie. Denn von Anfang an ist Lee auf der „richtigen Seite“; von Anfang an weiß sie, was sie will: Kuras lässt ihre Hauptfigur aus moralischen Gründen zur Kriegsreporterin werden. Sie will das Grauen dokumentieren. Was sich entwickelt, das ist einzig das Trauma, das Lee – wie viele andere Zeug:innen – nie wieder verlassen wird.

Ihr weiblicher Blick, überhaupt der Blick von Kriegsreporterinnen hat trotzdem Bestand und Bedeutung. Intensiver und mit einer ambivalenten Erzählhaltung als in

Kuras' Spielfilm wurde er jedoch just in Buch- und Dokumentarform erforscht: Judith Mackrells Sachbuch „Frauen an der Front“ über Miller und Kolleginnen wie Martha Gellhorn, Helen Kirkpatrick und Clare Hollingworth kann man viel von der anfänglichen Begeisterung der Protagonistinnen für den Krieg entnehmen. Und in der 2023 im Fernsehen ausgestrahlten Dokumentation „Drei Frauen – ein Krieg“ von Luzia Schmid, die auf der Tonebene ausschließlich originale Tagebucheinträge und Briefe der Reporterinnen Miller, Gellhorn und Margaret Bourke-White zitiert, drücken die Porträtierten anfangs ebenfalls enthusiastische Erregung aus. Erst sukzessive weicht ihr freudiger Kriegstaumel Angst, Entsetzen und Verzweiflung. Ihr „view“ verändert sich, angesichts der unfassbaren Schrecken kommt ein verstörter „gaze“ dazu. Diese Veränderung bleibt Kuras ihrer Protagonistin schuldig.

Unabhängig von den Vereinfachungen auf der erzählerischen Ebene wird „Lee“ von seiner Hauptdarstellerin Kate Winslet dennoch mit Leidenschaft, absolutem Vertrauen in die Geschichte, einer großen Portion stetiger „grumpyness“, die sie Lee mitgibt, und – wie man hört – auch sehr viel Kapitaleinsatz getragen: Aus eigener Tasche zahlte Winslet ein paar Wochen lang sämtliche Gagen, weil die Dreharbeiten sonst hätten ruhen müssen.

So ist der Film, der auf dem Buch von Lee Millers Sohn Antony beruht und ihm am Ende eine besondere Rolle zukommen lässt, trotz seiner harten Geschichte vor allem eine Hommage; ein bewundernder, vermutlich ein liebender Blick auf eine zunächst durch das Leben verwöhnte, dann gestählte, am Ende desillusionierte Frau. Deren Fotos sind über jeden Zweifel erhaben: Sie demonstrieren, wie Frauen den Krieg wahrnehmen. Und beweisen gleichzeitig, dass seine Zerstörungswut kein Geschlecht kennt.

„Die Fotografin“. Regie: Ellen Kuras. Mit Kate Winslet, Alexander Skarsgård u. a. Vereinigtes Königreich 2023, 116 Min.

### unterm strich

### Shortlist des Deutschen Buchpreises

Diese Liste hoppelt, schwebt, fließt und spukt. In Markus Thielemanns zweitem Roman „Von Norden rollt ein Donner“ geht es um ein fast vergessenes KZ. Protagonist der Geschichte ist der 19-jährige Jannes, der eine Schafherde durch die Lüneburger Heide treibt. „Markus Thielemann hat einen atmosphärisch dichten und sprachlich kraftvollen Anti-Heimatroman geschrieben, in dem Archaik und Moderne aufeinandertreffen und die Geister der Vergangenheit durch das trügerische Idyll der Lüneburger Heide spuken“, erklärt dazu die Jury des Deutschen Buchpreises, die den Roman nun auf die Shortlist gesetzt hat, als eine der beiden schönen Überraschungen der Liste. Die zweite besteht darin, dass es Maren Kames mit ihrer „Hasenprosa“ auch auf die Liste geschafft hat. „Sie packt unseren Lachnerv mit beiden Pfoten – und leichtfüßig hüpfst sie jedem dumpfen Realismus davon“, sagt dazu die Jury. Außerdem stehen noch auf der Liste: Martina Hefter mit „Hey guten Morgen, wie geht es dir?“ und Clemens Meyer mit seinem wilden 1.000-seitigen Erzählfluss „Die Projektoren“; da, wo Maren Kames fröhlich hoppelt und Martina Hefter federleicht schwebt, lässt Meyer die Prosa fließen, durch die jugoslawische sowie die deutsche Geschichte hindurch. Ronya Othmann hat mit „Vierundsiebzig“, ihrer literarischen Recherche rund um die Verfolgung der Éziden im Irak, auch noch Chancen auf den Buchpreis, der am 14. Oktober zum Auftakt der Frankfurter Buchmesse verliehen wird. Und das hat auch noch der Roman „Lichtungen“ von Iris Wolff, der die Shortlist abschließt. Außer Thielemanns Roman wurden alle Bücher bereits in der taz besprochen, und zwar allesamt sehr positiv.

### Elias Khoury ist gestorben

Der in Beirut aufgewachsene Schriftsteller Elias Khoury wurde erstmals mit dem 1977 veröffentlichten Buch „Der kleine Berg“ bekannt. In seinen gesellschaftskritischen Werken setzte er sich für Meinungsfreiheit, Menschenrechte und Demokratie ein. Khoury war Befürworter des Arabischen Frühlings und übte Kritik an den diktatorischen Regimen der Region. Auch unterstützte er die Forderung nach einem palästinensischen Staat und dem Ende des israelischen Siedlungsbaus in palästinensischen Gebieten. Seine zahlreichen Veröffentlichungen sowie die Lehre an Universitäten weltweit machten ihn zu einem der wichtigsten Intellektuellen des Libanon. Nun verstarb Elias Khoury im Alter von 76 Jahren.



# Ideologie der schlanken Schönheit

Minimierter Materialverbrauch, maximale Spannweiten: Erzählen gut 200 Jahre Ingenieurskunst nicht auch eine Geschichte der Einsturzgefahr?

Von **Nikolaus Bernau**

Es ist eine klassische Übung der Bauingenieursausbildung: Man erhält ein großes Blatt kräftiges Papier, DIN A2 oder A3. Daraus soll eine maximal weit spannende Brücke konstruiert werden, die eine volle Cola-Büchse tragen kann. Ein Riesenspaß, sei jeder Schule empfohlen. Am Ende tragen oft wenigstens einige Konstruktionen eine Zeitlang die Cola-Büchse. Bis auch nur ein Parameter der Versuchsanordnung geändert wird. Dann brechen auch diese Brücken meistens ein.

Nicht zum ersten Mal kam die Erinnerung an diese Übung auf, als in der vergangenen Woche die Dresdner Carolabrücke einbrach. Eine in der DDR-Ingenieurgeschichte berühmte Konstruktion, entworfen 1966 vom Kollektiv Eckhart Thürmer, Rolf Berger und Michael Franke aus drei bis zu 120 Metern messenden Hohlkästen mit Spannbetondurchlaufträgern. Kaum eine Viertelstunde vor dem Einsturz war noch eine Straßenbahn über die Carola-Brücke ge-

fahren, blankes Glück, dass niemand zu Schaden kam.

Ähnliches Glück hatten die Menschen im chinesischen Qiandongnan im August, als ihre Brücke einstürzte, oder in Cevio im schweizerischen Kanton Tessin, wo Ende Juni die hoch-elegante Bogenbrücke über die Maggia von einem Hochwasser zerstört wurde. Unsere Berichterstattung darüber ist dann gerne kulturell und politisch gesteuert: Wenn wie in Russland im April oder in Indien im vergangenen August Brücken mit teils vielen Opfern einstürzen, wird das als Zeichen des Entwicklungsrückstands gesehen. Als in den USA hingegen im März die gewaltige, aus Stahl konstruierte Francis Scott Key Bridge in Boston zusammenbrach, wurde der angebliche Niedergang der Weltmacht beschworen. Einstürze in der reichen Schweiz oder im superreichen Norwegen allerdings gelten als Teil von Naturkatastrophen. Doch alle diese Brücken sind eigentlich gebaut worden, um auch schlimmste Fluten zu überstehen. Fast im-

mer steht am Beginn eines Einbruchs mangelnde Pflege des Baus.

Wie viele Brücken tatsächlich in den vergangenen Jahren zerstört wurden, kurz vor Einbruch noch schnell abgeräumt werden konnten oder nach der Reparatur stehen blieben, ist unbekannt. Auch die viel kolportierte Zahl von 16.000 Brücken, die allein in Deutschland dringend saniert werden müssen – was etwa 11 Prozent des Gesamtbestands von ungefähr 140.000 Brücken entspricht – ist nur eine Hochrechnung. Allein die Deutsche Bahn mit ihren etwa 25.000 Brücken und die Autobahnverwaltung haben Zentralregister, sonst sind die Zuständigkeiten denkbar zersplittert zwischen dem Bund, den Ländern, Städten und Kreisen.

Zweifellos gibt Deutschland zu wenig Geld für die Instandhaltung öffentlicher Güter aus. Es gibt aber noch andere Gründe für das Brücken-Problem. Einer davon ist die Kultur der Konstruktion. Alleine von den „Bundesbrücken“ sind mehr als 70 Prozent als Spannbetonkon-

struktionen in den Boomjahrzehnten zwischen 1965 und 1985 entstanden. Und so wie für das Kollektiv Thürmer/Berger/Franke 1966 in Dresden waren auch für die EntwerferInnen dieser Brücken neben der schieren Standfestigkeit und den Kosten drei Gestaltungsparameter zentral: minimierter Materialverbrauch, maximale Spannweiten, klar sichtbares Zeigen des Kräfteverlaufs innerhalb der Konstruktionen. Die herrlich schlanken, weit gespannten, zarten Brücken des Schweizer Robert Maillart wie jene im graubündischen Schiers sind das Ideal.

Seit etwa 1830 entwickelte sich vor allem in Frankreich, Italien und Deutschland eine regelrechte Ideologie des Ingenieurbaus, die auf einen Satz gebracht werden kann: Weniger ist mehr. Mit den neuen Materialien Eisen, Stahl und Stahlbeton und der nun mit Vehemenz entstehenden, mathematisch-wissenschaftlich begründeten Baustatik waren schlanke Querschnitte und Konstruktionsspannweiten möglich, die alles bis dahin Denkbare in den Schatten stell-

ten. Der französische Architekt, Architekturtheoretiker, Denkmalspfleger und Konstruktionshistoriker Eugène Viollet-le-Duc empfahl seinen Ingenieurskollegen hoch ragende, lichtdurchflutete gotische Kathedralen oder Kapitelsäle von Klöstern als historisches Vorbild für den Stein- und Eisenbau, hyperschlank Konstruktionen, die sich etwa in den Säulen der Bibliothèque nationale von Henri Labrouste aus den 1840er Jahren spiegeln. Die atemberaubend hoch gespannte Brücke von Mostar, überhaupt die schwebend erscheinenden Bauten des osmanischen Architekten Sinan aus dem 16. Jahrhundert wurden zur Ingenieurslegende. Schnell entwickelte sich eine eigene Ingenieursästhetik: Als Gustave Eiffel seinen Pariser Turm in den Zwicken zwischen den Standbeinen mit schmückenden Blechverkleidungen versah, um Traditionalisten gnädig zu stimmen, kritisierten ihn viele Fachkollegen: Das sei doch gelogen.

Allerdings sollte der Eiffelturm nur kurze Zeit stehen. Das Dogma des Sparens hat nämlich

eine zweite Seite: Die des Wegwerfens. Die allermeisten Konstruktionen gerade der Nachkriegszeit waren nur für eine Haltbarkeit von fünfzig bis siebzig Jahren gedacht. Römische oder mittelalterliche Brücken dagegen sind aus moderner Sicht völlig überkonstruiert, haben viel zu viel Steine für viel zu kleine Spannweiten verbraucht. Doch gerade das macht sie auch resilient. Selbst schwere Hochwasser überstehen solche Brücken. Sie können auch vergleichsweise leicht repariert werden, weil immer nur ein kleiner Teil des Baus von Schäden betroffen ist.

Ganz anders moderne Brücken: Sie müssen ständig gepflegt werden, sonst greifen Korrosion und Erschütterung schnell die Standfestigkeit an. Jahrhunderte der Vernachlässigung waren für einen römisch-antiken Pont du Gard keine Gefahr – drei Jahrzehnte neoliberaler Geiz gefährden aber in Deutschland die gesamte Infrastruktur. Für die Nachhaltigkeit kann Mehr tatsächlich mehr sein.



Eingestürzt unterm Blick des Engels: die Carolabrücke in Dresden, im Vordergrund die Kuppel der Akademie der Künste  
Foto: Frank Biene-wald/imag

## berichtigung

Was hat es mit einem „Schäecher“ auf sich, konnte man sich gestern in einem Text über das langsam verschwindende Lachoudisch, die Sprache der fränkischen Juden, fragen. Schnell einmal gegoogelt, stößt man auf Figuren der neutestamentarischen Bibelgeschichte: die Schächer. Bei unserem „Schäecher“ handelt es sich aber um ein ganz säkulares Ding, nämlich um ein zünftiges Bier, nicht um einen Gekreuzigten.

## taz panterstiftung

„2017 schrieb ich den ersten Text über die nach Paragraf 219a angeklagte Ärztin Kristina Hänel – als Volontärin. Dass der Paragraf nun Geschichte ist, daran hat auch die taz Panter Stiftung ihren Anteil.“

Dinah Riese, ehemalige Pantervolontärin, leitet heute das Inlands-Ressort der taz



**Zwei taz Panter Volos ab November gesucht.**

Ausschreibung ab September auf [taz.de/stiftung](https://taz.de/stiftung)

Ihre Spende unterstützt das Projekt: [taz.de/spenden](https://taz.de/spenden)



## Deutschland hat die schönsten Baustellen

Die Kölner Bühnen sind ein Dauersanierungsfall, der mit „GRMPF“ in der Interimsstätte des Schauspiels auf die Bühne gebracht wird. Entstanden ist eine Farce über die Millionengräber der Bundesrepublik

Von **Björn Hayer**

Die Kühlung kann nicht mit der Elektro. Noch komplizierter wird es, wenn sich der Trockenbauer und die Statikerin zwar das Bett teilen, aber sich in baulichen Fragen nicht grün sind. Nach über einem Jahrzehnt gemeinsamer Bauzeit können derlei emotionale Verwicklungen schon einmal entstehen. Das Ende ist übrigens noch längst nicht in Sicht. Zumindest am Offenbachplatz, wo die Kölner Bühnen mit diversen Skandalen seit 2012 saniert werden – der beste Stoff also fürs Theater, mag sich der aktuelle Interimsintendant am dortigen Schauspiel, Rafael Sanchez, gedacht haben. Der hat nun mit Mike Müllers „GRMPF“ eine Farce über den Pleiten-, Pech- und Pannen-Reigen inszeniert.

Und so wird vor der Kulisse (Eva-Maria Bauer) eines gigantischen Schutthaufens mit Dixi-Klo und Baucontainer (darüber hängt eine rosafarbene Geschenkschleife von der Decke) TV-Klamauk vom Feinsten geboten. Zwei Showmaster (Kevin Kilonzo, David Rothe) feiern, was eigentlich zum Weinen ist, und haben dazu allerlei Gäste geladen. Zum Beispiel den Experten, der über Staubfreiheit philosophiert, oder den kundigen Eidgenossen. Schlaumeierisch erklärt der, warum der

Gotthard-Tunnel verhältnismäßig günstiger und schneller als die meisten öffentlichen Millionengräber im deutschen Bürokratistan errichtet wurde. Während sich andere derweil noch über Schutzgitter oder die Rauchschutz-Druckanlage in die Haare kriegen, beklagt der Raumreiniger auf seinem Raumreinigungsmobil sein Dasein als Sisyphos. Hinzu kommt noch das Arbeiterpäpchen, das gar kein Interesse an der Beendigung des langfristigen Projekts hegt. Hebt daher die Flaschen „auf die Liebe und den Pfusch!“ Und überhaupt: Was soll das ganze Gejammer über „Verschiebungen, die in Teilverschiebungen zerlegt werden“, das Finanzfass ohne Boden oder auch neue Geräte, die aber angesichts der vergangenen Zeit vorschriftsgemäß schon wieder ausgetauscht werden müssen? Schließlich habe man doch, wie man zu Beginn mitteilt, die „schönste Baustelle in Europa“. Das müsse man doch bewundern.

Mit allem Pomp aus Lichteffekten und Big-Band-Songs ironisiert damit das Schauspielensemble sein eigenes Los in der Zwischenspielstätte Köln-Mülheim. Gleichzeitig geht es um mehr als eine Lokalposse. Spätestens die eingestürzte Carolabrücke belegt: Deutschland ist Sanierungsstauand. Entweder fehlen die Mittel für den Erhalt



Für Sanierungsfälle hat „GRMPF“ nur Spott übrig Foto: Krafft Angerer

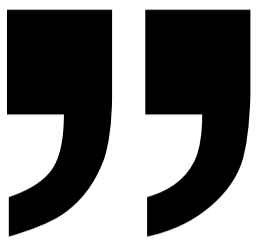
wichtiger Infrastruktur oder bereits in Auftrag gegebene Erneuerungen verzögern sich zu enormen Kosten, siehe BER in Berlin oder Stuttgart 21.

Dass diese Theatergroteske nach einer Stunde auf der Stelle tritt, passt natürlich zum Dauerthema. Was soll also noch nach der Pause Neues folgen? Zuvor hat sich die Regie allein auf die Satire, teilweise auf seichtes Schenkelklopfer-Niveau, eingeschossen. Daran ändert sich de facto nichts. Einzig die Politik steht nun klarer im Fokus. Im Stil einer Fürstentkritik hat nun die Oberbürgermeisterin der Rheinmetropole, Henriette Reker (Anja Lais), ihren Auftritt. Sie ermattet und

amtsmüde auf einem Sofa wendend, umgeben sie Dämonen in roten und blauen Anzügen, die ihr mitunter die Bewilligung der Anschlusskredite einflüstern.

Dieser direkte Angriff auf den Stadtvorstand mag zunächst mutig erscheinen. Allerdings ist Sanchez ohnehin auf dem Sprung zum Schauspiel Zürich, dessen Leitung er übernehmen wird. Zudem fällt die Antwort auf die Frage nach der Verantwortlichkeit ziemlich einfach aus. Und eben darin liegt auch die Krux des Abends. Er illustriert die Misere und kippt – zweifelsohne vergnüglich – eine fette Soße aus Spott darüber. Klarer wird die Sicht auf die Dinge dadurch aber nicht.





„Die taz lässt ihn in einem langen Interview sagen: ‚Es braucht Friedensgespräche‘. Moderate Töne im Vergleich zu Schmäh-Etiketten aus der eigenen grünen Partei: Selbstgerechter Lump, Putin-Freund. Vaterlandsverräter“

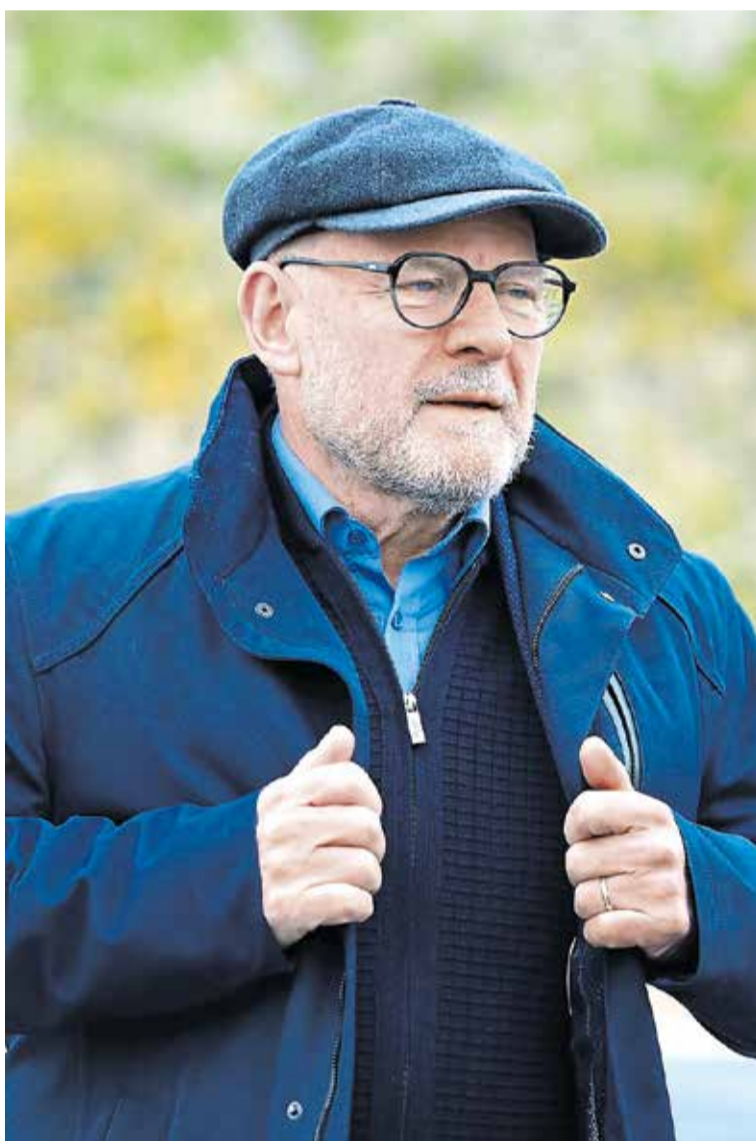
KONTEXT: Wochenzeitung, die kritische Stimme aus Stuttgart, Editorial „Hermann hilft“, 14. 9. 24

## wortwechsel

# Diese missratenen Kinder der Moderne – Pazifisten!

Frieden scheint heute nur noch ein Wort – zum Draufhauen. Altpazifisten werden behandelt wie naive Träumerkinder. Lieber Kriegszorn! Aufrüsten! Männermenschheitsdämmerung?

Winfried Hermann, MdL Die Grünen, Minister für Verkehr in Baden-Württemberg. Hier 2022 im Amt, warm angezogen bei der Freigabe des neuen Bauabschnitts 2 der B 28 von Rottenburg nach Tübingen-Bühl  
Foto: Ulmer/imago



„Linker Grüner sagt zum Abschied leise Peace: ‚Es braucht Friedensgespräche‘. Minister Winfried Hermann kündigt seinen Rückzug an, bleibt aber engagierter Pazifist und fordert die Bereitschaft zu Verhandlungen mit Russland“, taz vom 9. 9. 24

## Nachdenkliche Position

Erfreulich, dass die taz sich einmal bereitfindet, einer nachdenklichen Position Platz zu geben – bislang hat sie sich stets am Niederbrüllen all derjenigen beteiligt, die gemahnt haben, auch an Verhandlungen und nicht nur an militärischen Siegen zu denken, vom Papst bis Mützenich und anderen. Den Hinweis, „Friedenspolitik muss die Interessen der anderen verstehen, nicht rechtfertigen“, haben schon viele gegeben, aber Hermann ist offenbar der Erste, der für diesen eigentlich selbstverständlichen Satz nicht sogleich von so vielen (auch der taz) als Putinfreund oder Rechtfertiger des Krieges beschimpft wird. Was jede Diskussion erstickt. Bleibt zu hoffen, dass diese Einsicht Bestand hat und auch die taz künftig differenzierter über den Krieg und seine Hintergründe berichten wird. Friedrich Steinle, Berlin

Ich kann Winfried Hermann mit seinen Äußerungen nur beipflichten. Wie lange soll der Stellungskrieg noch gehen? Wofür hätten beide Seiten gekämpft, wenn am Ende all dies so weit zerstört sein würde, wofür sie sich eingesetzt haben? Ich bin als christlicher Pazifist (Jesus Christus war Pazifist!) für Verhandlungen und Gewaltverzicht, ohne Vorbedingungen, mit

Empathie für beide Seiten. Dies ist nicht naiv! Christian Harms, Überlingen

Wir „Erstgrünen“ haben in den 1980ern leidenschaftlich gegen Nachrüstung und Mittelstreckenraketen gekämpft, gegen die weitere Eskalation des Nuklearwaffen-Wahnsinns der Weltmächte und diese unseligste Rechtfertigungsdoktrin der Moderne: Weltfriedenssicherung durch ein „Gleichgewicht des Schreckens“. Die Friedensbewegung versuchte die Welt aufzurütteln gegen die kaum noch zu stoppende Exterminismusspirale. Ein entscheidender zweifacher Unterschied aber liegt zwischen 1985 und 2022: Unser 1980er Protest richtete sich gegen die Eskalationsspirale beider Atomsupermächte – im Wissen darum, dass jetzt nichts wichtiger als pazifistische Politik sei! Damals hatte noch keine Nuklearweltmacht einen Angriffskrieg vom Zaun gebrochen. Dieses Verbrechen geschieht nun. Putin bekriegt in imperialistischer Gier sein Nachbarbrudervolk mit der Drohung von Atomwaffeneinsatz. Michael Rannenber, Berlin

## Frieden ohne Freiheit?

Wie ist es möglich, dass in diesem Interview nur Russland das beherrschende Thema ist und nahezu kein Gedanke auf die Ukraine und ihre Menschen gerichtet ist? Völlig zutreffend beklagen so viele bedeutende UkrainerInnen, dass sie nicht gehört werden: Oksana Sabuschko, Serhij Zhadan (Zitat: „Der Fehler des falschen Pazifismus“), Sergei Loznitsa, Jurij Andruchowytch sowie die Historikerin

Anne Applebaum, die georgisch-deutsche Schriftstellerin Nino Haratischwili (Stichwort „Westsplaining“), der estnische Journalist Margus Paaliste und viele, viele andere UkrainerInnen ... Sie wollen, was Serhij Zhadan mit seiner Rock-Band rappt: „Nie wieder wird die Ukraine Sklavin russischer Henker sein. Never – ever.“ (Zhadan ist im Frühjahr 2024 freiwillig Soldat geworden).

Frieden ohne Freiheit ist kein Frieden! Freiheit, dieser zentrale Kampfgrund der Ukraine, wird von Herrn Hermann erstaunlicherweise aber nicht gesehen, als Kriegsziel sieht er abstrakt Demokratie und Territorium-Erhalt. Die Ukraine jedoch kämpft einen Befreiungskampf. Barbara Hartz

Der Krieg ist festgefahren, Russland militärisch und wirtschaftlich stärker als wir geglaubt oder gehofft haben. Deswegen ist es jetzt an der Zeit, über Frieden zu reden, nicht abstrakt, sondern mit einem konkreten Friedensvorschlag: Russland kann die besetzten Gebiete im Wesentlichen behalten, dafür muss es die Nato-Mitgliedschaft der Ukraine akzeptieren. Nur so kann sichergestellt werden, dass Putin nicht nach wenigen Jahren erneut angreift. Eine solche Verhandlungslösung hat den sehr bitteren Beigeschmack, dass der Aggressor belohnt wird. Auf der anderen Seite ist eine endlose Fortführung des Krieges mit weiteren Gebietsverlusten der Ukraine eindeutig die schlechtere Lösung. Ein solcher Friedensvorschlag wird Putin nicht gefallen, aber vielleicht seinem wichtigsten Unterstützer, der VR-China. Es ist Zeit, dass die deutsche Außenpolitik solche konkreten Friedensvorschläge macht. Roger Peltzer, Kerpen

## Und taz.de schreibt ...

Ich versuche es auch mal mit gewichtigen Worten, so richtig scholzig: Es ist an der Zeit, die Bemühungen zu verstärken, einen Weg zu finden, die Schwerkraft aufzuheben. Bussard auf taz.de

Herrmann unterschlägt komplett, dass Russland schon längst Raketen auf uns gerichtet hat. Sollen wir das komplett ignorieren? Durch amerikanische Raketen wird zumindest ein Gleichgewicht wieder hergestellt, das Putin eher dazu bringen wird mit Diplomatie statt militärischer Gewalt zu agieren. Pawelko auf taz.de

Mit Putin verhandeln? Dafür gibt es sogar einen passenden Ort: den internationalen Strafgerichtshof in Den Haag. Der Weg zum Frieden führt über Den Haag! Victor Vetterle auf taz.de

Lieber Herr Herrmann, die Ukraine gibt es noch! Das ist ein Erfolg militärischer Mittel, den weiteres Appeasement genau nicht gebracht hätte! Normalo auf taz.de

@Normalo Es ist zynisch, angesichts der Zerstörungen in der Ukraine von einem „Erfolg“ zu sprechen. Die Ukraine wird jetzt eben langsam zerstört. Ein Erfolg ist das nur, wenn man russische Verluste als einzigen Maßstab anlegt. Was Hermann in diesem Interview fordert, ist nicht einmal spezifisch pazifistisch, sondern eigentlich pure Realpolitik – die Suche nach politischen Lösungen bevor die Situation militärisch eskaliert. O.F. auf taz.de

## meinungsstark

„Holen Sie sofort Ihren Friedrich aus dem Småland Kinderparadies!“

„Alt und unerfahren. Hofft man darauf, dass die Union nicht so stark vom Ampel-Versagen profitiert, wie sie könnte, ist Merz, nicht Söder der Traum-Kanzlerkandidat“, taz vom 16. 9. 24

Sehr geehrte Frau Charlotte Merz, Sie haben die einmalige und kurzfristige Gelegenheit, sich um das Wohl dieses Landes und auch den Zusammenhalt der Menschen in diesem Land verdient zu machen. Verlieren Sie keine Zeit! Holen Sie Ihren Friedrich umgehend aus dem Småland Kinderparadies ab und nutzen Sie ihren eigenen Einfluss – den Sie als Ehefrau haben –, um Friedrich sehr zeitnah von einer Teilnahme an einem Schulungskurs für gewaltfreie Kommunikation und auch der Absolvierung eines Anti-Aggressionstrainings mit nachfolgender neuer Charakterbildung zu überzeugen. Denn die Menschen dieses Landes haben Friedrich und seine Rhetorik einfach satt. Sie wollen keine weiteren Reden und populistischen Sprüche über Migranten mehr hören! Liebe Frau Merz, rennen Sie los und nehmen Sie Friedrich zwecks Ergreifung der oben genannten Maßnahmen fest an die Hand. Bestimmt werden auch sehr viele Parteikollegen Ihres Mannes aus der CDU Ihre diesbezüglichen Bemühungen zu schätzen wissen. Beate Fuchs, Hamburg

## VW lässt sich selbst im Stich

„Krise bei VW: Warum der Motor stottert“, taz vom 15. 9. 24

Ich habe überhaupt kein Mitleid mit VW. Wir waren in den 1980ern/90ern ein kleines semiprofessionelles Team und befassten uns mit der Entwicklung von sehr energieeffizienten Elektromobilen, die direkt mit Strom aus Photovoltaik betrieben wurden: Solarmobilen. Unser Team wurde 1988 bei der Tour de Sol in der Schweiz Weltmeister. 1990 erhielten wir vom australischen Sponsor Star Micronics den Auftrag, am World Solar Challenge, einem Rennen über 3.500 km quer durch Australien, teilzunehmen. Automobilhersteller wie GM, Ford, Honda und Mitsubishi sammelten hier Erfahrungen mit elektrischen und effizienten Antrieben. Deutsche Autoindustrie – Fehlangelegenheit ... Aber wir erreichten in unserer Klasse auch ohne deutsche Sponsoren den zweiten Platz. Zur Wende bauten wir 13 Trabbis auf Elektroantrieb um. Bei einer Veranstaltung nahmen 4 Trabbis aus unserer Produktion teil und ein Elektro-Jetta. Ergebnis Platz 1–4: Trabant. Danach VW. Daraufhin lud uns VW nach Wolfsburg ein, den Trabant zu zeigen. Dort war nach Vorstellen des Prototyps der einzige Kommentar: „Die Kabel hätten ihr schöner verlegen können.“ Michael Trykowski, Frensdorf

## Krieg und Klima – keine Entrüstung?

„Klimaurteil zu Landnutzung rechtskräftig: Ampel muss Klima besser schützen“, taz vom 16. 9. 24

Wer das Klima schützen will, stellt sich auch gegen Kriege, Rüstungswahn und Rüstungsexporte. Wer Klima und Umwelt schützen will, muss auch gegen all die Kriege und den Rüstungswahn sich zur Wehr setzen, ansonsten sind diese Klima-Proteste nicht viel mehr wert als eine Seifenblase. Man sollte daran denken, wie viele Schadstoffe freigesetzt werden durch die Produktion von Rüstungsgütern und durch diverse Manöver. Der größte Killer ist es für Umwelt und Klima, wenn diese Waffen bei Kriegen zum Einsatz kommen. Darum heißt es in meinen Augen: Wer für Klima und Umweltschutz ist, der stellt sich auch gegen Kriege und den Rüstungswahn! René Osselmann, Magdeburg

## Kos: Brütend heißes Lager. Ein Knast

„Migrationspolitik in der EU: Europas Wartesaal“, taz vom 11. 9. 24

Ich bedanke mich für die Reportage über das „Asyl-Gefängnis“ auf der griechischen Insel Kos. Ich finde die Rechtsentwicklung innerhalb der Gesellschaft und der Politik zum Fürchten. Diese Abschreckungsmaßnahme – der weitere folgen werden – gehört dazu. Ich bitte Sie sehr herzlich, bitte berichten Sie weiter darüber! Martina Graewe, Berlin

## taz.de

Ich finde es ausgesprochen ermüdend, dass es so wenig Interviews gibt, die offene Lösungswege aus dem Krieg diskutieren. Ich bin andererseits positiv überrascht darüber, dass es bei den Grünen noch Politiker gibt, die sich eine Welt jenseits von Panzerhaubitzen und Siegesfantasien vorstellen können.

HSQMYP zu „Es braucht Friedensgespräche“, taz.de vom 9. 9. 24



taz die tageszeitung,  
friedrichstraße 21,  
10969 berlin, briefe@taz.de

Die Redaktion behält sich Abdruck und Kürzen von LeserInnenbriefen vor. Die veröffentlichten Briefe geben nicht unbedingt die Meinung der taz wieder.

# 189 Mal die Besten

Die Uefa verspricht mit der reformierten und aufgeblähten Champions League mehr Teilhabe. Die gesteigerten Erlöse dürften eher zu mehr Spaltung führen



Santiago Castro vom fünftbesten italienischen Klub FC Bologna will nun auch in der Champions League jubeln  
Foto: imago

Von **Johannes Kopp**

„Das ist etwas völlig Neues für uns, ein wunderbarer Moment, den wir mit großen Gefühlen erleben“, sagte nach der Auslosung der reformierten Champions League Claudio Fenucci, der Geschäftsführer vom FC Bologna. Nach der Saison 1964/65 mischt sein Team erstmals wieder im höchsten europäischen Wettbewerb mit. Der erste Gegner am Mittwochabend (18.45 Uhr) ist wenig glamourös. Der ukrainische Meister Schachtar Donezk reist an.

Dass Bologna überhaupt dabei ist, hat mit dem neuen Format der Champions League zu tun. Statt 32 sind nun 36 Klubs dabei. Der fünfte Tabellenplatz in der heimischen Serie A reichte den Norditalienern bereits, um im Kreise des europäischen Fußballadels aufgenommen zu werden, wo immer mehr gepasst wird. 2,467 Milliarden Euro werden von der Uefa an die Vereine im neu gestalteten Wettbewerb verteilt (Vorjahr 2,002 Milliarden Euro). Schon allein das Antrittsgeld für jeden Verein hat sich von 15,64 Millionen Euro auf 18,62 Millionen Euro erhöht. Ermöglicht wird dies durch mehr Fußballspiele. Statt zuletzt 125 können jetzt 189 Begegnungen vermarktet werden.

Von der Übersättigung des Fußballs wird seit vielen Jahren gesprochen. Vor immer noch mehr Spielen und Wettbewerben warnte etwa 2017 der Manager der deutschen Nationalmannschaft Oliver Bierhoff und prognostizierte in Analogie zum Bankencrash 2008 ein Platzen der Fußball-

blase. Doch von Diätplänen hält der Europäische Fußballverband (Uefa) wenig. Für die Aufblähung ihres Prestigewettbewerbs stellt sie das Motiv voran, Teilhabe zu ermöglichen. Mehr Teams, so erklärt die Uefa, hätten so

## „Dabei wurden komplexe mathematische Modelle und Algorithmen verwendet“

Die Uefa zur Reform

„die Chance, bedeutsame, wettbewerbsorientierte Spiele zu bestreiten“.

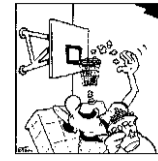
Bedeutsamer für die Uefa dürfte aber bei der Reform das Motiv gewesen sein, die Bedürfnisse der ganz großen Klubs zu stillen, die im April 2021 mit der Gründung einer Super League versuchen wollten, ihre Geldgeschäfte in die eigene Hand zu nehmen, um mehr Profite herauszuschlagen. Nach massiver Kritik von allen Seiten wurde das Projekt damals einstweilen aufgegeben. Mit der reformierten Champions League werden nun nicht nur die garantierten Einnahmen, sondern auch die Prämien pro Remis, Sieg und für das Weiterkommen in die Höhe geschraubt, was sich insbesondere für die großen Klubs lohnen wird.

Um all das zu erreichen, hat die Uefa einen hochkomplexen Wettbewerb aufgesetzt. Der Verband erklärt: „Die Fußballabteilung der Uefa hat Tau-

sende Stunden investiert, um das neue Format zu entwickeln. Dabei wurden komplexe mathematische Modelle und Algorithmen verwendet, um es kontinuierlich zu verfeinern.“ Statt einer Gruppenphase gibt es nun zu Beginn der Champions League eine Liga mit 36 Teams, die jeweils acht Spiele zu bestreiten haben. Aus den Ergebnissen wird eine gemeinsame Tabelle ermittelt, die wiederum darüber entscheidet, wer sich direkt für die K.o.-Phase qualifiziert und wer dafür noch einmal in die Play-off-Runde muss. Der Charme dieses Systems schräger Quervergleiche, und das könnte ein Problem werden, vermittelt sich bislang vornehmlich Mathematikern.

Problematisch ist zudem, dass die erhöhten Geldflüsse an Klubs der Champions League zu noch mehr Langeweile in den nationalen Ligen führen werden. Selbst der Abstand zu der ebenfalls reformierten und nun einkommlicheren Europa League und Conference League wächst. Auch Klagen über die zunehmende Belastung der Spieler nehmen zu. „Vielleicht spielt unsere Meinung keine Rolle, aber jeder weiß, was wir davon halten, mehr Spiele zu haben: Alle haben es satt“, sagte gerade der brasilianische Torhüter Alisson, der in Diensten vom FC Liverpool steht.

Die Uefa hat sogar die Champions-League-Hymne erneuert. Weniger dominante instrumentale Begleitung, heißt es, dafür die Betonung mehr auf den Gesang. 189 Mal wird dies zu hören sein: „Ils sont les meilleurs; Sie sind die Besten; These are the champions.“



american pie

## Timing ist alles

Diana Taurasi, 42, hat im Basketball alles erreicht. War's das jetzt, fragt sich die US-Sportwelt

Diana Taurasi geht dieser Tage stets mit einem zwiespältigem Gefühl in Pressekonferenzen, denn sie muss mit dieser einen Frage rechnen, der sie auszuweichen versucht. Ob dies ihre letzte Saison in der WNBA, der US-Basketballliga der Frauen, sein würde, hört sie regelmäßig. Die 42-Jährige, die etliche Rekorde in der Liga, etwa den der eifrigsten Punktesammlerin, gebrochen hat und deren Silhouette das seit 2019 bestehende Logo der Liga zierte, sagt dann schon mal, diese ewige Fragerei sei nichts anderes als Altersdiskriminierung, denn, so präzisierete sie während der Olympischen Spiele von Paris, der 39-jährige LeBron James werde mitnichten so oft nach seiner womöglich bevorstehenden Demission gefragt. Beide spielten erfolgreich fürs Team USA, er bei den Männern, sie bei den Frauen, und Taurasi gewann dort zum sechsten Mal olympisches Gold, womit sie die bereits im Ruhestand befindliche Sue Bird überflügelte.

### Leistung stimmt noch

Jene Sue Bird war es wiederum, die den Gerüchten um den Rücktritt der Basketballlegende neues Futter gab. Nach dem All-Star-Break gab sie zu Protokoll: Wenn ihr jemand eine Einschätzung abnötigen und also eine Pistole an die Schläfe halten würde, dann würde sie prognostizieren, dass Taurasi heuer aufhören werde. Und so wartet die Basketball-Welt auf ein klärendes Wort der Veteranin, die seit 19 Jahren im selben Verein spielt: Phoenix Mercury. Die Leistung stimmt noch, es ist keineswegs so, dass sie von den Kolleginnen mitgeschleppt werden müsste, auch wenn sie im olympischen Finale gegen Frankreich keine Sekunde Einsatzzeit bekam, nein, sie steht in WNBA-Spielen immer noch etwa zwanzig bis 25 Minuten auf dem Parkett und macht dort, was sie seit Äonen tut: treffen. Im vorletzten Spiel der regulären Saison erzielte sie 25 Punkte, nur Mitspielerin Britney Griner war da etwas besser. Ihr Team hat die Play-offs erreicht. Es steht auf Platz sieben. In ein paar Tagen beginnt die erste Runde der Ausscheidungsspiele.

Taurasis Vertrag in Phoenix läuft nach der Saison aus. Sollte sie weitermachen, wäre sie als „Unrestricted Free Agent“ auf

dem Markt; sie könnte frei über ihr neues Team entscheiden. Zuletzt hat Taurasi 235.000 Dollar im Jahr verdient, ein in der WNBA recht fürstliches Gehalt. Sie käme ihrem künftigen Team also ziemlich teuer, und die Frage ist: Wer leistet sich eine bald 43-jährige zu diesen Konditionen?

Bei den Phoenix Mercury ist der Umbruch ohnehin schon zu spüren. In die Rolle des Leaders ist Kahleah Copper gerückt, die derzeit freilich verletzt ist. Der Saisonverlauf hat gezeigt: Wenn es in den letzten beiden Minuten eng ist, dann bekommt eher Copper den Ball für den abschließenden Wurf als Taurasi. Auch Britney Griners Vertrag läuft aus, sodass sich in der kommenden Spielzeit viel ändern könnte in Arizona. Und so hat nicht nur die Phoenix New Times, die regionale Zeitung, bereits die Hagiografien in der Schublade, um sie aufs Stichwort herauszuholen: Diana Taurasi, die mit der ehemaligen Mercury-Spielerin Penny Taylor verheiratet ist, hat zwei Kinder, einen sechsjährigen Sohn und eine dreijährige Tochter, die beide Taylor ausgetragen hat. Taurasi gilt als zurückhaltend, als fleißige und verlässliche Arbeiterin auf dem Feld. In ihrer Karriere, die 2019 wegen eines schweren Bandscheibenvorfalles fast frühzeitig zu Ende gewesen wäre, gibt es nur wenige Schatten; bei einem Gastspiel in der Türkei fiel sie vor Jahren mit einem positiven Dopingtest auf Modafinil auf, doch das Testlabor zog die Ergebnisse zurück, und somit war der Fall erledigt.

„Sie ist jemand, der sich selbst treu und authentisch ist und nie die Richtung wechselt“, sagte unlängst A'ja Wilson, der Star der Las Vegas Aces und „wertvollste Spielerin“ (MVP) des US-Teams bei den Olympischen Spielen. „Wir haben nicht genug solche Leute auf der Welt.“ Doch in den kommenden Tagen werden die Spekulationen weiter ins Kraut schießen: Geht sie, geht sie nicht? Wann sagt sie es? Diana Taurasi hat eine klare Meinung zu den rumors: „Wenn man sein ganzes Leben, seine ganze Karriere einer Sache widmet und dann gefragt wird: ‚Warum gehst du nicht einfach in den Ruhestand?‘ Also, das ist ein bisschen respektlos.“ Tja, so ist das Business. **Markus Völker**

## was alles nicht fehlt

**Angeklagt:** Die Berufungsverhandlungen gegen die ehemaligen Fußballfunktionäre Sepp Blatter und Michel Platini gehen im März 2025 in die nächste Runde. Vom Betrugsverdacht wurden sie 2022 in der Schweiz schon einmal freigesprochen. Der frühere Präsident der Fifa soll Platini unrechtmäßig zwei Millionen Franken zugeschanzt haben, so der Vorwurf der Anklage. Auch wenn keine rechtliche Grundlage für die Zahlung gefunden werden konnte, entschied das Bundesstrafgericht „in dubio pro reo“ – im Zweifel für den Angeklagten. Die Bundesanwaltschaft legte daraufhin Berufung gegen die Freisprüche ein. Nachdem zuletzt die Richterinnen und Richter wegen des Risikos der Befangenheit ausgetauscht wurden, sollen am 3. März 2025 die Verhandlungen nahe Basel beginnen, am 25. März wird mit einer Entscheidung gerechnet.



„Starker Beitrag“: Sporthilfe-Aufsichtsrätin Franziska van Almsick Foto: Imago

**Angezählt:** Die Deutsche Sporthilfe stellt ab 2025 ihre Förderstruktur um. In Zukunft soll nach dem „4-3-3-System“ gefördert werden. Das umfasst vier Förderstufen, drei Förderbereiche und drei finanzielle Förderschwerpunkte. So sollen Sportlerinnen und Sportler finanziell nach Kompetenzen und durch

Partner- und Serviceprogramme gefördert werden. Die neue Struktur, die auch in Zusammenarbeit mit deutschen Sportlerinnen und Sportlern entwickelt wurde, umfasst außerdem die Verlängerung der Nachaktivitätenförderung auf bis zu fünf Jahre. Außerdem erhalten alle international startenden olympischen und paralympischen Bundeskaderathleten nun bereits im Nachwuchsbereich (NK1) finanzielle Fördermittel. Um die Inklusion voranzutreiben, gibt es nur noch eine Förderstruktur für alle olympischen und paralympischen Verbände. „Die Sporthilfe leistet mit der zukünftigen Förderstruktur einen wichtigen Vorgriff auf dringend nötige Reformen in der deutschen Spitzensportförderung“, sagte Franziska van Almsick, ehemalige Weltklasseschwimmerin und stellvertretende Aufsichtsratsvorsitzende der Sporthilfe.

**taz reisen**  
in die Zivilgesellschaft

**Frauenpower und Traumlandschaften – optional mit Wüstentour**

Marrakesch – Hoher Atlas – Tazenakht – Zagora – Tamellalt (Dadès-Tal) – Marrakesch

**MAROKKO (SÜD) mit Abderrahmane Ammar**

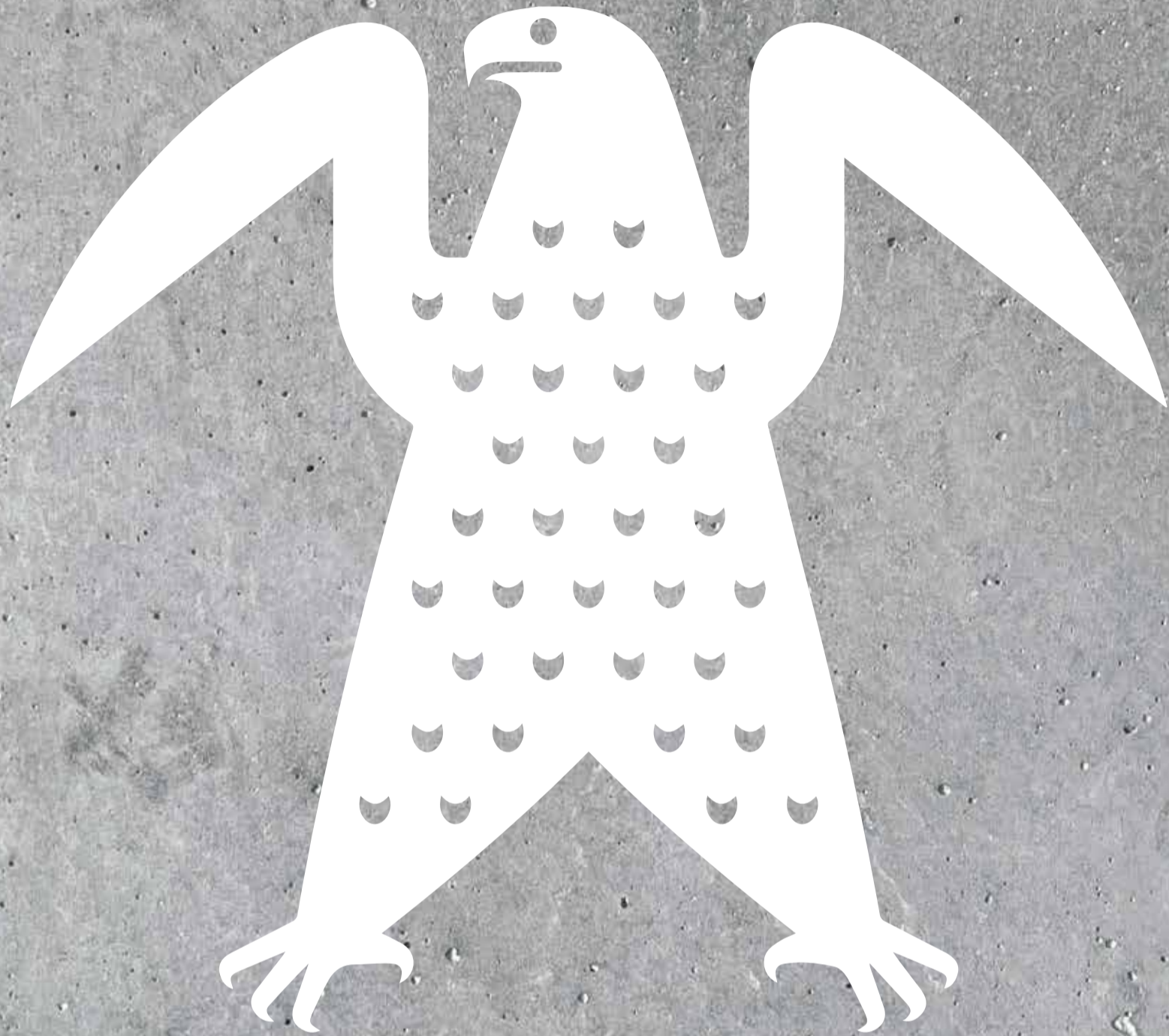
Marokko hat in den letzten zwei Jahrzehnten eine dynamische gesellschaftliche Öffnung erlebt, vor allem durch eine starke Frauenbewegung. Auf einer Fahrt von Marrakesch über den Hohen Atlas zu den Palmenoasen am Draa-Fluss lernen Sie Frauen aus dem Netzwerk „Synergie Civique“ kennen: u. a. die Berber-Künstlerin Fatima Mellal in Tamellalt, Teppichweberinnen in Tazenakht und die sehr aktive Frauengruppe „El Amane“ in Marrakesch.

**5. bis 17. Oktober, ab 1.890 € (DZ/HP/ohne Anreise)**

**Mehr Infos:** www.taz.de/tazreisen oder unter T (030) 25 90 21 17  
taz Verlags- und Vertriebs-GmbH, Friedrichstraße 21, 10969 Berlin



bundes **talk** 

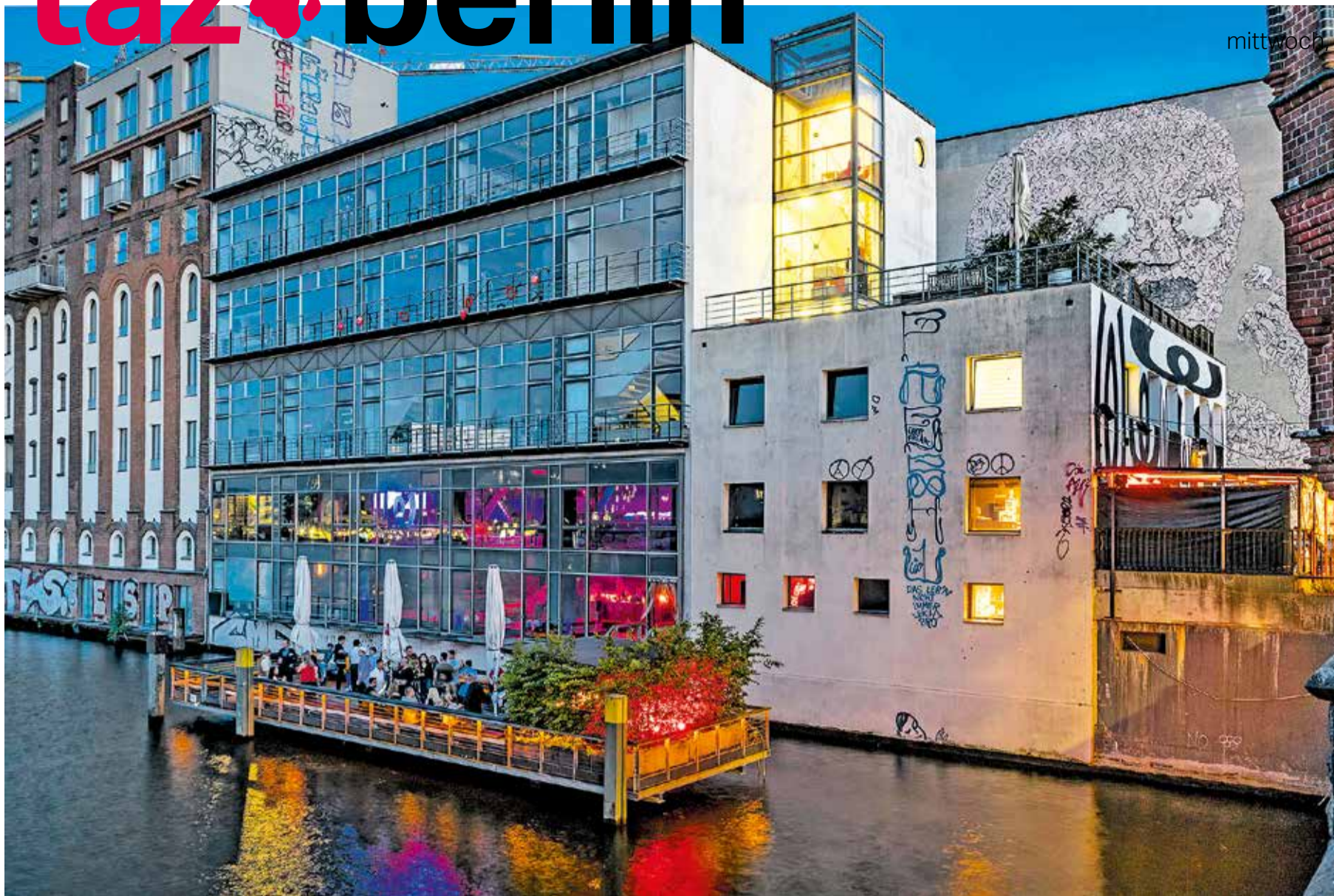


**bundestalk**

# Kamala Harris weiter Weg zum Sieg

Das TV-Duell gegen Donald Trump hat Harris souverän gewonnen. Doch wie wird der Kampf um das Weiße Haus ausgehen? Darüber spricht **Stefan Reinecke** mit **Barbara Junge, Bernd Pickert** und **Marina Klimchuk**.

**Jetzt hören!**



Exponierte Lage: das Watergate an der Oberbaumbrücke Foto: imago

## Wenn die Türen verschlossen bleiben

Mit dem Watergate muss nun auch noch einer der bekanntesten Clubs der Stadt schließen. Neue Räume sind dagegen rar. Noch aber ließe sich dem Clubsterben begegnen

Von Erik Peter

Es war die Zeit, in der in Berlin auch ohne viel Kapital noch fast alles möglich war. 1991, in der Quasi-Anarchie Ostberlins, wurde der ehemalige Sitz der Besteckfirma WMF besetzt; im Keller des heruntergekommenen Gebäudes an der Ecke Leipziger-/Mauerstraße entstand der gleichnamige Techno-Club. Die Macher:innen hatten zuvor bereits Partys in einer Toilettenanlage direkt unter den Bruchstücken der gefallen Mauer gleich nebenan veranstaltet. Mit der offiziellen Gründung des WMF entstand einer der prägenden Clubs jener Zeit, in der sich aus der Symbiose aus Mauerfall und Techno jene Clubkultur entwickelte, die die Stadt seither prägt.

Als 2002 das Watergate an der Oberbaumbrücke eröff-

nete, jene Institution des Berliner Nachtlebens, die am Dienstag ihr Aus zum Jahresende verkündete, war das WMF gerade in seine sechste Location von insgesamt acht, damals im Café Moskau, gezogen. Da mit jedem – erzwungenen – Ortswechsel auch eine Neuausrichtung des Clubs einherging, verabschiedeten sich dabei die Veranstalter:innen einer Drum'n'Bass-Partyreihe – und gründeten das Watergate, das sie bis heute betreiben. Der Tipp für das Kreuzberger Bürogebäude an der Spree kam ausgerechnet von einem Location-Scout des WMF, wie die Gründer in einem Interview mit der Szenezeitschrift *Groove* erzählten.

22 Jahre später muss also das Watergate seine Türen schließen; nicht irgendein Club, wie Marcel Weber, Vorstandsvorsitzender des Club-Verbandes

Clubcommission, im Gespräch mit der taz betont, sondern „einer der bekanntesten Clubs der Welt, fast ein Wahrzeichen Berlins“.

Seinen Abschied verkündet das Watergate ohne Aussicht darauf, an anderer Stelle wieder neu eröffnen zu können. Die Betreiber begründen ihren Schritt mit dem „Kostendruck“. Sie schreiben: „Die Zeiten eines Berlins, das sich vor clubaffinen Besuchern kaum retten kann, sind erst mal vorbei, und eine Szene kämpft ums Überleben.“ Zum Verhängnis wurde dem Club auch sein Erfolg, der dazu beitrug, dass aus dem einst armen Kreuzberger Quartier eines der angesagtesten und teuersten der Stadt wurde.

Dass Clubs ihre Orte, die sie häufig nur als Zwischennutzung bespielen, verlassen müssen, ist dabei nichts Neues und für eine

Kultur, die auf ständige Erneuerung angewiesen ist, nichts Dramatisches. Im digitalen Museum der Berliner Club-Geschichte als Teil der Berlin History App sind allein 80 ehemalige Spielstätten der letzten Jahrzehnte ausgewiesen; tatsächlich sind es einige mehr.

### „In Clubs kann man dem grausamen Alltag entfliehen“

Marcel Weber, Clubcommission

Die Liste legendärer Feierstätten, die über die Jahrzehnte verschwanden, reicht vom E-Werk über Bunker, Turbine, Magnet, 90 Grad bis zum Ostgut. Da wo

Letzterer einst zu Hause war, ist heute einer der wohl seelenlosesten Ort Berlins, das Quartier rings um die Mehrzweckhalle am Ostbahnhof. Doch das Ostgut konnte noch in der Nähe weitermachen: als Berghain.

Im durchkapitalisierten Berlin, das auch die letzte Brache in Wert setzt, finden sich anders als in den 1990er Jahren, zumindest innerhalb des Rings, keine neuen Orte mehr, an denen verdrängte Clubs wiedereröffnen können. Wer nicht ganz aufgeben muss, wie die Rummels Bucht oder das Mensch Meier, muss an den Stadtrand, so wie die Griessmühle, die von der Sonnenallee nach Schöne-weide zog und dort als Revier Südost weitermacht. Ob es eine ähnliche Möglichkeit für die Renate gibt, die Ende des nächsten Jahres ihr Haus an der Elsenbrücke verlassen muss, steht in den

Sternen. Weber spricht von einer „Dynamik, die dazu führt, dass Clubs verschwinden und nichts Neues nachkommt“.

Gentrifizierungsprozesse, Inflation, Energiekrise und die weiterhin anhaltenden Nachwirkungen von Corona haben die Handlungsmöglichkeiten der Clubs eingeschränkt und verstärken den Druck in Richtung Kommerzialisierung; gleichzeitig leiden die Gäste unter Preissteigerungen im alltäglichen Leben und an den Clubtüren. Die Hochzeiten mit dem Boom der Billigflieger seit der Jahrtausendwende sind vorbei, wie Watergate-Gründer Ulrich Wombacher in einem Interview mit der *Berliner Zeitung* beschreibt. „Im Grunde hat sich die Situation jetzt normalisiert, nur dass wir jetzt ganz viele Clubs haben, die alle über die Covid-Zeit erhalten wurden und jetzt den kleinen Kuchen teilen müssen.“

Will Berlin die Clubkultur als Markenkern, als Anziehungspunkt für Gäste und anzuwerbende Fachkräfte erhalten, muss etwas passieren. Die politischen Akteure bis hin zur CDU erkennen inzwischen, anders als in der Anfangszeit, den kulturell und wirtschaftlich zentralen Wert der Clubkultur an. Doch noch immer fehlt es an substantiellen Maßnahmen, die einem Clubsterben entgegenwirken oder dazu beitragen könnten, neue Räume zu schaffen; etwa einem Gewerbemietrecht, das vor Kündigungen und Mietexplosionen schützt, oder eine Förderung für die Nutzung leerstehender Büroflächen.

Als Lobbyorganisation der Clubs setzt sich die Clubcommission derzeit auf Bundesebene dafür ein, dass Clubs im Zuge der Novellierung des Baugesetzbuches als Kulturstätten Theatern, Museen und Opern gleichgestellt werden. Sie könnten dann von Förderinstrumenten profitieren, vor allem aber auch im städtebaulichen Planungsrecht bedacht werden. Das würde einen besseren Schutz vor Verdrängung und die Ausweisung von Flächen auch in Wohn- und Mischgebieten bedeuten. So sei, wie Weber sagt, die Ausweisung eines Bereichs für clubkulturelle Nutzung, etwa in der geplanten Siemensstadt mit Tausenden neuen Angestellten, essenziell: „Was sollen die Leute dort machen, die werden ja sonst vor Langeweile sterben?“

Ob sich die Haltung der Clubs durchsetzen wird, ist unklar. Für Weber steht dabei noch mehr auf dem Spiel: „Die Funktion von Clubs für den gesellschaftlichen Zusammenhalt“, als Orte von „Solidarität und Gemeinschaft“, an denen man „dem grausamen Alltag entfliehen kann“.

Stefan Alberti freut sich über den Ehrendokortitel für Arnold Schwarzenegger

## Viel mehr als „Terminator“ und Bodybuilder

Das muss man erst mal schaffen. Volksschule, kein Abitur, dann Profisportler, Schauspieler, Politiker. Alles jeweils sehr erfolgreich – aber eben ohne akademischen Hintergrund. Und nun aber trotzdem Doktor. Oder besser: Ehrendoktor. Wobei das ja eigentlich noch besser klingt, und Dr. h. c. sich irgendwie schicker macht als Dr. Ing. oder rer. pol., oder?

Wer ist also der Mann, der diesen Werdegang hinter und seit Dienstag ein Dr. vor sich hat?

Der geborene Österreicher Arnold Schwarzenegger, seit 1983 US-Amerikaner. Ach, der Terminator? Nein. Der inzwischen 77-Jährige, der nun – laut Wikipedia – erster Ehrendoktor der 2003 gegründeten privaten Berliner Hochschule Hertie School ist, hat zwar in mehreren Filmen die gleichnamige Figur verkörpert und das Filmzitat „Hasta la vista, baby“ ikonisch gemacht. Was als Grundlage für einen Ehrendoktor tatsächlich etwas dürftig sein könnte. Schwarzenegger aber ist mehr und auch



Foto: Kristin Callahan/imago

nicht bloß „der Ex-Bodybuilder“, selbst wenn er mehrfach Weltmeister in diesem Feld war.

Wer Menschen auf frühere Jobs oder Rollen beschränkt, ignoriert schlicht Jahrzehnte einer Biografie. Etwa, dass sich Schwarzenegger schon als Gouverneur von Kalifornien – was er von 2003 bis 2011 war – in einer Weise für Klimaschutz stark machte, die untypisch für die USA und vor allem seine republikanische Partei war.

Und genau dieses Engagement hat die Hertie School zum

Anlass genommen, Schwarzenegger zum Doktor zu machen. Seine Initiativen aus seiner Gouverneurszeit hatte er unter anderem damit fortgesetzt, 2017 eine Internationale Klimaschutzkonferenz in Wien zu starten. Wen das noch nicht überzeugt, lässt vielleicht der Name des Laudators umdenken: Für diese Aufgabe war am Dienstag Deutschlands führender Grüner angekündigt, Vizekanzler Robert Habeck.

Auszeichnen können, wenn auch aus anderen Gründen,

hätte man Schwarzenegger schon 2021. Denn nach dem Sturm auf das Kapitol in Washington machte er Donald Trump dafür verantwortlich und nannte ihn „den schlechtesten Präsidenten in der amerikanischen Geschichte“. Damit bezog er anders als viele andere US-Republikaner klar Position gegen Trump. In einem irrt er allerdings vor dreieinhalb Jahren: Trump werde bald „so irrelevant sein wie ein alter Tweet“, lautete damals seine Einschätzung.

## Z-Wort ist Alltag

210 antiziganistische Vorfälle wurden im Jahr 2023 bekannt. Das Hauptproblem: Leistungsbehörden

Von **Susanne Memarnia**

Antiziganismus und Diskriminierung bleiben in allen Lebensbereichen ein großes Problem für Sinti und Roma. Das ist die Kernbotschaft der neuen Dokumentation Antiziganistischer Vorfälle im Jahr 2023, den die Selbstorganisation Amaro Foro am Dienstag vorgestellt hat. Seit 10 Jahren sammelt sie in der Dokumentationsstelle Antiziganismus (DOSTA) Meldungen Betroffener. Im vergangenen Jahr wurden ihr so 210 Vorfälle bekannt. Insgesamt hat DOSTA seit 2014 genau 1.502 Fälle dokumentiert.

Von Beginn an habe sich dabei der „Kontakt mit Leistungsbehörden als der problematischste Lebensbereich gezeigt“, erklärte Projektleiterin Violeta Balog – hierzu gab es im vorigen Jahr 48 Meldungen. Antragsteller, die Roma und Sinti sind oder dafür gehalten werden, würden vor allem bei der Bundesagentur für Arbeit diskriminiert, aber auch bei der Familienkasse und anderen Behörden. Es würden Dokumente angefordert, die bereits eingereicht wurden oder unnötig seien, oft würden Leistungen schon bei der ersten Vorsprache versagt. „Häufig kommt es zu unverhältnismäßig langen Bearbeitungszeiten, was zu existenziellen Problemen führen kann“, sagt Balog.

Dazu eines der vielen Fallbeispiele aus dem Bericht: Einer Person wird nicht geglaubt, dass sie sich in einem regulären Arbeitsverhältnis befindet, der Antrag auf Leistungen (als Aufstocker) wird aufgrund des angeblichen „Scheinarbeitsvertrages“ abgelehnt. Zusätzlich wird der digitale Mietvertrag einer großen deutschen Wohnungsbaugesellschaft auch als gefälscht bewertet. Die Familie bekommt im Eilverfahren beim Sozialgericht Leistungen zugesprochen.

Die zweitmeisten Meldungen betrafen 2023 den Bereich Bildung. Es gebe Mobbing und Beschimpfungen durch Lehrkräfte, Schulleitungen und Sozialarbeiter sowie psychische und physische Gewalt, erklärt Balog. Während solche Erfahrungen dazu führten, dass manchmal die Kinder der Schule fernbleiben, werde in einer Täter-Opfer-Umkehr nicht selten den Familien „Schuldistanz“ vorgeworfen. Eltern würden zu Strafzahlungen verurteilt. In anderen Fällen werde über Monate kein Schulplatz angeboten.

Sogar die rassistische Fremdzuschreibung (das Z-Wort) werde von Lehrern noch benutzt, „es steht bis heute in manchen Schulbüchern“, berichtet die Projektleiterin. Überhaupt sei das Z-Wort salonfähiger als je zuvor: „Es gehört zur Alltagssprache der Mehrheitsgesellschaft.“ Dass sich nach 10 Jahren Dokumentations- und Aufklärungsarbeit nichts wirklich verbessert hat, sei frustrierend, gibt Balog zu. Behördenleiter etwa würden das Problem häufig immer noch abstreiten. „Unsere Arbeit ist eine langwierige Sache.“

Digitalisierung und Datenschutz – für Sozialsenatorin Cansel Kiziltepe (SPD) keine leichte Aufgabe  
Foto: dts/imago



## Digitalisierung auf Abwegen

Datenschutzbeauftragte stellt Jahresbericht vor und kritisiert Unwillen der Verwaltung. Ein Streitpunkt: das Sozialticket

Von **Marie Frank**

Berlins Datenschutzbeauftragte berät die Verwaltung bei der „datenschutzkonformen Digitalisierung“, heißt es gleich zu Beginn der Vorstellung des Datenschutzberichts 2023 am Dienstag. Aber: „Datenschutz wird in den Behörden oft als lästiges Problem wahrgenommen“, sagt Meike Kamp.

Das gilt anscheinend auch für die Senatssozialverwaltung. Die hatte vor einer Woche mitgeteilt, dass die geplante App, die das Fahren mit dem Sozialticket erleichtern sollte, „wegen noch ungeklärter Fragen“ mit dem Bundes- und der Landesbeauftragten für Datenschutz „bisher nicht umgesetzt werden“ konnte. Also müssen Menschen, die Sozialleistungen beziehen, weiterhin ihre Armutsnachweise mit sich führen, um mit dem vergünstigten 9-Euro-Monatsticket fahren zu können.

Die Datenschutzbeauftragte Kamp bezeichnete das als „nicht nachvollziehbar“. Seit anderthalb Jahren berate man „intensiv“ die Senatssozialverwaltung und habe den Rechtsrahmen klar abgesteckt. Auch habe man ein „niedrigschwelliges Verfahren“ in Form eines QR-Codes auf den Leistungsbescheiden vorgeschlagen. Dieses hatte sich allerdings als nicht praktikabel erwiesen, weil die Ämter mit dem Versenden der Bescheide nicht hinterherkommen.

Mindestens 10.000 Menschen kassierten dadurch ein „erhöhtes Beförderungsentgelt“ von 60 Euro. Die App wiederum

will Kamp nicht, weil die Weitergabe personenbezogener Daten durch Sozialleistungsbehörden an die BVG mit dem Datenschutz nicht vereinbar sei. Die Senatssozialverwaltung und die BVG sind da anderer Meinung.

„Datenschutz wird in den Behörden oft als lästiges Problem wahrgenommen“

**Meike Kamp**, Beauftragte für Datenschutz

Bis Anfang des Jahres hatte als Nachweis für das Sozialticket der Berlin Pass gereicht. Der wurde jedoch abgeschafft, um die Bürgerämter zu entlasten und die Verwaltung zu digitalisieren. Für die Datenschutzbeauftragte ist dennoch fraglich, „warum das bewährte Verfahren zum Berlin Pass überhaupt aufgegeben wurde“. Die Pläne für die Digitalisierung des Verfahrens würden viele komplexe datenschutzrechtliche Fragen aufwerfen. Auch Politiker\*innen von Linken, Grünen und SPD fordern eine Rückkehr zum Berlin Pass, die CDU ist dagegen.

Eine Lösung sei jedoch dringend notwendig, heißt es im Bericht. Denn das Vorzeigen der Leistungsbescheide gegenüber Kontrolleur\*innen sei für die Betroffenen häufig sehr unangenehm, da dies anderen Fahrgästen nicht verborgen bleibe. „Wir haben gegenüber der Senats-

verwaltung deutlich gemacht, dass die Verwendung der originalen Leistungsbescheide beendet werden muss.“

Laut dem Beschluss von Sozialsenatorin Cansel Kiziltepe (SPD) wird die derzeitige Praxis der Vorlage der Leistungsbescheide bis zum 30. Juni 2025 fortgeführt. Möglicherweise würden jedoch bald „neue technische Lösungen geschaffen“, so ein Sprecher zur taz.

Ob es die dann noch braucht, wird sich zeigen: Am Donnerstag erklärte Kiziltepe im Abgeordnetenhaus, dass derzeit nicht klar sei, ob das Sozialticket überhaupt über dieses Jahr hinaus angeboten werden könne. „Als Sozialsenatorin kämpfe ich für den Erhalt des Sozialtickets“, stellte Kiziltepe am Dienstag auf taz-Anfrage klar.

### Bußgelder

Ein Großteil der Bußgelder betraf Polizist\*innen, die für private Zwecke illegal die Polizeidatenbank nutzten. 35 Verfahren wurden eingeleitet, 32 Bußgelder verhängt – doppelt so viele wie 2022.

Gegen private Stellen wurden Bußgelder in Höhe von 549.410 Euro erlassen. Darunter 215.000 Euro gegen ein Kulturunternehmen, das den Gesundheitszustand seiner Beschäftigten dokumentierte, die einen Betriebsrat gründen wollten, um ihnen zu kündigen. (mfr)

### Verfassungsschutz

#### Gericht rügt Bericht

Das Oberverwaltungsgericht Berlin-Brandenburg (OVG) hat den in der Innenverwaltung des Senats angesiedelten Verfassungsschutz angewiesen, im Jahresbericht für 2022 online Änderungen vorzunehmen. Damit ergänzt das Gericht eine Entscheidung des Verwaltungsgerichts. Konkret geht es um einen Neuköllner Moscheeverein, der in dem Bericht unter der Einordnung „Einrichtungen, die von Salafisten dominiert sind“ erwähnt wird. Die Nennungen seien nicht durch geltendes Verfassungsschutzrecht gedeckt, heißt es in dem Gerichtsbeschluss mit dem Aktenzeichen OVG 1 S 12/24. Der antragstellende Verein werde dadurch in seinem allgemeinen Persönlichkeitsrecht verletzt. Das OVG spricht von einer „stigmatisierenden Wirkung“. Der Beschluss stellt kein abschließendes Urteil dar, sondern eine Eilentscheidung, die bis Ende des Hauptsacheverfahrens gilt. (taz)

### Presserat zu FU

#### „Universitär“ ist zulässig

Der Deutsche Presserat sieht den umstrittenen Artikel „Die Universitär“ der Bild-Zeitung von der Meinungsfreiheit gedeckt. Er kritisierte nur eine falsche Bildunterschrift. Die Zeitung hatte einen offenen Brief von mehreren Hundert Wissenschaftlern im Mai scharf kritisiert, der sich gegen die Räumung eines propalästinensischen Protestcamps an der Freien Universität (FU) richtete. Unter anderem warf das Blatt den Unterzeichnern vor, es handle sich um einen „offenen Brief für Juden-Hass-Demos“. Daraufhin hatten sich insgesamt 15 Hochschulen und Lehrende an den Presserat gewandt, weil sie den Artikel für diffamierend und falsch hielten. Der Presserat bewertete die Aussage der Bild als „zwar überspizte, aber zulässige Meinung“. Er verwies darauf, dass auf dem von der Polizei aufgelösten Camp nachweislich antisemitische Äußerungen gefallen seien. (epd)



## RUDI HÄLT UNS DEN RÜCKEN FREI

taz genossenschaft

Betongold? Wir haben eine Immobilie, in der dein Geld wirklich glänzen kann: Wenn du jetzt deinen Anteil aufstockst (oder neu zeichnest!), hilfst du mit, unser *geliebtes altes Haus* in der Rudi-Dutschke-Straße zu sanieren. Dies ist nicht nur notwendig, sondern schafft auch ein langfristiges finanzielles Fundament, auf dem unser unabhängiger Journalismus auch in Zukunft stürmischen Zeiten trotzen kann. Alle Infos und Mitmachen auf [taz.de/haus](http://taz.de/haus)

## Bedrohliche Lage für B-Laden

Der Nachbarschaftstreffpunkt in der Lehrter Straße in Mitte fürchtet um seine Förderung durch den Bezirk

Von **Peter Nowak**

Bunte Plakate und Aufruf zu Mieter\*innenprotesten hängen im Schaufenster. Auf einem Regal vor der Tür werden Bücher angeboten. Der B-Laden in der Lehrter Straße 30 ist erkennbar ein Ort der solidarischen Nachbarschaft. Doch noch ist unklar, wie die Zukunft des Ladens aussieht. Denn zum Jahresende soll die finanzielle Förderung auslaufen. Es handelt sich um jährlich 6.000 Euro, die aus den Töpfen der Stadtentwicklung an den B-Laden flossen. Damit wurde die Miete für die Räumlichkeiten der Parterwohnung beglichen, in dem der B-Laden ist.

Susanne Torka war 1988 Mitbegründerin des „Vereins für eine billige Prachtstraße – Lehrter Straße“. Die Anwohner\*inneninitiative engagiert sich seit 26 Jahren gegen Mieterhöhungen, Abriss und Leerstand und für bezahlbare Mieten. Das sind alles Forderungen, die heute besonders aktuell sind.

Das sieht man sofort, wenn man die Lehrter Straße entlanggeht. Zwei große Hotels prägen die Straße am Rande des Hauptbahnhofs. „Ferienwohnungen ohne Ende, möblierte Mikroapartements, wir sind hier mit allem konfrontiert, was wir auf dem Berliner Wohnungsmarkt kennen“, beschreibt Torka die Situation der Bewohner\*innen in der Nachbarschaft. Mit der

Stadtteilinitiative „Wem gehört Moabit?“ setzt sie sich für die Interessen der Bewohner\*innen ein. Ihr Engagement ist ehrenamtlich und wird auch von den Bewohner\*innen angenommen. Dafür ist auch die freundliche Atmosphäre im B-Laden verantwortlich. Besucher\*innen werden eine Tasse Tee oder auch Obstspeisen angeboten.

„Der B-Laden ist ein wichtiger Ort der Nachbarschaft in Moabit und muss unbedingt erhalten bleiben“, betont auch Taylan Kurt, der für die Grünen im Abgeordnetenhaus sitzt, gegenüber der taz. Kurt sieht dabei auch den schwarz-roten Senat in der Verantwortung. Der müsse die Bezirke finanziell so ausstat-

ten, dass gar nicht erst zur Debatte steht, dass einer Nachbarschaftseinrichtung 6.000 Euro für die Miete gestrichen werden könnten. Er werde sich dafür einsetzen, dass der B-Laden dank der Finanzierung auch im nächsten Jahr die Miete zahlen kann.

Dass sie sich jetzt auch noch darum sorgen muss, dass die Miete des Landes im nächsten Jahr gesichert ist, findet Torka ärgerlich und auch lästig. Schließlich haben sie und ihre Mitstreiter\*innen große Pläne. So soll es in dem Laden künftig eine wöchentliche Nachbarschaftsküche geben. Das soll auch jüngere Anwohner\*innen zur Mitarbeit motivieren.



taz: Herr LÖB, Herr Bennühr, Herr Preylowski, Ihre Parteien haben sich für die Brandenburg-Wahl zur Listenvereinigung Plus Brandenburg zusammengeschlossen, um die 5-Prozent-Hürde zu knacken. Für wie realistisch halten Sie das?

**André Preylowski:** Bei der Europawahl haben wir allein mit Volt in Oberhavel zum Beispiel 2 Prozent geholt, in Potsdam 5,3. Da ist es relativ realistisch, mit der Liste 6 bis 7 Prozent zu holen.

**Thomas Bennühr:** Es gibt ja immer 30 bis 40 Prozent Wähler\*innen, die bis zum Schluss nicht genau wissen, wem sie ihre Stimme geben sollen. Die Hoffnung ist, dass viele von den Unentschiedlenen oder jenen, die im Moment noch aus Protest ganz links oder ganz rechts wählen wollen, erkennen, dass die einen – BSW – gar kein Programm haben und die anderen – AfD – ein Programm, das eine soziale Katastrophe ist. Und dass Plus Brandenburg gute Lösungsansätze für viele Probleme hat.

**Thomas LÖB:** Der Vorteil an unserem Zusammenschluss ist auch, dass wir uns räumlich ergänzen. Meine Partei ÖPD kommt vor allem aus Oder-Spree, Erkner, Müllrose, Grünheide, aber auch aus Potsdam-Mittelmark. Volt ist gut aufgestellt in Potsdam, Luckau, Spree-wald, Cottbus und Oberhavel – und die Piraten in Oberhavel und der Prignitz.

taz: Was sind die wichtigsten Probleme in Brandenburg?

**Bennühr:** Was die Menschen wirklich bewegt, ist nicht das, worüber die große Politik die ganze Zeit redet, vor allem Migration und Flüchtlinge. Wichtig für die Menschen ist: Bildung, Wohnen, öffentlicher Nahverkehr – und Demokratie. Die Leute wollen beteiligt werden an Entscheidungen. Aber nicht so wie in Grünheide, wo man eine Bürgerbefragung zu Tesla macht – und am Ende entscheidet die Politik doch anders. Wichtig ist auch Umwelt, Wirtschaftsförderung, Bürokratieabbau.

taz: Den wollen ja alle!

**Bennühr:** Ja, aber die anderen sagen nicht, wie. Man kann natürlich eine Expertenrunde im Ministerium machen, aber da wird nichts bei rauskommen. Man muss in die Betriebe gehen, zu den Handwerkern, den bäuerlichen Betrieben und sie fragen, wo habt ihr ein Problem mit eurer Bürokratie. Wir wollen die Leute anhören und gemeinsam Lösungen entwickeln.

taz: Nehmen wir das Thema Wohnungsnot. Wie würden Sie das angehen?

**LÖB:** Das Land muss mehr öffentlichen Wohnungsbau fördern. In Potsdam etwa kann man sich ja mit einem normalen Beruf keine Wohnung mehr leisten. Auch durch bestimmte große Industrieansiedlungen, die man so ein bisschen ungeplant ins Land reingeholt hat ...

taz: Stichwort Grünheide

**LÖB:** ... Ja, zum Beispiel. Aber auch in Brandenburg an der Havel sollen riesengroße Gewerbegebiete entstehen, übrigens zumeist auf Waldflächen. All die neuen Beschäftigten müssen wohnen, dadurch steigen die Bodenpreise, die Mieten. Oder in Senftenberg: Da gibt es ein großes Klinikum, aber zu wenig Ärzte. Wie kriegt man sie da hin? Man braucht Wohnungen, aber auch Schulen, Infrastruktur, Kultur.

**Bennühr:** Das Problem ist: Kommunaler Wohnungsbau kostet Millionen.

## Wahl in Brandenburg

**Liste Plus Brandenburg** Als einziges Bundesland ermöglicht es Brandenburg den Parteien, sich in einer Listenvereinigung gemeinsam zur Wahl zu stellen. Für die Landtagswahl am kommenden Sonntag haben sich Piraten, Volt und ÖDP zu „Plus Brandenburg“ zusammengeschlossen, um gemeinsam die 5-Prozent-Hürde zu nehmen. Da sie in den Wahlumfragen nicht vorkommen, ist schwer zu sagen, wie stark die Liste wird.

**Umfrage** Die Freitag veröffentlichte jüngste Umfrage der Forschungsgruppe Wahlen ergab folgendes Bild: AfD 29 Prozent, SPD 26, CDU 15, BSW 14, Grüne 5, Linke 3, Freie Wähler 3. (s.m)



V. l. n. r.  
Thomas Bennühr, André Preylowski und Thomas Löb in Potsdam auf der Freundschaftsinsel  
Foto: Susanne Memarnia

# „Wir sind keine Politprofis“

Die Listenvereinigung Plus Brandenburg will mit Pragmatismus und Bürgernähe bei den Wahlen punkten – und am liebsten das Zünglein an der Koalitionswaage sein. Ein Gespräch über die „eigentlichen Probleme“ der Menschen, verkrustete Parteien und „frische“ Politik

Interview **Susanne Memarnia**

Und wir sehen es als Aufgabe des Landes, das zu finanzieren – entweder über die Landesbank oder über andere Fördermöglichkeiten, etwa langfristige Kredite mit 30 bis 50 Jahren Laufzeit. Die Kommunen oder die Genossenschaften können die Kredite nehmen, bauen und günstig Wohnung anbieten.

taz: Mehr sozialen Wohnungsbau fordert auch die Linke. Warum sollte ich dafür Plus wählen?

**Bennühr:** Die Linke ist ja schon sehr lange in Brandenburg unterwegs, und die sozialen Errungenschaften in diesem Bereich sind, ich sage mal, übersichtlich. Wenn wir ins Parlament kommen, können wir denjenigen, die eine Regierung bilden wollen, sagen: Mit uns gerne, aber unter folgenden Bedingungen. Und das wird dann durchgezogen! Wir koalieren nicht um jeden Preis, denn wir wollen keine Posten, wir machen das nicht für unsere Partei – wir machen das für Brandenburg.

taz: Herr Preylowski, wenn ich liberal denke, warum sollte ich Plus wählen und nicht FDP?

**Preylowski:** Die Frage ist vielleicht eher, wie liberal ist die FDP heute noch. Für uns schließen sich links und liberal auch nicht aus. Wenn wir uns um die Bevölkerung kümmern wollen und jedem die Chance geben wollen, gut in diesem Land zu leben, dann gehört Wohnungsbau einfach dazu. Bezahlbare Mieten gehören dazu und ein gewisser sozialer Standard. Was uns „voltiger“ macht, ist, dass wir die Sache europäisch betrachten. Wir glauben nicht, dass man Probleme alleine in Brandenburg oder in Deutschland lösen kann. Wenn wir zum Beispiel an der Wasserversorgung in Brandenburg etwas ändern wollen, dann müssen wir wissen, was in Polen passiert.

taz: Herr LÖB, wenn mir Naturschutz wichtig ist, warum sollte ich Plus wählen und nicht die Grünen?

**LÖB:** Erstens ist die ÖDP nicht nur eine ökologische Partei, auch das Soziale wird bei uns groß geschrieben. Zu-

dem sind die Grünen schon lange nicht mehr richtig grün. Sie gehen mehr auf Umwelttechnik, Solarparks, Windräder – und meinen, dass das die Lösung ist. Für diese Ideologie werden Landschaftsschutzgebiete aufgegeben, obwohl man um jeden Baum kämpfen müsste.

**Bennühr:** Die Grünen waren zu ihren Anfängen eine große Protestbewegung. Aber mittlerweile sind sie sehr professionalisiert. Wir als Plus Brandenburg sind keine Politprofis, wir sind sehr, sehr frisch. Wahrscheinlich, wenn es uns länger geben sollte, werden wir auch verkrusten wie die etablierten Parteien – dann brauchen wir wieder neue Parteien mit frischen Ideen.

taz: Frisch heißt was?

**Bennühr:** An der Sache orientiert, nicht am Machterhalt.

taz: Kommen wir auf Grünheide und Tesla zurück: Wie würden Sie den Widerspruch zwischen Umweltschutz und Industrieansiedlung auflösen?

**LÖB:** Wenn ich als Regierung irgendwo eine Firma ansiedle oder fördere, dann muss ich einen langfristigen Plan haben. Wie lange kommen da Leute zum Arbeiten hin, wo können sie wohnen, wie ist die Infrastruktur? Man muss es nachhaltig machen. Deswegen ist es auch wichtiger, Firmen zu unterstützen – egal ob klein oder groß oder ganz groß –, die mit dem Standort verwurzelt sind und wirklich ein Interesse an Brandenburg haben.

**Preylowski:** Wir möchten, dass Brandenburg ein Industrieland bleibt, aber mit Verstand. Es gibt genug Großprojekte, die gescheitert sind wie die Cargolifter-Halle, wo mal Luftschiffe gebaut werden sollten. Heute ist das das Schwimmbad Tropical Islands. Darum möchten wir auch mehr Transparenz – und die Einbeziehung der Bürger. Es darf sich nicht alles an irgendeinem Konzerninteresse ausrichten.

taz: Ein Thema, das nicht in Ihrem Kurzprogramm vorkommt, ist Migration. Haben Sie dazu nichts zu sagen?

**Bennühr:** Wir haben bei dem Thema einen sehr einfachen Lösungsansatz. Es wird gesagt, „die Flüchtlinge“ liegen dem Staat auf der Tasche, sie kriegen alle Sozialleistungen. Aber warum ist das so? Weil sie nicht arbeiten dürfen! In den großen Flüchtlingsheimen in Brandenburg sitzen so viele Menschen, die gezwungen sind, Däumchen zu drehen. Andererseits brauchen wir in vielen Bereichen Arbeitskräfte.

**LÖB:** Bei den Ukrainern gibt es massenhaft Hochqualifizierte, die nicht arbeiten dürfen, weil ihre Ausbildungen nicht anerkannt sind. Es gibt 3.000 Ärzte, die gezwungenermaßen untätig zu Hause sitzen, weil die Behörden aus Personalmangel nicht hinterherkommen. Das ist ein Armutszeugnis!

taz: Das Gerede über Migration ist also eine Scheindebatte?

**Preylowski:** Wenn die Leute hierher kommen und neun Monate in irgendeiner Unterkunft sitzen, keine Chance bekommen, Deutsch zu lernen, und wenn das Heim am Rande eines Ortes liegt, wo nicht einmal der Bus hinfährt, dann geben wir die Leute schon auf, sobald sie hier ankommen. Dabei haben wir genug Arbeit. Wenn wir sie hierüber integrieren, dann fühlen sie sich bald als Teil der Gesellschaft.

taz: Das klingt schön und gut, aber wie wollen Sie das anstellen?

**LÖB:** In Bayern zum Beispiel gibt es eine Kommune, da bekommt jeder Flüchtling einen Paten aus dem Dorf, der ihm erklärt, wie hier alles läuft: wie man die Wäsche aufhängt zum Beispiel. Und jeder Flüchtling bekommt gleich einen Job. Das ist natürlich Arbeit. Aber wenn man davor zurückweicht, kommen die AfD und die anderen schlimmen Parteien und greifen das auf – und machen es noch größer.

taz: Was ist mit dem BSW? Warum ist das so erfolgreich?

**Bennühr:** Ja, warum identifizieren sich Leute mit einer Frau, die die DDR bis zur Wende für das tollste System überhaupt hielt und heute in ei-

ner schicken Villa lebt? Ihr Bündnis hat nicht einmal ein Programm für Brandenburg! Ich kann mir den Erfolg nur mit Protest erklären: Die anderen Parteien haben es nicht geschafft, jetzt wählen wir einfach andere, ob AfD oder BSW ist egal.

**Preylowski:** Meine Mutter war früher in der SED, jetzt ist sie ein großer Anhänger vom BSW. Aber sie schickt mir manchmal auch Nachrichten von der AfD. Ich denke, viele ältere Leute können gar nicht mehr unterscheiden zwischen diesen Parteien, da ist einfach nur die Idee, aus Protest irgendwas zu wählen. Und weil man einer DDR hinterhertrauert, in der viele Sachen viel leichter zu verstehen waren und sie viel weniger Probleme hatten. Zum Glück denkt nicht jeder so. Ich habe viele ältere Leute gesprochen, die sehr reflektiert waren und im Gegenteil sagen: Wir wollen nichts wiederauferstehen lassen, wir wollen an der Demokratie festhalten.

**Thomas Bennühr**, 64, war früher Landesvorsitzender der Piraten, kandidiert nun auf Listenplatz 1 von Plus Brandenburg. Er lebt in Glienicke/Nordbahn und ist dort gewählter Gemeindeverordneter. Er ist Revisor bei der Deutschen Gesetzlichen Unfallversicherung und zurzeit Gesamtbetriebsratsvorsitzender.

**Thomas Löb**, 57, steht auf Platz 3 der Landesliste von Plus. Er ist Landesvorsitzender der ÖDP und sitzt für seine Partei in der Stadtverordnetenversammlung von Erkner und im Kreistag des Landkreises Oder-Spree als Sachkundiger Einwohner.

**André Preylowski** ist stellvertretender Landesvorstand von Volt Brandenburg und kandidiert auf Listenplatz 4 bei Plus. Der 61-Jährige ist gelernter Drucker, hatte früher Papiergeschäfte in Berlin und lebt jetzt als Geschäftsmann in Schildow.

berliner szenen

# I'm a Cyborg, But That's OK

Am 21. September um 14 Uhr im fsk: „Patrol“ (R: Camilo de Castro Belli/Brad Allgood, NI/US 2023) Foto: Juli Films und Perpetuo Films

Am 21. 9. um 14 Uhr im fsk: „Patrol“ (R: Camilo de Castro Belli/Brad Allgood, NI/US 2023) Foto: Juli Films und Perpetuo Films



Am 21. 9. um 14 Uhr im fsk: „Patrol“ (R: Camilo de Castro Belli/Brad Allgood, NI/US 2023) Foto: Juli Films und Perpetuo Films

Am 21. 9. um 14 Uhr im fsk: „Patrol“ (R: Camilo de Castro Belli/Brad Allgood, NI/US 2023) Foto: Juli Films und Perpetuo Films

Am 21. 9. um 14 Uhr im fsk: „Patrol“ (R: Camilo de Castro Belli/Brad Allgood, NI/US 2023) Foto: Juli Films und Perpetuo Films

Luciana Ferrando

Timm Kühn bewegung



## Antifeminismus blockieren

Abtreibungsgegner:innen wollen wieder mal gegen das Recht auf körperliche Selbstbestimmung für Frauen durch Berlin ziehen. Dagegen gibt es eine Demo vom Bündnis für sexuelle Selbstbestimmung und einen Infopoint für Aktionen in der ganzen Stadt vom What the Fuck?!-Bündnis.

Samstag, 21. 9., Demo Pariser Pl., 12 Uhr; Infopoint Washingtonpl., 11 Uhr Die Kolumne: [taz.de/tazplan](https://taz.de/tazplan)

kinotipp der woche

## Vom Hüten und Horten

Mit politischen Dokus wie „Patrol“ und „Goldrausch – Die Geschichte der Treuhand“ machen die Dokumentarfilmtage Let's Dok Halt in Berlin und Brandenburg

Gemächlich schiebt sich das Boot mit den sechs Männern zwischen den Ufern des Rio Indio im äußersten Südwesten Nicaraguas hindurch. Präzise erfassen die Männer am Ufer die diversen Versuche von Landnahme im Naturreservat „Indio Maíz“, dem letzten Stück des waldigen Siedlungsgebiets, das den indigenen Rama und den afrostämmigen Kriol geblieben ist. Doch obwohl Nicaragua das Gebiet 2003 nach langem Kampf zum Naturreservat erklärt hat, versuchen Siedler ununterbrochen Land an sich zu reißen, um darauf lukrative Viehzucht zu betreiben. „Patrol“ von Camilo de Castro Belli und Brad Allgood dokumentiert den Kampf gegen den Landraub im Südwesten Nicaraguas. Er zeigt die mühseligen Streifzüge durch den Tropenwald auf der Suche nach illegalen Siedlern und Viehzüchtern und zeigt zugleich die imposante, erhabene Natur der Region.

Am Samstagmittag ist Camilo de Castro Belli nach der Vorführung des Films im Kreuzberger fsk Kino zu einem Filmgespräch vor Ort. Die Veranstaltung ist Teil der Dokumentarfilmtage Let's Dok. Seit 2020 präsentiert Let's Dok jährlich bundesweit eine Auswahl gesellschaftlich relevanter Dokumentarfilme der letzten Jahre. Im Zentrum der Dokumentarfilmtage, die von der Vereinigung AG Dok initiiert und vom Verein zur Förderung der Dokumentarfilmkultur organisiert werden, steht die kollektive Auseinandersetzung mit den Filmen und ihren Macher\_innen. Auch in diesem Jahr laufen wieder in über 100 Kinos bundesweit den gesamten September über Dokumentarfilme. In Berlin nehmen neun Kinos teil und in Brandenburg über 20.

Als Menschen in der DDR ab Mitte der 1980er Jahre zunehmend nach Alternativen zum real existierenden Gouvernamentstaat suchten, fand sich auch die oppositionelle „Freie Forschungsgemeinschaft Selbstorganisation“ in der Berliner Chausseestraße zusammen. Als einige

Jahre später die Mauer fiel, entwickelte die Gruppe ein Konzept, wie das Volkseigentum vor SED-Kadern und westdeutschen Spekulanten gleichermaßen bewahrt werden sollte: eine Treuhandstelle sollte Anteilsscheine an die Bürgerinnen der DDR ausgeben. Realität wurde die Treuhand dann in ganz anderer Form: als gigantische Holding, die westdeutschen Banken und Unternehmern einen leichten Weg zur Bereicherung bot. Der Dokumentarfilm „Goldrausch – Die Geschichte der Treuhand“ des letzten Jahr verstorbenen Thomas Plenert versuchte 2012 eine Annäherung an die Treuhand als gigantischen Ausnahmefall, befragt ehemalige Mitarbeiter der Treuhand, Mitarbeiter aus den Bonner Ministerien der Zeit und Bürgerrechtler und Politiker aus dem Osten der Republik. Im Rahmen von Let's Dok – Dokumentarfilmtage lädt die unabhängige Dokumentarfilminitiative docfilm42 zu einem Online-Filmgespräch mit dem Wirtschaftswissenschaftler Rudolf Hickel. Doch es lohnt sich auch, Let's Dok vor allem als Angebot vor Ort zu nutzen.

Für alle in Berlin ist die Reihe auch als Gelegenheit zu verstehen, die Kinolandschaft in Brandenburg zu entdecken. Eine besondere Empfehlung ist das Programm des Kinos Astoria in Wittstock, das eine Auswahl von Filmen von Volker Koepp zeigt. Am Donnerstag läuft „Landstück“, der die Landschaft der Uckermark porträtiert, und am Samstag lädt das Kino zu einem Sektempfang aus Anlass von Volker Koepps 80. Geburtstag und um zu feiern, dass der Filmemacher vor unterdessen 50 Jahren seine Langzeitdokumentation zu Wittstock begann. Im Anschluss läuft Koepps Kompilation „Goldene Hochzeit mit Wittstock Filmen“, in der er Ausschnitte aus den Filmen mit bislang nicht verwendetem Material aus dem Umfeld kombiniert. Und nach dem Film folgt noch ein Filmgespräch mit Volker Koepp. Fabian Tietke

berlinmusik

## Verwegene Mixtur

„Was uns beide eint, ist das Gefühl für Swing“, sagt Michael Griener am Telefon. Der Schlagzeuger spricht über die Rhythmusgruppe, die er seit drei Jahrzehnten mit dem Bassisten Jan Roder bildet und mit dem er jetzt eine Werkschau veröffentlicht hat.

Ihre Doppel-CD „Be Our Guest“, alleine das ist schon einmal ein Jazz-Motto, versammelt bei einer Laufzeit von zwei Stunden 36 Weggefährtinnen und Zeitgenossen der beiden Wahl- und Herzensberliner, die für eine unorthodoxe Spielweise von Jazz stehen. Unortho-

dox heißt experimentell, aber nicht akademisch; unorthodox umfasst altmodisch, aber nicht reaktionär: „Wir beziehen uns deutlich auf die Jazztradition“, fügt Griener an.

Hören lässt sich das an den Stücken, die „Be Our Guest“ rahmen: „VC“, eine Komposition des Bassklarinettisten Rudi Mahall, interpretiert durch das Christof Knoche Trio, aufgenommen 1994 noch in Hannover, ist befreiter Jazz, dem Free kein Dogma ist.

„Verlacht“, eine Komposition des Trompeters Axel Dörner, interpretiert durch das Quartett

Die Enttäuschung, ist eine verwegene Mixtur alten und neuen Stils. Begonnen hat Die Enttäuschung mit Kompositionen des afroamerikanischen Pianisten Thelonious Monk. Der galt einmal als Modernist und jetzt als Klassiker.

„Be Our Guest“ enthält zwei Monk-Stücke, furios umgesetzt mit Alexander von Schlippenbach am Piano, aufgenommen im Au Tropsi Pohl in Mitteltiergarten, einem der vielen flüchtigen Jazz-Orte, denen Griener und Roder auf ihrem musikalischen Stadtplan Berlins zu Dauer verholten haben. Robert Mießner

taz plan: Antonia Herrscher, Noemi Molitor | Friedrichstraße 21, 10969 Berlin | [plan@taz.de](mailto:plan@taz.de)

# Natural Acts

HAU Perel 27.-30.9. / HAU2 / Premiere  
→ [www.hebbel-am-ufer.de](https://www.hebbel-am-ufer.de) PERFORMANCE

## TANZ FÜR JUNGES PUBLIKUM KOMPLIZEN

IN DER LUFT 6+

Ein Tanzstück für alle ab 6 Jahren, voller Humor und Experimentierfreude

Fr, 27.09.24, 10 Uhr | Sa, 28.09.24, 16 Uhr  
So, 29.09.24, 16 Uhr | Di, 01.10.24, 10 Uhr  
Mi, 02.10.24, 10 Uhr

TANZKOMPLIZEN im Podewil Klosterstraße 68 | 10179 Berlin TANZKOMPLIZEN.DE

## ARCHIVAL ASSEMBLY #3

Resounding Archives: The Politics of Listening to the Moving Image

Films, Listening Sessions, Archive Projects, Symposium

17.–22.9.2024 Exhibition 17.–29.9.2024

arsenal

## DOKUMENTALE 10.–20. OKT.

Information + Tickets [dokumentale.de](https://dokumentale.de)

Sichere dir jetzt dein Ticket für die Dokumentale – Berlins erstes Non-Fiction Festival!

Filmstill aus Greta Gerwig – Itinerary of a Rising Star

## Extended Spaces – Resonant Bodies: Alvin Lucier Ensemble KNM Berlin & Solist\*innen

21.09.2024 22.09.2024

radialsystem.de

## STABILE SEITEN-LAGE

taz zeitung für morgen

10 WOCHEN NUR 10 EURO TAZ.DE/ABO



Der Angeklagte Patrick S., der auch als Liedermacher auftritt, nahm 2012 am Bundeskongress der NPD-Jugendorganisation Junge Nationalisten im thüringischen Kirchheim teil. Foto: Recherche Nord

# Neonazis wegen versuchten Mordes vor Gericht

Drei Mitglieder der so genannten Calenberger Bande aus Hannover sollen vor vier Jahren einen Mann halb totgeschlagen und dann liegengelassen haben. Das Opfer scheint zufällig ausgewählt worden zu sein

Von Michael Trammer

südwest

## Panoramablick

Der Mietvertrag fürs Office im feinen Hamburger Elbvorort Nienstedten ist gekündigt und der Geschäftsbetrieb eingestellt, vermeldet das *Hamburger Abendblatt* das finanzielle Ende eines adligen Maklers, der sich auf hochwertige Immobilien für „z. B. honorige Persönlichkeiten“ an Elb- und Alsterufer spezialisiert hatte. Unklar sei, ob bloß die schwierige Situation der Branche Schuld an der Pleite ist „oder auch andere Ereignisse eine Rolle spielten“. Der *südwest* vermutet nach Ansicht einer Archivversion der abgeschalteten Internetseite eher Letzteres: Obwohl da behauptet wird, dass man großen Wert auf „die objektive Betrachtung einer jeden Immobilie“ lege, sind die Beschreibungen der in dort für Hamburg angebotenen Eigentumswohnungen doch etwas zu generisch geraten: Jede einzelne von ihnen, von der Elbe bis in die Innenstadt, biete „neben einer sehr hohen Privatsphäre“ einen „Panoramablick über den Hafen, das offene Meer und die Berge“.

„Patrick S., Florian L. und Frederik L. werden angeklagt, am 7. Januar 2020 zwischen 5 und 5.25 Uhr in Garbsen durch gemeinschaftliche Handlung versucht zu haben, heimtückisch einen Menschen zu töten.“ Mit diesen Worten eröffnet Staatsanwältin Samantha Zohri am Montagvormittag den Anklagewurf am Landgericht Hannover. Es ist ein bemerkenswerter Prozess, denn hier stehen drei umtriebige Neonazis aus der Region Hannover unter anderem wegen versuchten Mordes vor Gericht. Bei den Angeklagten handelt es sich um Mitglieder der sogenannten „Calenberger Bande“. Bis vor etwa einem Jahr ermittelte die Generalstaatsanwaltschaft Celle wegen Terrorverdachts gegen die Gruppe. Äußern wollten sich die drei zu den Vorwürfen nicht.

Im Januar 2020 sollen sie am frühen Morgen einem Garbsener vor dessen Tür aufgelauert, ihn überfallen, mit Kabelbindern und Tape gefesselt und verprügelt haben. Dann sollen sie seine Wohnung durchsucht, aber nichts außer dem Schlüssel mitgenommen haben. Den Mann habe die Gruppe einfach vor seiner Garage liegen lassen – und damit aufgrund der Schwere der Verletzungen seinen Tod in Kauf genommen haben, heißt es in der Anklage. Ein Passant habe ihn etwa eine halbe Stunde später zufällig gefunden, erläutert Staatsanwältin Zohri. Der Mann habe diverse Frakturen und Einblutungen an mehreren Stellen gehabt und habe ins künstliche Koma versetzt werden müssen.

Am Nachmittag des ersten Prozess-

tages äußert sich der Geschädigte, ein 51-jähriger VW-Arbeiter, und sagt, er könne sich an kaum etwas erinnern. Lediglich, dass er auf dem Weg zu seinem Auto gewesen sei. Etwa einen Monat später sei er im Krankenhaus aus dem Koma erwacht. Die anschließende Reha habe mehrere Monate gedauert. Im Herbst 2020 habe er wieder begonnen zu arbeiten. Bis heute leide er immer wieder an einer Schwäche im rechten Arm, lasse deswegen Dinge fallen.

Warum er zum Opfer wurde, ist ihm völlig unklar. Weder auf der Arbeit noch privat habe er jemals Konflikte oder Stress gehabt. Aus seiner Wohnung sei nichts gestohlen worden, so der 51-Jährige. Nur der Wohnungsschlüssel, den er an dem Tag bei sich hatte, sei bis heute nicht wieder aufgetaucht. Die Beschuldigten seien für ihn Unbekannte, so der VW-Arbeiter.

Eine große Zahl an Beweismitteln hat der Vorsitzende Richter Martin Grote im Selbstleseverfahren eingeführt. Alle Prozessparteien erhielten einen zentimeterdicken Hefter. Den dürfen Journalist:innen zwar nicht einsehen, aus der Liste der genannten Dokumente wird allerdings klar: Die Polizei überwachte am 7. Januar 2020 mehrere Telefone, die sie wohl den Angeklagten zurechnet. Verteidiger Matthias Steppuhn meldete, ohne den Hefter durchgesehen zu haben, unmittelbar Bedenken an. Die Staatsanwaltschaft ist aufgrund der Ermittlungen aber offenbar sicher, dass es sich bei den Tätern um die Beschuldigten handelt.

Und die sind keine Unbekannten: Bilder von einem klandestinen Treffen der neonazistischen Gruppe Calenberger

Bande, die Antifaschist:innen 2020 auf dem linken Portal Indymedia veröffentlicht hatten, zeigen zwei der Angeklagten. Dazu wurden dort Vermutungen geäußert, dass eine Reihe von Schmierereien, Überfällen und Anschlägen, wie etwa auf eine kurdische Familie und ein jüdisches Ehepaar, auf die Kappe der Neonazis gehen könnte. Die Taten sind bis heute nicht aufgeklärt.

## Die Polizei hat mehrere Telefone überwacht, die sie den Angeklagten zurechnet. Gegen die liefen damals Terrorermittlungen

Kurz nach der Veröffentlichung auf Indymedia – und dem Überfall auf den Garbsener – durchsuchte die Polizei in der Hildesheimer Straße in Hannover die Wohnung, in der damals auch der Angeklagte Patrick S. lebte. Der hieß zu dem Zeitpunkt noch Patrick K. und gibt vor Gericht an, mittlerweile geheiratet zu haben. Auch sein Aussehen hat sich gewandelt. Der Kurzhaarschnitt ist einer Gelfrisur gewichen. S. trägt nun einen prominenten Schnauzbart.

Um Patrick K. war es in den vergangenen Jahren ruhig geworden. Der bundesweit aktive Neonazi hat eine lange Historie des rechtsextremen Aktivismus. Er war Teil der Führungsriege der Kameradschaft „Besseres Hannover“, die 2012 als kriminelle Vereinigung verboten wurde.

Mit Internetvideos, in denen ein „Abschiebbar“ Migranten verunglimpfte, hatte die Gruppe Aufsehen erregt.

Seit 2013 war Patrick S. als Liedermacher beim Rechtsrocklabel Opos aktiv. 2015 wurde er zu einem Jahr Haft auf Bewährung verurteilt. Er hatte Parteibüros angegriffen, Stolpersteine und einer Gedenktafel für deportierte Jüdinnen und Juden beschmiert, den Grünen-Bundestagsabgeordneten Sven-Christian Kindler und Mitglieder der DKP angegriffen und versucht, Geflüchtete während eines Hungerstreiks anzugreifen. In dieser Zeit lebte S. in Chemnitz, wo er versuchte, mit dem „Rechten Plenum“ einen Nazikiez zu errichten. Das scheiterte wegen verschiedener Veröffentlichungen. Der Neonazi zog zurück nach Hannover.

Auch die anderen Angeklagten bewegen sich, wie Recherchen des *Relate* Magazin aus Hannover zeigen, in einem einschlägigen Milieu. Sie waren etwa Mitglieder im Motorradklub „Shelter Dogs MC“, gegen dessen Präsidenten der militärische Abschirmdienst MAD im Kontext der „Wehrsportgruppe G“ ermittelt. Frederik L. ist außerdem professioneller Mixed-Martial-Arts-Kämpfer.

Auf die Gründe dafür, dass der Prozess mehr als vier Jahre nach der Tat abgehalten wird, will der Vorsitzende Richter im Laufe des Verfahrens eingehen. Warum das Terror-Verfahren eingestellt wurde, wenn zeitgleich gegen drei der Gruppenmitglieder wegen versuchten Mordes ermittelt wurde, ist unklar und war am ersten Verhandlungstag kein Thema. Wie der politische Hintergrund der Angeklagten im Allgemeinen.





Marouane Essoussi und Wala Zouaghi sind mit ihren Kindern in ein fremdes Land gezogen, in dem sie niemand kannten  
Foto: Kay Michalak

Marouane Essoussi mehrfach. Schließlich wäre er sonst ganz auf sich gestellt gewesen.

Ein Jahr war er allein hier, bevor er seine Familie zu sich holen konnte. Er hat beide Ankunftsdaten sofort parat. „Natürlich weiß ich die noch!“ Und bei allem Willen, es hier zu schaffen, gibt er zu, dass die ersten Wochen hart gewesen seien. „Ich hatte Heimatweh“, sagt er. Nach zwei Monaten habe er ein tunesisches Café entdeckt und sich bei einer Fußballmannschaft angemeldet, das habe gegen die Einsamkeit geholfen. Ulrike Frers erinnert daran, dass er zudem mitten in der Pandemie ankam, als in

der Klinik alle den ganzen Tag die Gesichtsmaske trugen.

Umso glücklicher sei er gewesen, als er endlich eine Wohnung gefunden hatte, sagt Marouane Essoussi. Alleinstehende kann die Bremische Schwesternschaft unterbringen, auch mal ein Paar, aber keine Kinder. „Fast alle haben Familie und wollen die hierher holen“, sagt Ulrike Frers.

150 E-Mails habe er verschickt, erzählt Marouane Essoussi, nur wenige Vermieter:innen hätten geantwortet, besichtigt habe er gerade mal ein gutes Dutzend Wohnungen. Er glaubt, dass er diese nur bekommen

habe, weil der Vermieter wie er aus Nordafrika stamme, zudem Arzt sei. Er sagt dies ohne Wertung, beschwert sich über nichts und betont, wie zufrieden er mit allem sei, wie wohl er sich in Deutschland fühle, welche tolle Möglichkeiten Bremen Zugewanderten wie ihm biete.

Dennoch wolle ihm niemand seiner ehemaligen Kolleg:innen folgen, trotz der besseren Absicherung und des höheren Gehalts. Die Sprache, die er wieder und wieder als „Schlüssel“ bezeichnet, sei für sie eine zu große Hürde. Und warum hat er es gewagt? „Ich bin sehr geduldig“, sagt er.

### Arbeitsminister Heil will grünen Stahl fördern

Bundesarbeitsminister Hubertus Heil hat seine Unterstützung bei der Umstellung auf klimaneutral produzierten Stahl zugesichert. „Wir haben in Deutschland keine Zukunft ohne Stahl“, betonte der SPD-Politiker beim Besuch des Bremer Stahlwerks. Arcelor-Mittal will bis 2030 einen Hochofen in

Bremen und einen im brandenburgischen Eisenhüttenstadt ersetzen. Die neuen Anlagen sollen perspektivisch grünen Wasserstoff nutzen. Der Umbau an beiden Standorten soll nach Unternehmensangaben rund 2,5 Milliarden Euro kosten. Das Bundeswirtschaftsministerium und das Land Bremen fördern das Vorhaben mit annähernd 1,3 Milliarden Euro. (dpa)

### Regionale Sturmfluten nicht häufiger

Nach Beobachtung des Bundesamts für Seeschifffahrt und Hydrographie (BSH) kommt es an der deutschen Küste aufgrund der Klimaerwärmung nicht häufiger zu Sturmfluten, wie BSH-Präsident Helge Heegewald sagte. „Langzeitbeobachtungen zeigen bisher keine signifikanten Änderungen.“ An der Nord-

seeküste gibt es üblicherweise vier bis sechs Sturmfluten im Jahr, wie aus einer Mitteilung hervorgeht. Auswertungen der Behörde von Klimamodellen zeigten: Wenn keine Maßnahmen getroffen würden, die den Klimawandel eindämmten, komme es gegen Ende des Jahrhunderts zu mehr Wetterlagen als bislang, in denen Sturmfluten aufträten. (dpa)



### leserInnenbriefe

taz nord  
Stresemannstraße 23  
22769 Hamburg  
briefe@taz-nord.de  
www.taz.de

Die Redaktion behält sich Abdruck und Kürzen von LeserInnenbriefen vor. Die veröffentlichten Briefe geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder.

### Herdprämie statt Kitaplatz!

„Kita-Beschäftigte gehen auf die Barrikaden“, taz nord, 13. 9. 24

Als vor vielen Jahren die Herdprämie abgelehnt wurde, wurde ein Wunderwerk durch die Kita an Betreuung und Pädagogik versprochen. Mangel an Plätzen und geringe Verfügbarkeit sowie unzureichende Qualität führen zu massiver Diskriminierung der auf Beruf angewiesenen Eltern und von Kindern aus bildungsfernen Haushalten. Wenn die Politik ehrlich wäre, müsste sie über die Herdprämie neu nachdenken. Wer keinen zuverlässigen Vollzeitplatz bekommt, müsste als Entschädigung Herdprämie bekommen. Christoph Strebelt, taz.de

### Statt BSW lieber das Original – AfD oder FDP

„BSW setzt auf Vertraute und auf Männer“, taz nord, 12. 9. 24

BSW, die „Verbrenner Partei“ ... featured by Automobilindustrie? Die Begründung für die Parteitage ohne Öffentlichkeit ist grotesk. Man wolle den vielen politischen Neulingen im BSW damit helfen. An der Spitze tummeln sich in Bund und Ländern gestandene Ex-Funktionäre beziehungsweise -Mandatsträger:innen von SPD und Linkspartei oder Manager. Fakt ist, das BSW ist eine Anti-Umweltschutz-, kapitalistische Wachstums-, Flüchtlinge raus-, Frieden-zu-Putins-Bedingungen-Partei. Dann doch gleich das Original AfD oder FDP. Philippe Rissing, taz.de

### Menschen sollen dumme Dinge sagen dürfen

„Comedian möge woanders diskriminieren“, taz nord, 17. 9. 24

In unser aller Interesse sollten Menschen auch dumme Dinge denken und sagen dürfen. Es gibt rechtliche Rahmenbedingungen, es gibt das Recht von Veranstalter:innen, Dinge nicht stattfinden zu lassen, mensch kann seine gegenteilige Meinung herausschreien, auf Schilder schreiben, publizieren. Aber bei alledem sollten Menschen sich immer befragen, ob es ein allgemeingültiges Gesetz sein sollte, dass Einzelne nicht einem Strafbgesetz, Volksverhetzung oder ähnliches, zuwiderlaufende Aussagen nicht tätigen dürfen. Ijon Tichy, taz.de

### Wir Hanseaten bleiben entschlossen humorlos

„Comedian möge woanders diskriminieren“, taz nord, 17. 9. 24

Danke, dass ihr darauf aufmerksam macht. Antisemit\*innen sind in unserer schönen weltoffenen Stadt nicht willkommen und für sie wird es hier auch niemals einen Platz geben. Egal wie sie sich verkleiden. Da bleiben wir Hanseaten entschlossen humorlos. Hamburg bleibt bunt, gay und antifaschistisch und wer damit 'n Problem hat, sollte nicht herkommen. Thomas O'Connolly, taz.de

### Von Verantwortung keine Rede

„Keine gute Nachricht“, taz nord, 12. 9. 24

Bernard Meyer (der derzeitige Inhaber der Werft) hat ein Vermögen von 600–800 Millionen. Diese hohen Vermögen werden in der Regel damit gerechtfertigt, Unternehmer hätten ja auch eine immens Verantwortung und würden große Risiken eingehen. Nur wenn die Verantwortung wirklich gefordert wird, weil Risiken eingehen nun mal auch schiefgehen kann, ist davon außerdem keine Rede mehr. Jesus, taz.de

### Schiffbau jenseits der Ostsee notwendig

„Keine gute Nachricht“, taz nord, 12. 9. 24

Ohne den Wilhelm zwo zu machen, sollten Schiffsbaukenntnisse in Deutschland zu erhalten sein. Der gewiss notwendig kritische Blick auf Kreuzfahrtschiffe sollte aber nicht vergessen machen, dass es jenseits der Ostsee auch Schiffbau geben muss. Gerade in Betracht der russischen Bedrohung. Zuversicht, taz.de

## das wird

## „Vater Staat zeigt, wo es langgeht“

Wie rechts ist der Antifeminismus? Das will ein Gesprächsabend in Hamburg ausleuchten

Interview **Fanny Schuster**

**taz:** Frau Kessler, was verbindet antifeministische Rhetorik mit rechtspopulistischer Ideologie?

**Sarah Kessler:** Das Bild dahinter ist das gleiche: Bei Rechtskonservativen, Rechtspopulisten und vor allem bei Rechtsextremisten steht immer ein starker Staat im Vordergrund. Vater Staat, der zeigt wo es langgeht; der kriegerisch ist, sich verteidigen kann und das absolute Sagen hat. Der Staat als Vaterfigur in einem sehr patriarchalen Rollenbild.

**taz:** Was ist mit prominenten rechtspopulistischen bis neofaschistischen Politikerinnen wie Alice Weidel, Marine Le Pen, Giorgia Meloni?

**Kessler:** Sie sind der beste Beweis, dass auch Frauen repressive frauenfeindliche Politik machen können. Gerade auch, was das Thema Queerfeindlichkeit angeht oder das Rollenbild, dass Frauen zu Hause an den Herd gehören. **taz:** Haben die Rechten einfach verstanden, dass es ohne Frauen nicht geht?

**Kessler:** Wichtig ist, nicht nur auf Geschlechter zu schauen, sondern auf die Strukturen der Macht. Die zentrale Frage lautet: Wie wird Macht ausgeübt? Wird sie genutzt, um benachteiligte Gruppen zu unterstützen, oder dient sie dazu, traditionelle Rollenbilder zu zementieren? Frauen in Machtpositionen garantieren keine feministische Politik. Wenn ich Konkurrenz\*innen wegtreten kann, kann ich mich isoliert stark machen – davon profitieren auch privilegierte Frauen.

**taz:** Lösen allzu emanzipierte Frauen Ängste aus?

**Kessler:** Es geht nicht primär um individuelle „zu emanzipierte“ Frauen, sondern um systemische Veränderungen, die Ängste auslösen können. Rechtspopulismus ist nicht mit der Idee der Gleichberechtigung kompatibel und kann sich auch gegen einzelne Frauen in Machtpositionen richten. Angela Merkel ist dafür ein interessantes Beispiel: Trotz ihrer langen Amtszeit hat sie kaum feministische Politik betrieben, verkörperte eher eine Anpassung an bestehende Strukturen. Daher hat sie bei vielen Antifeministen weniger Widerstand ausgelöst.

**taz:** Wer trägt dann bei zum rechten Erstarken?

**Kessler:** Es ist die Angst vor Veränderung, Existenz und Machtverlust. Die zunehmende Vielfalt an Lebensentwürfen und Identitäten verunsichert viele Menschen in ihrem traditionellen Selbstverständnis. Die Frage „Wer bin ich?“ wird komplexer, wenn plötzlich mehr Optionen zur Verfügung stehen. Das kann zu Verunsicherung führen.

**taz:** Antifeminismus als Ergebnis einer Krise der Männlichkeit?

**Kessler:** Das kann man schon so sagen. Die Hinterfragung des Bildes vom „starken, gefühllosen Mann“ führt bei manchen zu Irritationen, was eine notwendige Debatte über Männlichkeit anstößt. Problematisch wird es, wenn diese Verunsicherung in Radikalisierung umschlägt.

**taz:** Warum gewinnt der Populismus an Einfluss, während der Feminismus verliert?

**Kessler:** Wir leben in einer Welt, in der die Krisen sich extrem schnell abwechseln: Corona, der Ukraine-Krieg, Israel/Gaza, der Klimawandel. Die Zukunft ist nicht mehr so gewiss, wie sie nach dem Zweiten Weltkrieg für eine Weile schien, da sehnen sich viele Leute nach einfachen Antworten.

**taz:** Gibt es eine einfache Lösung?

**Kessler:** Jeder Mensch hat einen Wirkungsrahmen. Es muss nicht immer der ganz große Kampf sein, manchmal reicht ein wenig Aufmerksamkeit. Wenn man in Gesprächen sexistische, rassistische, antisemitische oder homophobe Bemerkungen hört, sollte man nicht aus Bequemlichkeit darüber hinwegsehen: Hellhörig sein, Hilfe anbieten und betroffenen Personen Solidarität aussprechen, das ist die Devise.

## Diskussion

„Sex – Wut – Volk. Antifeminismus und Rechtspopulismus – Gefährliche Verbindungen“ mit Sarah Kessler und Marcel Lewandowsky (Politikwissenschaftler): heute, 19 Uhr, Jupiter, Hamburg (Eintritt frei)



Manchmal geht es ihr zu schlecht zum Drehen: Ulla Högel und ihr Mann telefonieren täglich mit ihrem Sohn Foto: Tobias Tempel/Trimafilms

## Wenn das eigene Kind getötet hat

Dass er es tat, ist eindeutig. Wie damit leben? In „Jenseits von Schuld“ porträtieren Katharina Köster und Katrin Nemeč die Eltern des vielfachen Mörders Niels Högel

Von **Wilfried Hippen**

Auch sie sind Opfer. Natürlich ist ihr Leid nicht zu vergleichen mit dem all der Hinterbliebenen. Aber auch das Leben von Ulla und Dietrich Högel hat deren Sohn zerstört. Mindestens 87 Menschen umgebracht zu haben, dafür wurde Niels Högel 2019 verurteilt; begangen hatte er die Taten als Krankenpfleger in den Krankenhäusern Oldenburg und Delmenhorst. Seine Eltern sind nicht mitschuldig, sie waren, soweit dies zu ergründen ist, auch keine „schlechten“ Eltern, es führt nichts direkt von ihrer Erziehung zum mordenen Sohn.

Aber was ist schlimmer? Wenn andere solche Anschuldigungen erheben – oder Eltern selbst immer wieder fragen müssen, wie ihr geliebter Sohn sich zu solch einem Menschen entwickeln konnte? Und was ist verworflicher? So einen Sohn zu verstoßen – oder ihn trotz seiner Taten weiter zu lieben, ihn, wo möglich, zu unterstützen? Das sind so Fragen, deretwegen die Filmemacherinnen Katharina Köster und Katrin Nemeč sich daran gemacht haben, das Elternpaar Ulla und Dietrich Högel zu porträtieren.

2005 wurde Niels Högel bei einer versuchten Tat erwischt, er sitzt seitdem im Gefängnis, ist verurteilt zu lebenslanger Haft. Seine Eltern haben sich nicht von ihm abgewandt, sie telefonieren täglich mit ihm und besuchen ihn regelmäßig. Sie selbst wurden von den Filmemacherinnen besucht, in ihrer Wohnung in einer norddeutschen Stadt. Ein paar Wochen lang begleiteten Köster und Nemeč das alltägliche Leben der beiden mit der Kamera. Sie waren auch bei einem Besuch in der Haftanstalt dabei. Und sie zeigen etwa, wie der Prozess gegen Högels ehemalige Vorgesetzte im Herbst 2022 seine Eltern neuerlich aufwühlte.

Niels Högel selbst bleibt, zumindest als Erwachsener, im Film unsichtbar. Seine Stimme ist manchmal durchs Telefon zu hören, leise und unverständlich. Die Familienfotos, die ihn

als Kind zeigen, sind so banal und anrührend wie eigentlich alle Schnappschüsse aller Eltern.

An der Windschutzscheibe des Familienautos hängen immer noch Niels Högels Baby-schuhe. Es sind solche Details, die noch die alltäglichste gezeigte Situation seltsam pointiert wirken lassen: Dietrich Högel bestellt per Telefon ein Sachbuch über die Morde seines Sohnes, später sehen wir ihn auf dem Sofa darin lesen. Für den Besuch im Gefängnis packen die Eltern ein Weihnachtsgeschenk ein, einen Pullover, und immer wieder hören sie im Radio, wie in den Nachrichten über ihren Sohn geredet wird.

„Jenseits von Schuld“ ist ein leiser Film. Köster und Nemeč vermeiden alle Tricks des Erzählkinos, wie sie längst auch im Dokumentarfilm angewendet werden, um Spannung oder Empathie zu erzeugen. Sehr sachlich und diskret zeigen die Filmemacherinnen, wie das Ehepaar weiterleben kann – und es ist tatsächlich beeindruckend, wie liebevoll die beiden noch immer miteinander umgehen.

Über die Jahre haben sie eine Art Frieden gefunden, aber Dietrich hat Probleme mit dem Herzen und Ulla Tage, an denen es ihr schlecht geht und sie nicht gefilmt werden will. In einer Aufnahme sieht man den Aufbau für die Interviews in einem Studio. Dietrich muss für seine Frau einen Termin absagen, und diese Film-im-Film-Sequenz macht deutlich, dass beide dann

Die Monströsität von Niels Högels Taten steht hier keinen Moment lang infrage

doch mal Zweifel daran beschleichen, ob es die richtige Entscheidung war, das Filmteam in ihre Wohnung zu lassen.

Dem Vertrauen aber, das Ulla und Dietrich ihnen entgegengebracht haben, werden die Filmemacherinnen gerecht. Sicher: Manche Detailaufnahme kann kitschig wirken, Kuckucksuhr

an Zimmerwand, zum Beispiel. Aber Köster und Nemeč zeichnen mit einem durchaus liebevollen Blick das Porträt eines Ehepaars, das eine kaum vorstellbare Tragödie erlitten hat – und überstanden.

Klar ist: Für einige Menschen, für Menschen, denen Niels Högel die Liebsten raubte, wird so etwas kaum zu ertragen sein. Die Filmemacherinnen haben „Jenseits von Schuld“ vor Veröffentlichung auch einigen Angehörigen von Ermordeten gezeigt. Dass die ihn abnickten, dürfte das wichtigste Gütesiegel sein.

Aber die Monströsität von Niels Högels Verbrechen steht auch keinen Moment lang infrage. Für die Eltern bleiben sie ein Mysterium, aber sie haben seine Taten nicht verdrängt. Wie sie damit umgehen, macht „Jenseits von Schuld“ zu einem humanistischen Drama jenseits aller voyeuristischen Attraktionen des „True Crime“-Genres.

„Jenseits von Schuld“. Regie Katharina Köster und Katrin Nemeč, Deutschland 2024, 79 Minuten

### Im Dienst gemordet Die Verbrechen des Niels Högel



Niels Högel, geboren 1976 in Wilhelmshaven, war von 1999 bis Mitte 2005 als Krankenpfleger in Oldenburg und Delmenhorst tätig. Im Dienst beging er dort zahlreiche Morde an Patient\*innen – insgesamt leiteten die Behörden in 332 Fällen Ermittlungsverfahren wegen Mordverdachts ein, allein die aufgeklärten Fälle stellen die größte Mordserie in der bundesdeutschen Geschichte dar. In mehreren Prozessen wurde der geständige Högel (hier vor Gericht, 2019) wegen über 80 Morden verurteilt, dazu noch wegen zahlreicher Fälle gefährlicher Körperverletzung. Foto: Mohssen Assanimoghaddam/dpa



Foto: privat

**Sarah Kessler** \*1993, Journalistin, Autorin und Feministin, arbeitet zu gesellschaftlichen Debatten der Gegenwart. Sie lebt in Hamburg.

### der kohldampf-glamour

In Anwesenheit gleich zweier Regentinnen, Solveigh Wiborg und Luisa Hanssen, sind gestern die Dithmarscher Kohltage gestartet. Bis einschließlich Sonntag geht es dort nun um das vielseitige Kraut, Programm-Höhepunkt dürfte die tägliche Stadtführung „Heide – mit Kohldampf“ sein, inklusive, klar, Kohlgericht und Rathausdach-Besuch, 25 Euro.